



change

Das Magazin der Bertelsmann Stiftung > 2/2014

WELT IM WANDEL

Rückschritt oder Neubeginn?

Nationen im Umbruch und ihre Wege zu Demokratie und Teilhabe

GUTES BEISPIEL

Netzwerk zur Kindergesundheit

DEPRESSION

Wege aus dem Teufelskreis

FINANZKONFERENZ

Wirtschaftstreffen in Washington

change|reader

A World in Transition

E-Book
– englischsprachig –

Zu dieser Ausgabe von „change“ erscheint ein englischsprachiger **change|reader** als E-Book zur Vertiefung des Schwerpunktthemas. Er fasst Auszüge aus Veröffentlichungen und Verlagspublikationen der Bertelsmann Stiftung zusammen.

change|reader erscheinen als kostengünstige Downloads immer parallel zum Magazin. Das E-Book „A World in Transition“ vermittelt mit Studien, Untersuchungen und Analysen einen Einblick in die Arbeit der Bertelsmann Stiftung.



Weitere **change|reader** in deutscher Sprache sind erschienen zu den Schwerpunkten Jugend, Demographischer Wandel, Bürgerbeteiligung, Frauenbewegungen, Kulturen im Dialog, Engagierte Unternehmen, Chancen für Kinder, Zivilgesellschaft, Der Wert Europas, Pflege, Arbeitsmarkt und Unternehmenskultur.

Jeder **change|reader** ist als E-Book für 1,99 Euro erhältlich. Downloads unter:

www.bertelsmann-stiftung.de/ebooks



Klaus-Henning Groth
Leitung Kommunikation

Editorial

Länder und Menschen

Wie steht es um die Demokratien in der Welt? Was bedeutet der Wandel von Regierungen für die Menschen? – Für diese Ausgabe von „change“ haben wir gleich auf drei Kontinenten Geschichten für Sie entdeckt, die Demokratie beschreiben – und ihre Zerbrechlichkeit

Demokratie ist für uns selbstverständlich. Freie Wahlen, eine freie Presse und das Recht, seine Gedanken frei äußern zu können. Doch das ist für die meisten Menschen auf der Welt alles andere als alltäglich. Das zeigt jeden Abend der Blick in die Nachrichten. Kriege, gewaltsame Proteste, Festnahmen, Krisen ... Gerade durch die Protestbewegungen im Zuge des sogenannten „Arabischen Frühlings“ oder jüngst bei der Krise in der Ukraine haben wir alle gesehen, wie Menschen um Frieden, Freiheit und eine stabile Regierung kämpfen – und wie zerbrechlich die Systeme oft sind.

Die Bertelsmann Stiftung hat gleich zwei Instrumente, um Regierungen in ihrer Entwicklung zu beobachten, zu beurteilen und zu bewerten. Der eine ist der gerade neu erschienene Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI). Er analysiert und bewertet die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und politischem Management in 128 Entwicklungs- und Transformationsländern. Wo gibt es Erfolge und wo Rückschritte auf dem Weg zu rechtsstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft? Detaillierte Ländergutachten von knapp 250 international anerkannten Experten mit fast 7.000 Einzelbewertungen liefern dafür die Grundlage. Das zweite große Instrument sind die Sustainable Governance Indicators (SGI) der Bertelsmann Stiftung. Sie registrieren, wie erfolgreich OECD-Staaten bei der Realisierung nachhaltiger Politikergebnisse sind und wie es um die Qualität ihrer demokratischen Ordnung steht. Rund 70 internationale Experten sind an der Studie beteiligt und untersuchen alle zwei Jahre die OECD-Staaten in Bereichen wie Bildung, Beschäftigung, Gesund-

heit, Integration, Innovation oder Umwelt, aber auch die Qualität von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die konkrete Steuerungsfähigkeit von Regierungen.

Die aktuellen Ergebnisse beider Projekte waren für unser Team von „change“ ein Grund, nach den menschlichen Geschichten hinter den aufwändig recherchierten Zahlen zu fragen. Wie steht es um die Pressefreiheit in Ungarn? Wie lebt eine Tunesierin, die ihr Land verlassen musste, heute? Was bedeutet die WM in Brasilien, wenn man nach der Teilhabe der Menschen fragt? Und wie lebt es sich im hoch verschuldeten Athen, das doch einst die Wiege der Demokratie war? Die Antworten auf diese Fragen brachten uns berührende Geschichten, beeindruckende Menschen und überraschende Begegnungen.

Außerdem haben wir für diese Ausgabe von „change“ mutige Menschen getroffen, die sich für andere einsetzen: Zum einen trafen wir engagierte Menschen, die beim Projekt „Dahme-Spreewald Netzwerk gesunde Kinder“ als Paten für andere da sind und gerade beim Wettbewerb „Mein gutes Beispiel“ der Bertelsmann Stiftung ausgezeichnet wurden, zum anderen sprachen wir mit einem Depressionspatienten, der seine Krankheit in den Griff bekam und anderen Betroffenen Mut macht.

Viel Spaß beim Lesen!
Ihr Klaus-Henning Groth



Griechenland: > Begegnungen mit Menschen und ihren Geschichten in einem Athen, das durch die Euro-Krise noch immer schwer gezeichnet ist > S. 22



Tunesien: > In ihrer Heimat wurde die Journalistin Sihem Bensedrine politisch verfolgt. In Hamburg schöpft sie neue Kraft. Damals wie heute > S. 32

Aktuell >

06 Neues aus der Stiftung

Zu wenig Hilfe für Alleinerziehende

10 Treffen zur Weltwirtschaft

Bei der Financial Conference in Washington warnten Experten vor strukturellen Schwächen der Weltwirtschaft

Schwerpunkt: Welt im Wandel >

16 Wege der Veränderung

Während in einigen Ländern Regierungen gestürzt werden, schwinden in anderen die Chancen auf Demokratie. – Wohin treibt die Welt?

22 Spurensuche in Athen

Wir begleiten den griechischen Autor Takis Theodoropoulos auf seinem Streifzug durch die griechische Hauptstadt. Ein Spiegel der Euro-Krise

32 Und immer bleibt die Hoffnung

Die Journalistin Sihem Bensedrine über ihren Kampf um Demokratie in ihrer Heimat Tunesien, über Heimweh und den Traum von Frieden

38 Die Stimme verloren

Die neuen Mediengesetze in Ungarn haben viele engagierte Journalisten mundtot gemacht. Was bedeutet das für die Demokratie? Was für die Menschen hinter den Schlagzeilen?

46 Friede und Sicherheit in der sich wandelnden Welt

Gibt es einen Wandel zu mehr Sicherheit? Dr. Almut Wieland-Karimi, Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), im Interview

50 Weltmeisterschaft der Wenigen

Die WM in Brasilien spaltet das Land. Nur wenige profitieren von den Milliarden-Investitionen. Der Großteil der Bevölkerung geht leer aus

60 Projekte der Stiftung

Globalisierungsreport 2014

62 Kommentar

Andreas Esche: Wandlungsprozesse sind steuerbar



Ungarn: > Durch die neuen Mediengesetze haben viele Journalisten ihre Jobs verloren und keine Chance mehr, fair zu berichten > S. 38



Brasilien: > Milliarden teure Baumaßnahmen und Stadien stehen dem Elend in den Favelas und mangelnder Sicherheit gegenüber. Was bringt die WM? > S. 50

Stiftung >

64 Mein gutes Beispiel

Von der Schwangerschaft bis zum dritten Lebensjahr des Kindes besuchen Paten „ihre“ Familien. Das „Dahme-Spreewald Netzwerk Gesunde Kinder“ steht für Zusammenhalt und Kinderfreundlichkeit

68 Faktencheck Depression

Wie erkennt man eine Depression und wie finden Betroffene Hilfe? – Ein Patient berichtet über seinen ganz persönlichen Weg aus der Krise

Rubriken >

- 03 Editorial
- 73 Service: Neuerscheinungen
- 74 Kolumne: Horst Evers (2)
- 75 Vorletzte Seite/Impressum



Mein gutes Beispiel: > Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen. Das „Netzwerk Gesunde Kinder“ in Dahme (Spreewald) lebt diesen Gedanken > S. 64

Gesellschaft

Alleinerziehenden fehlt Unterstützung

39 Prozent beziehen staatliche Grundsicherung

Studie: 1,6 Millionen Alleinerziehende gibt es in Deutschland. Damit ist jede fünfte Familie eine Ein-Eltern-Familie. Aber die Politik berücksichtigt deren Lebenssituation zu wenig. Die Kinder Alleinerziehender leben fünfmal häufiger von Hartz IV als Kinder in Paarfamilien. Der besonderen Belastung durch Beruf, Erziehung und Haushalt wird nicht Rechnung getragen. Sowohl im Unterhaltsrecht als auch im Steuer- und Sozialrecht haben Reformen der vergangenen zehn Jahre den finanziellen Druck auf Alleinerziehende verschärft. Das belegt eine Studie der Rechtswissenschaftlerin Anne Lenze von der Hochschule Darmstadt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Dringenden Reformbedarf sieht die Studie vor allem deshalb, weil 39 Prozent aller Ein-Eltern-Familien auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Aus der Perspektive der Kinder wird diese soziale Schieflage noch deutlicher: Jedes zweite der insgesamt 1,9 Millionen Kinder, die von staatlicher Grundsicherung leben, wächst in einer Ein-Eltern-Familie auf. „Wer Kinderarmut wirksam bekämpfen will, muss die rechtlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen für alleinerziehende Eltern verbessern“, sagt Dr. Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Denn die Studie zeige, dass Ein-Eltern-Familien in unterschiedlichen Rechtsbereichen systematisch benachteiligt werden.

WEBLINK: www.bertelsmann-stiftung.de/Alleinerziehende

KONTAKT: Anette Stein
anette.stein@bertelsmann-stiftung.de

Interview mit Dr. Jörg Dräger

CHANGE: Warum hat sich die Situation Alleinerziehender und ihrer Kinder in den vergangenen Jahren so dramatisch entwickelt?

DR. JÖRG DRÄGER: Wichtige sozialpolitische Maßnahmen, die Familien einen Weg aus dem Hartz-IV-Bezug ebnen sollen, kommen gerade bei Alleinerziehenden nicht an. Den 2005 eingeführten Kinderzuschlag beispielsweise können Familien beantragen, wenn sie trotz eigenem Einkommen das Existenzminimum ihrer Kinder nicht vollständig decken können. Bei Alleinerzie-



FOTOS: VARIO, ARNE WEYCHARDT

Die Kinder Alleinerziehender leben fünfmal häufiger von Hartz IV als Kinder aus Paarfamilien

henden werden jedoch andere Leistungen wie Kindesunterhalt und Unterhaltsvorschuss als Einkommen angerechnet, so dass sie den Kinderzuschlag meist gar nicht oder nicht in voller Höhe in Anspruch nehmen können.

In den vergangenen Jahren gab es doch Kindergelderhöhungen?

Auch davon profitieren viele Kinder in alleinerziehenden Familien nicht. Denn lebt die Familie von Hartz IV oder bezieht Unterhaltsvorschuss, wird das vollständig auf das Kindergeld angerechnet. Kinderarmut mit der Gießkanne zu bekämpfen, die ausgerechnet die Familien ausspart, die Unterstützung dringend benötigen, kann nicht der richtige Weg sein.

Welche Maßnahmen können Alleinerziehenden und ihren Kindern schnell helfen?

Beim Unterhaltsvorschuss sollten Begrenzungen für Bezugsdauer und Alter wegfallen. Im Steuerrecht muss der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende deutlich erhöht werden. Das darf von der Großen Koalition nicht nur diskutiert, sondern muss rasch umgesetzt werden. Eine Erhöhung des Kinderzuschlags, die aktuell im Gespräch ist, hilft Kindern Alleinerziehender nur dann, wenn Unterhalt und Unterhaltsvorschuss nicht mehr in der bisherigen Form angerechnet werden. Längerfristig sind weitergehende Reformen in den verschiedenen Rechtsbereichen notwendig. Dazu müssten zunächst einmal die tatsächlichen altersgerechten Bedarfe eines Kindes ermittelt und allen Kindern garantiert werden, unabhängig von der Familienform, in der sie leben. Mit einer gezielten Unterstützung von Alleinerziehenden könnte die Politik die Hälfte aller Kinder, die von Grundsicherung leben, erreichen.

„Wichtige sozialpolitische Maßnahmen kommen gerade bei Alleinerziehenden nicht an“

Dr. Jörg Dräger



Dr. Jörg Dräger ist Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung

Demokratie

Bürger diskutieren mit Kanzleramtschef Altmaier

Abschlussveranstaltung des „BürgerDialogs 2014“



Bürger diskutieren in Berlin mit Minister Peter Altmaier

Dialog: Europa als eigenes Schulfach, Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen oder Verbesserungen in Sachen Umweltschutz: 150 Teilnehmer unterschiedlichen Alters, mit unterschiedlichen Berufen und politischen Einstellungen, diskutierten ihre Wünsche und Vorschläge mit Kanzleramtschef Peter Altmaier in Berlin. Beim „BürgerDialog“, einer gemeinsamen Initiative der Bertelsmann Stiftung, des Deutschen Volkshochschul-Verbandes und der beteiligten Volkshochschulen, hatten rund 1.500 Bürger seit dem Europatag 2013 europapolitische Fragen diskutiert und konkrete Vorschläge erarbeitet. „Was hält uns zusammen?“, „Wie gehen wir mit der Krise um?“ und „Welche Verantwortung trägt Europa in der Welt?“ waren die Leitfragen. Von Minister Altmaier forderten die Teilnehmer der Abschlussveranstaltung den Einsatz für ein gemeinsames Europa mit europaweiten Mindeststandards in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Dazu gehöre auch eine gemeinsame Asylpolitik oder die Anerkennung der (Aus-)Bildungsabschlüsse.

Ein Europäer sei jemand, „der die Überzeugung hat, dass wir alle zusammengehören“, erklärte Peter Altmaier den Teilnehmern des „BürgerDialogs 2014“ und äußerte sich erfreut über die „unglaubliche Mitarbeit vor Ort“. Dr. Jörg Dräger vom Vorstand der Bertelsmann Stiftung betonte die Bedeutung der europäischen Idee: „Ich wünsche mir für die zukünftige Generation, dass sie die europäische Identität weiterentwickelt, natürlich nicht, ohne den lokalen Bezug zu verlieren.“

WEBLINK:

www.vhs-buergerdialog.de

KONTAKT: Robert Vehrkamp

robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Bildung

Mehr Schüler mit Förderbedarf

Anteil förderbedürftiger Schüler um 10 Prozent gestiegen

Vergleich: Deutschland hat sich vor fünf Jahren dazu verpflichtet, Schüler mit und ohne Handicap gemeinsam zu unterrichten. Seitdem ist der Anteil von Schülern mit Förderbedarf von 6,0 auf 6,6 Prozent gestiegen. Damit wurde bei 10 Prozent mehr Schülern bis zur zehnten Klasse besonderer Förderbedarf festgestellt. Mehr als ein Viertel dieser Schüler besucht inzwischen eine reguläre Schule. Zugleich geht jedoch der Anteil der Kinder, die in Sonderschulen unterrichtet werden, nicht zurück. Die Chancen dieser Förderschüler auf einen anschlussfähigen Schulabschluss sind nach wie vor schlecht: Im letzten Schuljahr verließen fast drei Viertel (72,6 Prozent) der betroffenen Schüler die Sonderschule ohne einen Hauptschulabschluss. Das

FOTOS: SEBASTIAN PFÜTZE, ULFERT ENGELKES



Seit fünf Jahren hat sich Deutschland zur Inklusion, also dem gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Handicap, verpflichtet

zeigt der aktuelle „Datenreport Inklusion“ der Bertelsmann Stiftung, der die Zahlen des Schuljahres 2012/13 auswertet. „Die Sonderschule bleibt für zu viele Jugendliche eine Sackgasse. Ein Schulabschluss ist für die gesellschaftliche Teilhabe aber sehr wichtig“, sagte Dr. Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung.

WEBLINK: www.bertelsmann-stiftung.de/datenreport-inklusion

KONTAKT: Ulrich Kober

ulrich.kober@bertelsmann-stiftung.de



TV-Koch Tim Mälzer, mit Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft (2. von links), und Schülern beim Kochwettbewerb. Bildmitte: Dr. Brigitte Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung

FOTO: FLORIAN SONNTAG/BMEL/KLASSE, KOCHEN!

Gesundheit

Kochen mit Tim Mälzer

Start für bundesweiten Schulwettbewerb „KLASSE, KOCHEN!“

Wettbewerb: Mit Hühnerfrikassee à la Mälzer stellten vier Schüler unter Beweis, wie gut Kinder kochen – und wie lecker Selbstgekoktes ist. „Das schmeckt wie beim Sternekoch“, lobte Dr. Brigitte Mohn vom Vorstand der Bertelsmann Stiftung die Schüler einer Hamburger Schule, die zu den Siegern im vergangenen Jahr gehört hatten. In Tim Mälzers Hamburger In-

Restaurant „Bullerei“ fiel der Startschuss für den bundesweiten Schulwettbewerb „KLASSE, KOCHEN!“, den die Bertelsmann Stiftung, das Bundesernährungsministerium, Tim Mälzer und der Küchenhersteller Nolte ausrichten. Unter dem Motto „In der Küche um die Welt – Internationale Speisen“ können sich Schulen aus ganz Deutschland bis zum 27. Juni 2014 bewerben. Gesucht sind kreative Beiträge, die Kochen und Ernährung phantasievoll und fächerübergreifend in den Unterricht integrieren. Die 25 besten Beiträge kommen dann ins Finale und haben die Chance, eine von zehn Übungsküchen für ihre Schule zu gewinnen.

WEBLINK:

www.klasse-kochen.de

KONTAKT:

Rüdiger Bockhorst
ruediger.bockhorst@bertelsmann-stiftung.de

Wirtschaft

Steigender Innovationsdruck

Führungskräfte fühlen sich oft ausgebremst

Umfrage: In den Unternehmen wächst der Druck durch internationale Wettbewerber. Um am Markt bestehen zu können, sind Innovationen gefragt. Allerdings fühlen sich viele Führungskräfte in Deutschland dabei innerbetrieblich ausgebremst, denn ihre Handlungsspielräume bei der Entwicklung neuer Produkte werden immer kleiner. Dies zeigt eine Befragung von 300 Führungskräften durch die Bertelsmann Stiftung und den Führungskräfteverband ULA. Hauptursachen dafür sind gesetzliche Regelungen und lange dauernde Genehmigungsverfahren – das sagen 85 Prozent der befragten Manager. Drei Viertel meinen, dass die „einseitige Meinungsmache“ in Medien und Bürgerbegehren die Entwicklung von innovativen

Produkten behinderten. Für ein Drittel hat sich das Innovationsklima in Deutschland deutlich verschlechtert. Allerdings weisen die Befragungsergebnisse auch darauf hin, dass Firmen ihre Innovationskraft durch hausgemachte Probleme selbst schmälern.

So werden Produkte und Dienstleistungen häufig an den Kunden vorbei entwickelt. Der überwiegende Teil der befragten Führungskräfte plädiert dafür, stärker auf die Kunden zu hören und sie frühzeitig in die Entwicklung einzubeziehen. Nach Meinung von jedem zweiten Befragten scheitern Innovationen zudem oft an innerbetrieblichen Hürden, kurzfristigem Renditedenken oder zu wenig Geld für die Entwicklung. 60 Prozent kritisieren zudem, dass sich ihr Unternehmen lieber auf angestammten Märkten bewege und dort eher auf Verbesserungen in kleinen Schritten setze, anstatt einen großen Sprung nach vorne zu wagen.

WEBLINK:

www.bertelsmann-stiftung.de/innovationsdruck

KONTAKT:

André Schleiter
andre.schleiter@bertelsmann-stiftung.de

Bertelsmann Stiftung

Jahresbericht 2013 erschienen

Projektarbeit vorgestellt

Information: Wie arbeitet die Bertelsmann Stiftung? Was sind die aktuellen Projekte?

Wo bekomme ich weitere Informationen und



Kontakte? Der neu erschienene Jahresbericht gibt Rechenschaft über das Geschäftsjahr 2013 ab. Der Leser erhält Einblick in die Motive, die Arbeitsweise und in die Strukturen der gemeinnützigen Stiftung.

WEBLINK:

www.bertelsmann-stiftung.de/jahresbericht

KONTAKT:

Ulrike Osthus
ulrike.osthus@bertelsmann-stiftung.de

Bertelsmann Stiftung

Aart De Geus als Vorstandsvorsitzender bestätigt

Das Kuratorium der Bertelsmann Stiftung traf wichtige Personalentscheidungen

Personalien: Auf seiner Sitzung am 4. April 2014 hat das Kuratorium der Bertelsmann Stiftung deren Vorstandsvorsitzenden Aart Jan De Geus (58) für weitere drei Jahre im Amt bestätigt. Der Niederländer De Geus war im September 2011 in den Vorstand der Stiftung und im August 2012 zum Vorsitzenden des Vorstands berufen worden, seine neue Amtszeit läuft bis zum 31. Juli 2018. „Die weitere Bestellung von Aart De Geus drückt das Vertrauen des Kuratoriums in seine hervorragende Leistung an der Spitze der Stiftung aus. Wir profitieren sehr von seiner internationalen Erfahrung und seinen glänzenden Kontakten“, sagte Professor Dr. Werner J. Bauer, Vorsitzender des Kuratoriums. Liz Mohn, die stellvertretende Vorstandsvorsitzende, unterstrich: „Ich arbeite sehr gern und vertrauensvoll mit Aart De Geus zusammen. Er überzeugt uns nicht nur mit hoher Sachkenntnis und sicherer politischer Urteilsfähigkeit, sondern gleichermaßen mit seiner Kreativität, die uns immer wieder lohnende neue Perspektiven für die Stiftungsarbeit eröffnet.“

Ebenso berief das Kuratorium den ehemaligen Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle (52) in das Aufsichts- und Kontrollorgan der Bertelsmann Stiftung. Er tritt seinen Posten am 1. Januar 2015 an. „Wir freuen uns, dass wir mit Guido Westerwelle eine international renommierte Persönlichkeit gewinnen konnten, die unser Gremium mit ihrem großen politischen und diplomatischen Sachverstand verstärken wird“, sagte Kuratoriumsvorsitzender Professor Dr. Werner J. Bauer.



Aart De Geus ist für weitere drei Jahre als Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung bestätigt worden



Dr. Guido Westerwelle, hier beim Festakt zur Verleihung des Reinhard Mohn Preises 2013 an Kofi Annan, ist ab 2015 neues Mitglied des Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung

KONTAKT: André Zimmermann
andre.zimmermann@bertelsmann-stiftung.de

Nachhaltigkeit

„Sustaineo 2030“ entwirft Modell für nachhaltigen Staat

Die Anliegen künftiger Generationen in politischen Entscheidungen von heute berücksichtigen

Zeitreise: „Sustaineo 2030“ führt den Leser in ein Land, das heute auf keiner Landkarte zu finden ist. Der Staat Sustaineo wird erst 2015 gegründet. Im Jahr 2030 kann Sustaineo bereits auf vielfältige Erfahrungen im Bereich nachhaltiger

Politikgestaltung zurückblicken. Alle Institutionen des Landes sind darauf ausgerichtet, die Anliegen künftiger Generationen in die politischen Entscheidungen einfließen zu lassen. Dabei ist „Sustaineo 2030“ keine Science-Fiction-Vision, sondern beruht auf realen Lösungsansätzen. Alle in „Sustaineo 2030“ beschriebenen Lösungen basieren auf der Studie zum Reinhard Mohn Preis 2013 und sind erprobte und erfolgreiche Ansätze. „Sustaineo 2030“ liefert einen konkreten Beitrag zur globalen Post-2015-Debatte, deren Anspruch es ist, die von RMP-Preisträger Kofi Annan ins Leben gerufenen Millenniums-Entwicklungsziele zu erneuern.

WEBLINK: www.bertelsmann-stiftung.de/sustaineo2030

KONTAKT: Armando Garcia Schmidt
armando.garcia.schmidt@bertelsmann-stiftung.de



Finanzkonferenz

Eine Welt ohne Anker

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Phase der Erholung, aber das Wachstum ist nicht gesichert. Die Teilnehmer der Jahreskonferenz von Bertelsmann Foundation und Financial Times warnen vor strukturellen Schwächen und geopolitischen Risiken

Text: Sabine Muskat – Fotos: Kaveh Sardari

Der Wirtschaftsmotor auf beiden Seiten des Atlantiks läuft wieder – die Verunsicherung bleibt. In den USA entstehen neue Arbeitsplätze in der Industrie, der Energiesektor boomt. Die Eurozone feiert Griechenlands Rückkehr auf den Kapitalmarkt – die Ausgabe der ersten Staatsanleihe seit Beginn der Krise war ein Erfolg. Aber wie stabil ist der Aufschwung? Wie gut abgesichert ist er gegen wachsende ökonomische Ungleichgewichte und geopolitische Spannungen?

Auf der sechsten Jahreskonferenz der Bertelsmann Foundation North America und der Financial Times paarte sich vorsichtiger Optimismus mit ernststen Zweifeln. Die Teilnehmer debattierten, aus welchen Weltregionen und Branchen das Wachstum der Zukunft kommen werde und wie die USA und Europa daran teilhaben könnten. Über allem stand aber die Sorge, ob strukturelle Schwächen und politische Krisen wie die russische Aggression in der Ukraine die Welt wieder ins Chaos stürzen könnten.

Am Vorabend der Konferenz mahnte Weltbank-Präsident Jim Yong Kim, den Kampf gegen die globale Armut als Teil der Suche nach mehr Wachstum zu verstehen. „Man könnte das Konzept von inklusivem Wachstum für wenig mehr als eine nette Idee halten“, sagte er in der National Portrait Gallery in Washington. „Aber es gibt klare Beweise dafür, dass hohe Armutsraten das Wirtschaftswachstum dämpfen.“

Auch die Teilnehmer der Konferenz setzten Hoffnungen in neue Impulse für die Weltwirtschaft aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Unter dem Motto „A World Out of Balance: A Surplus of Politics, a Deficit of Ideas“ diskutierten sie am 10. April

im Andrew W. Mellon Auditorium aber auch über Strategien, mit denen Europa und die USA ihre Volkswirtschaften fit für die Zukunft machen können.

Unter den amerikanischen Teilnehmern waren ranghohe aktuelle und ehemalige Berater der Obama-Regierung sowie der republikanische Kongressabgeordnete Charles Boustany. Europa und Lateinamerika waren durch Italiens Finanzminister Pier Carlo Padoan, den türkischen Vize-Ministerpräsidenten Ali Babacan, den Gouverneur der Bank von Mexiko Agustín Carstens und den früheren Chefökonom der Europäischen Zentralbank Jürgen Stark prominent vertreten.

Aufschwung in den USA

Es bestand Einigkeit, dass die Ausgangslage deutlich positiver sei als noch vor einem Jahr. In den USA hat sich der Aufschwung verfestigt, die Eurozone ist aus dem Größten heraus. Auf dem ersten Podium stellte die Moderatorin und stellvertretende Financial-Times-Chefredakteurin Gillian Tett jedoch die Frage, ob das Wirtschafts- und Produktivitätswachstum künftig hoch genug sein werde, um genug Arbeitsplätze und einen hohen Lebensstandard zu gewährleisten.

Für Europa sah Charles Dallara, Chairman of the Americas, Partners Group, keine guten Aussichten. Bei der positiven Reaktion auf den griechischen Anleihenverkauf seien „die Märkte der Realität davongelaufen. Mit der Ausnahme Deutschlands gibt es keine andere große Volkswirtschaft in der Eurozone, die um mehr als ein Prozent wächst.“ Die USA sah er besser positioniert. In Branchen



„Hohe Armutsraten dämpfen Wirtschaftswachstum“

Jim Yong Kim, Weltbank-Präsident

wie der Biotechnologie, aber auch bei der Herstellung von Traktoren oder Windturbinen sei das Land gut aufgestellt. Der Boom beim Abbau von Schiefergas werde Innovationen im Energiesektor fördern.

Adam Posen, Präsident des Peterson Institute for International Economics und ehemaliges Mitglied des Geldpolitischen Komitees der Bank of England, war skeptischer. Der Schiefergas-Boom sei ein „Hype“



auch sei für den Abbau kein Hightech nötig. Er gab sich besorgt darüber, dass die Innovationskraft der Wirtschaft weltweit nachgelassen habe. Es sei nicht klar, ob Erfindungen wie das 3-D-Drucken die Wirtschaft so verändern könnten, wie es etwa das Internet getan habe.

Wachstum und Innovation brauchen ein stabiles Umfeld, aber die Wirtschaften der USA und Europas leiden unter strukturellen Schwächen. Einkommen und Wohlstand sind selbst in guten Zeiten ungleich verteilt. Langzeitarbeitslosigkeit und sinkende Löhne sind zum Dauerproblem geworden. US-Präsident Barack Obama fordere deshalb die Anhebung des Mindestlohns, erklärte >>



Der ehemalige Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle, die stellvertretende Vorsitzende der Bertelsmann Stiftung Liz Mohn, Weltbank-Präsident Jim Yong Kim und der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung Aart De Geus (von links)



„Zum Krieg wird es nicht kommen“

Prof. Dr. Christopher Clark



Im Uhrzeigersinn: der stellvertretende türkische Ministerpräsident Ali Babacan, der Kongressabgeordnete Charles Boustany und der Historiker Prof. Dr. Christopher Clark, Professor an der Cambridge University



Jason Furman, der Vorsitzende des „Council of Economic Advisers“ im Weißen Haus. „Davon würden 28 Millionen Menschen profitieren.“

Die Teilnehmer sorgten sich auch, ob Geldpolitik und Finanzsysteme besser auf künftige Schocks vorbereitet seien. Die globalen Finanzinstitute seien nach den von der G20-Gruppe verordneten Reformen weniger verletzlich als vor der Krise, so der Konsens. Die Zentralbanken, insbesondere die Federal Reserve, stünden derweil vor der schwierigen Aufgabe, den Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik der Krisenjahre einzuläutern. Wann dies geschehe, wollte niemand vorhersagen – auch nicht, welche Auswirkung eine Anhebung der Leitzinsen auf die Weltwirtschaft haben werde.

Gemeinsamer Binnenmarkt

Um künftiges Wachstum zu sichern, sollten die USA und die EU die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes durch das geplante Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zügig vorantreiben, empfahl der Kongressabgeordnete Charles Boustany. Er wies auch darauf hin, dass Jobs, die durch Handel entstanden seien, im Durchschnitt besser bezahlt seien. Der Republikaner lobte US-Präsident Obama dafür, das Thema auf die Agenda gesetzt zu haben. Obama müsse nun aber mehr tun, um freihandelskritische Demokraten auf seine Seite zu ziehen.

Überzeugungsarbeit ist auf beiden Seiten des Atlantiks nötig. In den USA wie in Europa glauben knappe Mehrheiten, dass das TTIP-Abkommen gut für die eigene Wirtschaft wäre. Das ist das Ergebnis einer von der Bertelsmann Foundation North America in Auftrag gegebenen Studie des Pew Research Center. Allerdings sitzt das gegenseitige Misstrauen tief, wenn es um die Angleichung von Standards geht. So vertrauen nur drei Prozent der Europäer amerikanischen Datenschutzregelungen – der NSA-Skandal dürfte hier stark nachwirken.

Unsicherheit und Misstrauen sind eine gefährliche Mischung in einer unübersichtlichen Welt. Was passiert, wenn China nicht mehr wächst? Wie gefährlich ist Russlands Machtdemonstration in der Ukraine? „Was in der Ukraine passiert, ist sehr besorgniserregend“, warnte der stellvertretende türkische Ministerpräsident Babacan. Eine Eskalation der Krise könnte Handels- und Finanzströme beeinträchtigen, glaubte Italiens Finanzminister Padoan.

Bis zum Krieg werde es aber nicht kommen, beruhigte Prof. Dr. Christopher Clark, Geschichtspräsident an der Cambridge-Universität. Sein Buch „The Sleepwalkers: How Europe Went to War in 1914“ wurde als Mahnung verstanden, dass ein Krieg in Europa auch 100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges möglich wäre. Die aktuelle Krise habe trotz aller Parallelen auch entscheidende Unterschiede zu damals, sagte Clark: Die Kommunikation zwischen

den westlichen Regierungen sei besser institutionalisiert, und Russland sei nach dem Kalten Krieg geschwächt.

Eine Lektion aber hatte Clark für sein Publikum noch: „Das Schreckgespenst von 1914 ist eine kraftvolle Erinnerung daran, wie schrecklich die Kosten sein können, wenn die Konversation abbricht.“ Diese Lektion, so darf man annehmen, gilt nicht nur für Sicherheitspolitiker, sondern auch für Finanzpolitiker und Zentralbanker. □

info >

Bertelsmann Foundation

Die **Bertelsmann Foundation North America** ist eine eigenständige Tochterstiftung in den USA, die von **Annette Heuser** geleitet wird. Präsident ist Aart De Geus, dem Vorstand gehören Liz Mohn, Charles Dallara, Chairman of the Americas, Partners Group, Vishakha Desai, ehemalige Präsidentin der Asia Society, Fred Kempe, Präsident und CEO des Atlantic Council, Prof. Dr. Gunter Thielen, Vorstandsvorsitzender der Walter Blüchert Stiftung, und Wilhelm-Friedrich Uhr, Leiter Corporate Operations, Bertelsmann Stiftung, an.

KONTAKT:

Bertelsmann Foundation North America, 1101 New York Avenue, N. W., Suite 901, Washington, D.C. 20005

Telefon: 001-202-384-1980

Schwerpunkt >



Wie wandelt sich die Welt? Momentaufnahmen und Fakten

Zwischen Arabischem Frühling und Machtkampf in der Ukraine: Viele Länder der Welt sind in Aufruhr.

Doch wo treiben sie hin? Einblicke vor Ort und dazu die aktuellen Fakten aus Transformationsindex (BTI) und Sustainable Governance Indicators (SGI) der Bertelsmann Stiftung



Schwerpunkt

Nationen im Wandel und ihre Wege in die Zukunft

Als die Menschen in Tunesien, Ägypten oder Algerien auf die Straße gingen, sprach die Welt noch euphorisch vom „Arabischen Frühling“. Doch humanitäre Katastrophen wie der Bürgerkrieg in Syrien werfen die Frage auf, wohin diese Nationen treiben. Wo werden Regierungen demokratischer? Wo bekommen die Menschen die Chance auf mehr Teilhabe? Wie steht es um die innere und äußere Sicherheit? – Wir sind in Länder gereist, haben Menschen getroffen und erzählen ihre Geschichten. Der Versuch einer Bestandsaufnahme in einer sich stetig wandelnden Welt

FOTOS: M. EMMERMANN (ILLU.); V. ACHENBACH, M. KOHL, E. KAPITZA, S. PFÜTZE, A. VIEIRA



Gibt es einen Wandel zu mehr Wohlstand? Beispiel Griechenland

Noch immer ist die griechische Hauptstadt Athen von der Euro-Krise gezeichnet. Wir begleiteten den Autor Takis Theodoropoulos bei seinen Streifzügen durch eine krisengeschüttelte Stadt



Ist die Meinungsvielfalt bedroht? Beispiel Ungarn

Seitdem das neue Mediengesetz seine eigene Realität schafft, wurden zahlreiche Journalisten mundtot gemacht. Viele setzten sich zur Wehr, andere resignierten und gaben den Beruf auf oder verließen gar das Land. Wir trafen drei Betroffene und fragten, welche Konsequenzen das neue Gesetz für sie, aber vor allem auch für die Menschen in Ungarn hat

Wird unsere Welt demokratischer? Beispiel Tunesien

Jahrelang wurde die tunesische Journalistin Sihem Bensedrine politisch verfolgt. Ein Gespräch mit einer Frau, die weiter an ihre Ziele und die Hoffnungen der Menschen in ihrem Land glaubt



Gibt es einen Wandel zu mehr Sicherheit? Besuch im Zentrum für Internationale Friedenseinsätze

Ist unsere Welt seit dem Ende des Ost-West-Konflikts unsicherer geworden? Welche Aspekte muss ein neuer Sicherheitsbegriff umfassen? Und bedeutet eine demokratischere Welt zugleich eine sicherere Welt? Wir fragen Dr. Almut Wieland-Karimi, Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)



Gibt es einen Wandel zu mehr Gerechtigkeit? Beispiel Brasilien

Während Milliarden in neue Stadien gesteckt werden, hungern die Menschen in den Favelas. Während die Regierung auf gut betuchte Fans aus aller Welt hofft, kommen viele Menschen im Land nicht einmal an eine Eintrittskarte. Besuch in einem gespaltenen Land

Einleitung

Wir wollen mitreden

Revolutionen im Nahen Osten, Aktivisten an der Wall Street, Wutbürger in Europa: Selten haben Menschen aus aller Welt mehr Teilhabe gefordert als im vergangenen Jahrzehnt. Zugleich richtet sich der Protest gegen zunehmende Ungleichheit. Fest steht: Nur mit mehr Demokratie und mehr Kooperation lassen sich die globalen Herausforderungen der Zukunft meistern

Von Jens Poggenpohl – Illustrationen: Marie Luise Emmermann

Aus allen Landesteilen hatten sich die Menschen Ende März in Richtung Hauptstadt aufgemacht. Zehntausende waren es, vielleicht auch mehr. „Marchas por la dignidad“, Märsche der Würde, so nannten sie ihren Protest, und genauso pathetisch und radikal klangen ihre Parolen. Ein Reporter befragte eine junge Frau, sie sagte: „Wählen ist sinnlos“, eine andere erklärte: „Wir protestieren gegen alles.“

Eine Szene aus Lateinamerika? Nein: aus der spanischen Hauptstadt Madrid. Wer nach dem aktuellen Befinden der Demokratie fragt, kommt um Szenen wie diese nicht herum. Nicht nur in vielen Schwellenländern haben die Qualität der Demokratie und fast mehr noch ihre Wahrnehmung in jüngerer Vergangenheit schwer gelitten.

So hat der Bertelsmann Transformation Index (BTI) in den vergangenen acht Jahren in 59 der 75 Demokratien, die er untersucht, zum Teil erhebliche Rückschritte bei Wahlen, Pressefreiheit, Rechtssicherheit oder staatlicher Gewaltenteilung beobachtet – darunter in EU-Mitgliedstaaten wie Bulgarien, Rumä-

nien und Ungarn; die Sustainable Governance Indicators (SGI) der Bertelsmann Stiftung konstatieren Demokratieverluste in 15 EU- und OECD-Staaten seit 2011; und der Organisation Freedom House zufolge ist das globale Freiheitsniveau zum sechsten Mal in Folge zurückgegangen.

Gewiss, diese Phänomene sind differenziert zu bewerten: Die Einschränkung der Pressefreiheit in Ostmittel- und Südosteuropa ist nicht mit den Defiziten in den Wahlregimen einiger Länder Lateinamerikas zu vergleichen, die wiederum nicht die Brutalität der Unterdrückung von Bürgerrechten und der Versammlungsfreiheit in Ostasien und dem Nahen Osten erreichen. Andererseits aber schwindet selbst dort, wo die formale Fassade der Demokratie intakt erscheint, das Vertrauen der Bürger. De jure mag der Souverän Herr im Hause sein, de facto hat er das Gefühl, nicht gehört zu werden. Gleichzeitig wächst das Selbstvertrauen der Zivilgesellschaft. „Wir wollen mitreden“ – diese Botschaft eint die Wutbürger in aller Welt.

Befeuert wird das Unbehagen durch die ökonomischen Krisen der vergangenen Jah-

re – und die Reaktionen darauf. In den Augen derer, die in Spanien, Griechenland, Italien oder Portugal auf die Straße gehen, war und ist die Politik nicht in der Lage, Finanzmarktexzesse und Ungleichheiten einzudämmen und soziale Reformen einzuleiten, die mehr sind als ein Austeritätsprogramm. Die Großen kriegt man nicht zu fassen, die Kleinen werden bestraft – klingt simpel, erklärt aber die Wut vor allem der jungen Generation, die sich um ihre Zukunft betrogen sieht. Und es ist ja wahr: Eine Jugendarbeitslosigkeit von teilweise über 50 Prozent ist skandalös. >>

Das Selbstvertrauen der Zivilgesellschaft wächst



Die Wut hat Europa erreicht - überall gehen die Menschen auf die Straße. Die Bürger wollen mitreden, wehren sich gegen festgefahrene Strukturen der Politik

Die Krisen haben dabei einen länger anhaltenden Trend verschärft: Die Schere zwischen extrem wohlhabenden Schichten, die von Kapitalrenditen profitieren, und denen, die von ihrem Einkommen leben müssen, hat sich geöffnet. Man muss nicht so weit gehen wie der französische Ökonom Thomas Piketty, der sich in seinem viel diskutierten Werk über „Kapital im 21. Jahrhundert“ an die Einkommensverteilung des 18. und 19. Jahrhunderts erinnert fühlt, um zu erkennen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich wächst – und zwar gerade in Zeiten des Null- oder Niedrigwachstums.

Die Krise als Katalysator der Ungleichheit lässt sich auch auf EU-Ebene gut beobachten: Vom Ziel der „Kohäsion“ ist die Union weiter entfernt denn je zuvor. „Mit Blick auf Arbeitslosigkeit und den Bedarf an Investitionen gab es noch nie so große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten“, sagt Werner Hoyer, Präsident der Europäischen Investitionsbank, und bestätigt damit einen Befund der aktuellen SGI. Und im globalen Maßstab? Ist nicht die Zahl der Menschen in absoluter Armut von 1990 bis 2010 um 700 Millionen zurückgegangen und wurde damit nicht ein Millennium Development Goal der UN vorzeitig erreicht? Wohl wahr, doch gleicher ist die Welt nicht geworden, im Gegenteil: Der Bertelsmann Stiftung zufolge leben die Gewinner der Globalisierung in Finnland, Dänemark, Japan, Deutschland und der Schweiz, während die Einwohner der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) bislang vergleichsweise wenig von der weltweiten Vernetzung profitierten.

Kurz und sehr pointiert gesagt: Wachstum bedeutet nicht automatisch mehr Wohlstand für alle. Eine Marktwirtschaft, die nicht gleichzeitig sozial flankiert ist, wird ihre Wohlstandsversprechen nicht einlösen können. Genau dies ist vielerorts zu beobachten, und im Verbund damit wächst der Zweifel an der Legitimität der Demokratie in ihrer jetzigen Form. Das populärste Emblem dafür waren die Masken der Occupy-Bewegung, und wenn diese Bewegung auch an der Wall Street öffentlich sichtbar wurde, so richtete sich der Ruf „Wir sind die 99 Pro-

zent“ doch nie nur an die Adresse der Banker und Manager, sondern auch an die Politik. Zusammenhänge wie diese verleihen der Wut und dem Wunsch nach mehr Teilhabe eine neue Dimension. Zu beobachten ist ein umfassender Protest gegen einen doppelten Ausschluss. So wie selten zuvor werden das Politische und das Ökonomische, das Unbehagen an der politischen Repräsentation und der sozialen Exklusion zusammengedacht. „There is no society“ – Margaret Thatchers Behauptung wird jeden Tag Lügen gestraft.

Verbunden mit dem Comeback der Kategorie „Gesellschaft“ hat der Abschied vom jahrzehntelang beherrschenden Paradigma zur Messung von Fortschritt begonnen:

Zweifel an der Demokratie in ihrer jetzigen Form

nämlich dem Bruttoinlandsprodukt. Was ist auch, um nur das populärste Beispiel zu nennen, von den imposanten Wachstumswerten Chinas zu halten, wenn wie 2013 nur drei von 74 Großstädten den Standard für gute Luft einhielten – den der staatlichen Behörde für Umweltschutz, wohlgemerkt? Und was heißt es umgekehrt – für jeden Einzelnen und für eine Gesellschaft im Ganzen – ein gutes Leben zu führen, das zugleich die Lebenschancen künftiger Generationen wahr? Wohlstandsfragen über das Bruttoinlandsprodukt hinaus zu diskutieren, ist nicht länger dem „dekadenten“ Westen vorbehalten.

Es gärt also, doch ist es überhaupt nicht ausgemacht, wohin die Entwicklung führt. Ökonomisch betrachtet, erscheint eine sozial austarierte Marktwirtschaft nach wie

vor als bestes Modell, um Wohlstand für viele zu schaffen. Ein überzeugender Gegenentwurf ist in den vergangenen Jahren jedenfalls nicht entwickelt worden, auch nicht von den Sozialisten Lateinamerikas. Politisch zeigt derzeit das Schicksal des „Arabischen Frühlings“ am eindringlichsten die Ambivalenz der Freiheit. Einerseits hat der größte politische Umsturz seit 1989 die Möglichkeiten zur Beteiligung am politischen Leben dramatisch erhöht, doch dies hat seinen Preis: Destabilisierung, Unsicherheit oder die Verletzung von Minderheitenrechten.

Ernüchternd wirkt zudem, dass die arabischen Revolutionen, im Gegensatz zur Öffnung des Eisernen Vorhangs, zumindest bislang noch nicht als Stimulans einer globalen Demokratisierung gewirkt haben. Anders als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fehlt der geopolitische Möglichkeitsraum, und überdies haben Autokraten rund um den Globus ihre Lehren daraus gezogen und unterdrücken Kritik noch brutaler. Dass es auch anders geht, zeigen die (allerdings demokratisch gewählten) Regierungen Brasiliens und Chiles, obwohl selbst der auf sozialen Ausgleich bedachte Reformkurs der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff und der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet die Demonstranten noch nicht besänftigen konnte.

Die Beispiele kriselnder europäischer Länder wie Italien oder Frankreich zeigen dabei, dass es selbst etablierten Demokratien schwerfällt, aus alten konfliktiven Mustern, etwa zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, auszubrechen, zumal wenn es um einschneidende Reformen geht. Die kleinen homogenen Staaten Nordeuropas mit ihrer unter Wohlstandsbedingungen eingeübten Konsenskultur haben es hier leichter, aber auch Deutschland hat mit seinen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsreformen gezeigt, wie wertvoll der viel geschmähte Korporatismus sein kann.

Dass es auch auf globaler Ebene in der Zukunft mehr denn je auf die Kunst der Kooperation ankommen wird, ist ein Gemeinplatz. Überflüssig ist der Hinweis deshalb nicht, wie ein Blick auf einige Treiber >>



In einer immer kleiner werdenden Welt müssen reichere Länder mehr Solidarität mit ärmeren Ländern zeigen. Gemeinsam Ressourcen erhalten, Kriege und Terrorismus eindämmen - das wäre ein Weg



Trend Urbanisierung: 2050 werden zwei Drittel der Menschen in Städten leben. Die Megacitys bergen zusätzlichen Sprengstoff für soziale, ethnisch oder religiös begründete Konflikte

des künftigen Wandels zeigt, deren Effekte zum Teil kaum absehbar sind. Wie beispielsweise wird sich die Digitalisierung auf die politische Kultur auswirken? Erfinden die nächsten Generationen die Demokratie neu, als „liquid democracy“? Erlebt die Öffentlichkeit eine Frischzellenkur im Zeichen radikaler Transparenz, wie dies etwa die Aktivisten von Wikileaks fordern – und wäre dies wünschenswert? Und befinden wir uns zugleich nicht längst in einer Ära umfassender Kontrolle, sei es durch Spionage oder durch die Algorithmen mächtiger Konzerne?

Genauso unklar sind die Konsequenzen des Megatrends Urbanisierung. Seit 2007

leben erstmals in der Geschichte mehr Menschen in Städten als auf dem Land, bis 2050 werden es zwei Drittel sein. „Städten und ihrem Umland mehr Macht zu übertragen, eröffnet die Chance, das politische Kräftespiel zu erneuern, das derzeit ganze Länder aufhält“, glauben Optimisten wie der US-amerikanische Autor Seth Kaplan, doch selbst sie können nicht leugnen, dass die Megacitys zusätzlichen Sprengstoff für soziale, ethnisch oder religiös begründete Konflikte bergen.

In welche Richtung entwickeln sich überhaupt die diversen „Renaissancen des Religiösen“? Dass der BTI seit 2006 in 25 der 40

untersuchten Staaten Afrikas einen zunehmenden Einfluss religiöser Dogmen festgestellt hat, darf beunruhigen. Doch nicht überall ist Religion gleichbedeutend mit (islamischem) Fundamentalismus. Und „genauso wie es den christlichen Kirchen nach langen, konfliktreichen Lernprozessen gelungen ist, Menschenrechte, parlamentarische Demokratie und legitimen politischen Pluralismus zu akzeptieren, ist dies auch einigen muslimischen Akteuren geglückt“, betont der Religionswissenschaftler Friedrich-Wilhelm Graf und verweist dabei auf die mit 30 Millionen Mitgliedern größte sunnitische Organisation der Welt, die „Nadhlatal



Die Welt ist so klein wie nie zuvor

Ulama“, die seit Jahrzehnten die Demokratie auf den Philippinen stützt.

Vor allem aber ist die Welt so klein wie nie zuvor. Sämtliche ernstzunehmenden Probleme sind verwickelt und globaler Natur – von Epidemien bis zum Finanzmarkt, vom Kampf gegen den Terror bis zum Schutz des geistigen Eigentums. Auch dies ist bekannt,

aber nicht trivial. Denn Global Governance erfordert einen historischen Wandel: nämlich den Übergang von einer Phase des Primats nationalstaatlicher Souveränität hin zu einer neuen Weltordnung, die – so zumindest die Hoffnung der Governance-Forscherin Inge Kaul von der Hertie School in Berlin – vom „Prinzip verantwortlich handelnder Souveränität“ bestimmt sein wird.

Wie weit der Weg dahin ist, zeigen die aktuellen Ereignisse in der Ukraine. Doch in einer transnationalen Welt führt kein Weg an multilateralen Abkommen vorbei. Zwingend wäre dabei eine Reform der Diskussionsforen sowie der UN. Die Ausweitung der G8 zur G20 darf dabei nur ein erster Schritt gewesen sein, und man muss kein Inder oder Brasilianer sein, um zu behaupten, dass der UN-Sicherheitsrat nicht die Realitäten des 21. Jahrhunderts abbildet. Auch hier liegt vor der Staatengemeinschaft noch ein weiter Weg, insbesondere für die Industrieländer. Verantwortlich zu handeln hieße für sie Macht abzugeben, Solidarität zu zeigen und Nachhaltigkeit nicht mehr nur zu predigen. Auf vielen Politikfeldern liegen die Erkenntnisse und Szenarien schon längst auf dem Tisch, konsequentes evidenzbasiertes Handeln aber lässt auf sich warten. Man denke nur an den Umweltschutz, der sich vom Debakel der Kopenhagener Klimakonferenz 2009 noch nicht erholt hat.

Umso lauter äußern viele Enttäuschte eine Kritik an den etablierten Entscheidungsprozessen. Sie seien zu schwerfällig und strukturell nicht in der Lage, langfristige Strategien zu implementieren, zumal wenn sie Opfer verlangen. Ihnen fehle zudem die umfassende und globale Perspektive, angesichts an den Rand gedrängter zivilgesellschaftlicher Gruppen und des weitgehenden Ausschlusses ganzer Weltregionen. Wenn aber die Soziologen Claus Leggewie und Harald Welzer recht haben und „das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ eine „kulturelle Revolution“ braucht, also einen Wandel, in dem die einen verzichten und teilen lernen, damit die anderen teilhaben können, dann wird sie nur mit einem Mehr an Demokratie gelingen. ■

info >

BTI und SGI

BTI: Der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) analysiert und bewertet die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und politischem Management in 129 Entwicklungs- und Transformationsländern. Detaillierte Gutachten von rund 250 Experten international führender Universitäten und Thinktanks sind die Grundlage für die Bewertung des Entwicklungsstandes und der Regierungsqualität.

Mehr unter: www.bti-project.de

KONTAKT: Dr. Hauke Hartmann, Sabine Donner
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

SGI: Welche Reformen müssen Regierungen einleiten, um die Zukunftsfähigkeit ihrer Gesellschaften zu sichern? Dieser Frage gehen die Sustainable Governance Indicators (SGI) mit Blick auf die 41 Mitgliedsstaaten der OECD und EU nach. Aus einer Kombination der Analysen von über 100 internationalen Experten sowie quantitativ erhobener Daten messen die SGI die Fähigkeit dieser Länder, nachhaltig orientierte Strategien zu entwickeln und umzusetzen.

Mehr unter: www.sgi-network.de


KONTAKT: Dr. Daniel Schraad-Tischler
daniel.schraad-tischler@bertelsmann-stiftung.de

Griechenland im Wandel

Neue Demut

In der griechischen Hauptstadt sind die Folgen der Krise unübersehbar. Doch nach all den Rückschlägen entwickelt sich ein neues Athen: jung, dynamisch, weltoffen – verbunden mit einer (neuen) inneren Demut. Ein Streifzug durch die Vier-Millionen-Metropole mit dem Athener Schriftsteller Takis Theodoropoulos

Text: Ferry Batzoglu – Fotos: Enno Kapitza



TAKIS THEODOROPOULOS steht auf der Pnyx, einem Hügel, direkt westlich der Akropolis gelegen. Würzig duftende Zypressen ragen in den blauen Himmel empor, Blumen blühen, bunte Schmetterlinge fliegen über das saftige, grüne Gras. Hier fanden in der Antike die ersten Volksversammlungen der Athener Bürger statt. „Das ist der Platz der Demokratie! Hier auf der Pnyx herrscht die absolute Ordnung“, schwärmt Theodoropoulos. „Ich komme oft hierher – wegen der Aussicht. Für mich ist das ein Ort der Inspiration.“



TRISTESSE Die Fassaden geschlossener Geschäfte prägen mittlerweile das Bild der Stadt



AUSVERKAUF Der Gemüse- und Obsthändler Jannis Poulos, der im Viertel von Theodoropoulos in der zweiten Generation seinen Laden hat, fürchtet, dass die Deutschen ihm sein Haus auf Ikaria pfänden, weil er seit vier Jahren keine Krankenversicherung bezahlen kann. Seinen eigentlich gut geführten Laden wird er wohl nur noch ein Jahr halten können, weil er zu wenig Gewinn abwirft

Traditionsreich ist es, das „Café der Poeten“ auf dem „Viktoria“-Platz, mitten in Athen. Der Name ist Programm. Die Porträts von gut zwei Dutzend moderner hellenischer Schriftsteller, Dichter und Denker hängen an der Wand. Ältere Männer, frisch rasiert, adrett gekleidet, schlürfen griechischen Mokka. Hier herrscht sie noch, die so oft beschworene mediterrane Leichtigkeit.

Das Café ist das Stammlokal von Takis Theodoropoulos. Hier schreibt er seine Bücher, hier arbeitet er an seiner täglichen Zeitungskolumne in der konservativ-liberalen Athener Qualitätszeitung „Kathimerini“. Theodoropoulos, groß gewachsen, kritischer Blick, wurde hier im dichtbesiedelten Athe-

ner Stadtviertel am „Viktoria“-Platz vor sechzig Jahren geboren. Nur durch ein Intermezzo in Paris, wo er studiert hat, unterbrochen: Hier lebt er in einer kleinen Wohnung, hier wird er auch künftig bleiben. Rund 15 Bücher hat er geschrieben. Sein bekanntestes Werk, „Die Unverwüstlichen von Athen“, handelt von den alten griechischen Philosophen. Sie leben noch. Im modernen Athen haben sie sich in Straßenkatzen verwandelt. Ihre Stimmen sind ein einfaches, liebevolles, unverständliches Schnurren. Doch sie laufen Gefahr, endgültig aus den Straßen zu verschwinden. Denn über der Stadt schwebt das Gespenst des Fortschritts. Es sind die mächtigen Bauten für Olympia 2004. Sie bedrohen die Freiheit der Katzen.

Theodoropoulos hat jenen Roman 2001 geschrieben. Damals boomte Athen. Der bevorstehende Euro-Beitritt befeuerte zuerst einen einmaligen wirtschaftlichen Aufschwung, anschließend löste die Rückkehr von Olympia eine wahre Euphorie zu Füßen der Akropolis aus. Athen war eine pulsierende Metropole, (wieder) eine wirkliche Weltstadt. Es war ein Wachstum auf tönernen Füßen. Es folgte die desaströse Krise. Sie hat Hellas durcheinandergewirbelt.

Schon seit sechs Jahren steckt das Euro-Sorgenkind in der Rezession. Die griechische Wirtschaftsleistung ist seit Herbst 2008 um ein sagenhaftes Viertel eingebrochen. Die Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen sind netto um bis zu 55 Prozent gesunken. Hun-



WARME MAHLZEIT Die tägliche Armenspeisung der orthodoxen Kirche Athens in der „Sophokles“-Straße, zu der täglich mehrere hundert Menschen kommen

derttausende Geschäfte mussten schließen. Die Arbeitslosigkeit ist von unter zehn Prozent auf 28 Prozent in die Höhe geschneit. Besonders schlimm hat es die jungen Griechen erwischt. Mehr als 60 Prozent sind derzeit ohne Job. Das Arbeitslosengeld beträgt einheitlich 360 Euro pro Monat. Damit kommt man besonders in Athen kaum über die Runden. Und auch damit ist spätestens nach zwölf Monaten Schluss. Es droht der totale Absturz. Denn eine Grundsicherung existiert nicht. Immerhin: Die Staatsfinanzen sind konsolidiert. Im laufenden Jahr soll es erstmals wieder mit der Wirtschaft aufwärtgehen. Endlich.

Alles nur Wunschdenken? Fakt ist: Auch Theodoropoulos spürt die Krise. „Die Griechen kaufen immer weniger Bücher. Sie haben einfach kein Geld mehr.“ Dennoch: „Ich will nicht klagen. Ich kann wenigstens meine Arbeit fortsetzen. Viele Griechen können das nicht mehr.“ Er steht auf. „Gehen wir zu einem Freund von mir.“ Er schlendert ein paar Meter über den „Viktoria“-Platz. An der

„Die Griechen kaufen immer weniger Bücher“

Takis Theodoropoulos, Autor

Ecke, direkt vor einem Schacht der ehrwürdigen Athener Elektrobahn, betreibt Jannis Poulos (61) seit 1980 ein kleines Obst- und Gemüsegeschäft. In zweiter Generation, sagt er stolz. Aus einem uralten Radio schallen permanent klassische Symphonien. Der angenehmen Tonkulisse zum Trotz: Poulos ist stocksauer. Zwar habe er noch Kundschaft, seit vier Jahren könne er aber keine Beiträge für die Krankenkasse der Freiberufler leisten. Sein Schuldenberg: über 20.000 Euro. Poulos räumt unverblümt ein: „Ich habe keine andere Wahl. Ich brauche das Geld. Ich muss meine Familie unterhalten. Ich bin der Brot-

bringer. Ich schufte zwölf Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche. Ist das ein Leben?“ Er werde das Geschäft aufgeben. „Spätestens in einem Jahr.“ Poulos' Traum: Er will auf die Insel Ikaria ziehen. Dort habe er ein kleines Ferienhaus, direkt am Meer. Er zeigt auf ein Foto an der Wand. „Siehst du den roten Pfeil? Das Haus ist die Mitgift meiner Frau.“ Er zieht die Augenbrauen hoch: „Weißt du, wovor mir graut? Dass mir die Deutschen mein schönes Haus wegnehmen. Die warten doch nur darauf, sich unsere Inseln unter den Nagel zu reißen! Das stand doch in der BILD!“

In der Antike war der Stadtstaat Athen ein Dorf. Es avancierte zum Zentrum der Künste, der Philosophie, der antiken Denkfabriken. Hier befand sich Platons Akademie, hier war Aristoteles' Lyzeum. Athen ist die Geburtsstätte der westlichen Kultur. Heute ist der Großraum Athen mit seinen 57 Vororten, davon fünf in der Hafenstadt Piräus, und seinen etwa vier Millionen Einwohnern Griechenlands politisches, wirtschaftliches, industrielles und kulturelles Zentrum. >>



ZU VERKAUFEN: „Poleitai“, und „Zu vermieten“: „Enoikiazetai“ – Schilder wie diese vor Läden, Büros und Mietshäusern prägen das Stadtbild Athens
Rechts: Takis Theodoropoulos in seinem Stammcafé „Café des Poètes“ am „Viktoria“-Platz

Noch 2012 rangierten die Athener in Bezug auf die Kaufkraft weltweit auf Platz 39.

Und nun? Hunderte leere Geschäfte in der (ehemaligen) Athener Prachtstraße „Stadiou“ und immer mehr Bettler. Besonders die Athener Innenstadt verfällt immer mehr. Und: Athen ist unangefochten zu Europas Graffiti-Hochburg avanciert. Ein Eldorado für unzählige Protestsprüher. Ihr beliebter Spruch an Athens Häuserwänden: „Ich werde gequält“ („Vasanisomai“). Doch es gibt auch ein anderes Griechenland, ein völlig anderes Athen: neu, dynamisch, weltoffen. Ein paar hundert Meter vom „Viktoria“-Platz entfernt, in der zentralen „Solonos“-Straße, in einem unscheinbaren Gebäude, ist es zu erleben. Theodoropoulos drückt die Klingel mit der Aufschrift „Parkaround“. Das Büro sieht aus, wie man es sich bei einem Start-up vorstellt. Eng, spartanisch eingerichtet, Kartons stehen herum.

Eine Handvoll junger Athener Programmierer hatte eine Idee, wie das chronische Parkplatzproblem zu lösen ist. Sie entwickelten eine App für Smartphones, Tablets und Computer. „Parkaround“ kooperiert schon mit 43 Athener Parkhäusern. Inzwischen sind 26.000 App-Nutzer stets über freie Plätze, Preise und sonstige Services informiert. „Parkaround“ ist ein Jahr nach dem Start eine Erfolgsstory. „Wir arbeiten viel und haben Spaß dabei. Unser Motto: ‚Hab keine Angst! Tue es einfach!‘“, sagt Mit-

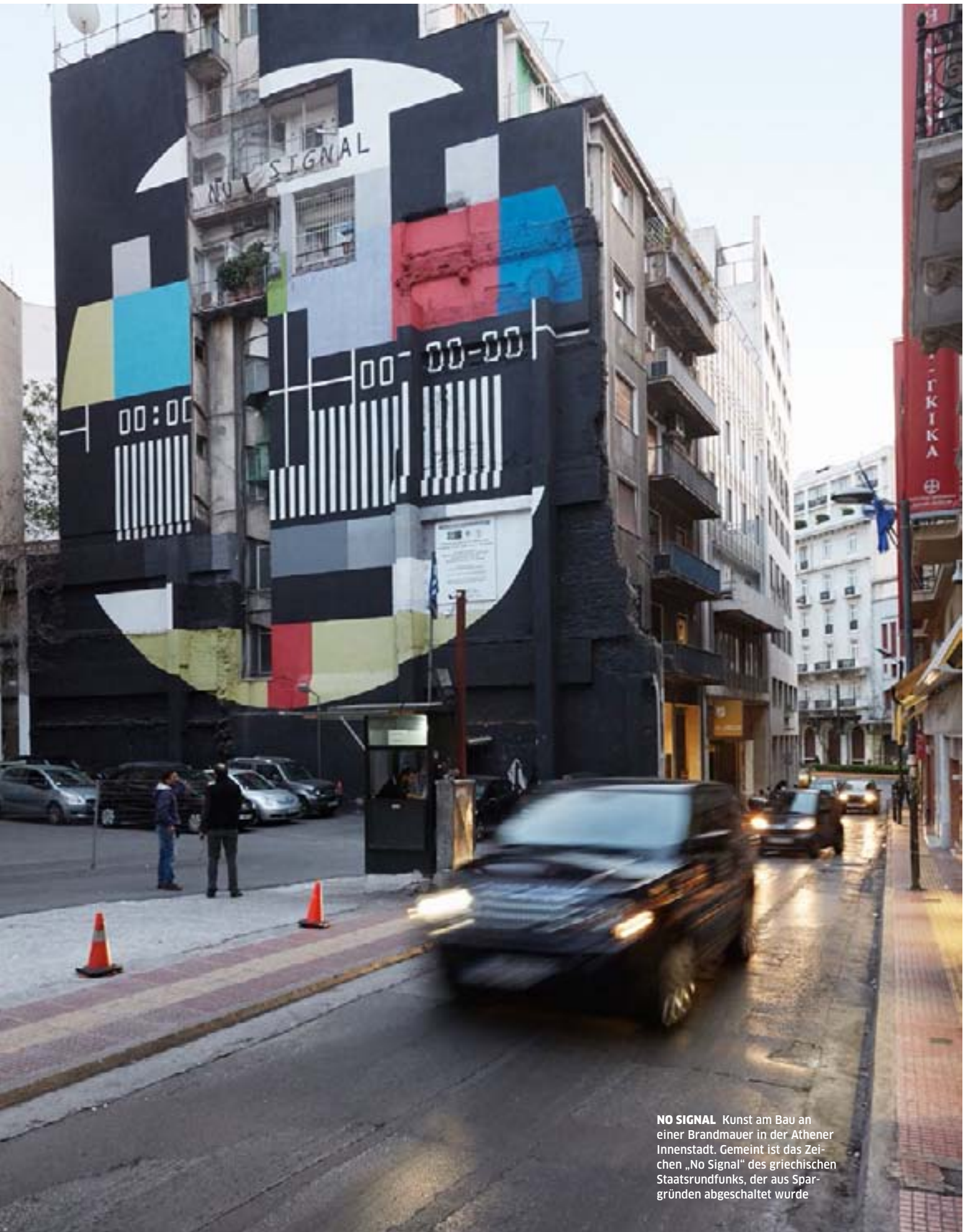
„Wer auf Sicherheit setzt, ist der Verlierer“

Katerina Demertzi, Unternehmerin

gründer Kostas Arkadas (28). Die anderen in der Runde nicken. Für Katerina Demertzi (31) markiert diese Haltung einen Sinneswandel: „Wer jetzt auf Sicherheit setzt, wer keinen Wandel will, ist in Griechenland der Verlierer. Auch früher war der, der sich wandelte, der Gewinner. Nur – heute ist dies eine Pflicht. Athen wird sich wandeln.“ Seien es die billigen Mieten, sei es ein hochqualifiziertes, motiviertes Personal. In Athen wächst eine Start-up-Szene heran. Demertzi: „Die Stimmung ist: ‚Wir fangen wieder an!‘ Uns ist bewusst: Wir haben früher über unsere Verhältnisse gelebt. Vor dem Ausbruch der Krise lautete der Tenor, auch in der Jugend: ‚Ich brauche mich nicht anzustrengen, um etwas zu erreichen.‘ Heute weiß man: ‚Ich muss mich anstrengen.‘“ Arkadas, Demertzi und Co. sehen die Zukunft rosig. Schon hat das Start-up ins Ausland expandiert – nach London. Im Eiltempo haben sich mehr als

4.000 Londoner für die App entschieden. Fortsetzung folgt.

Athen war stets aber auch eine Stadt der Museen. Theodoropoulos verrät: Ein wahres Kleinod sei das private Museum „Herakleidon“ im Ausgehviertel Thysseio. Man hört es sofort: Nikos Kondoprias (47) ist in den USA geboren, ein US-Griecher der dritten Generation. Vor zwanzig Jahren ist er nach Athen gekommen, im Sommer 2004 übernahm er die Geschäftsführung des damals gerade eröffneten „Herakleidon“-Museums. Zunächst habe das Museum drei Ausstellungen pro Jahr organisiert. Werke von namhaften Ausstellern holte Kondoprias in das Museum. Er mobilisierte internationale Sponsoren. Ein leichtes Unterfangen: Athen war sexy. Als die Finanzkrise 2007 ihren Anfang nahm, wusste Kondoprias: „Ich muss das Ruder herumreißen.“ Unterdessen findet nur eine Ausstellung pro Jahr statt. Der neue Schwerpunkt sind Lehrveranstaltungen für Schüler. Das Konzept kommt an. Tausende Schüler besuchen jährlich die Lehrveranstaltungen. Die Lehrkräfte schwärmen zudem in Schulen aus, vor allem in ärmeren Bezirken Athens. Denn es gibt Schüler, die sich die Gesamtkosten von sieben Euro für Eintritt und Anfahrt nicht leisten könnten. Kondoprias gibt sich kämpferisch: „Alle sprechen von einer verlorenen Generation in Griechenland. Wir wollen den Kindern positive Energie verleihen.“ Er nimmt kein Blatt vor den >>



NO SIGNAL Kunst am Bau an einer Brandmauer in der Athener Innenstadt. Gemeint ist das Zeichen „No Signal“ des griechischen Staatsrundfunks, der aus Spargründen abgeschaltet wurde



LICHTBLICKE
Nikos Kondoprias, Direktor des privaten Museums Herakleidon. Im Hintergrund Kunst von der griechischen Künstlerin Dina Anastasiadou

Mund. Als die Krise Athen heimsuchte, habe auch er sich im Familienkreis beraten. „Wir haben uns gefragt: ‚Bleiben wir hier? Gehen wir in die USA?‘ Wir haben beschlossen: ‚Wir glauben an Griechenland! Wir krempeln die Ärmel hoch!‘“

Zurück in der Athener Innenstadt. Pünktlich um 15 Uhr beginnt die zweite Armenspeisung des Tages. Auf einem grauen Hof in der „Sophokles“-Straße haben sich ein paar hundert Menschen eingefunden. Geduldig stehen sie so lange in der Warteschlange an, bis sie endlich dran sind. Dann kommt der Moment, wo sich jeder eine Aluschale nimmt, dazu noch ein Stück Brot. Deckel weg – und hastig essen sie die warme Mahlzeit. Im Stehen, im Sitzen. Heute gibt es Hähnchen mit Reis. Tag für Tag bietet sich dem Beobachter am gleichen Ort das gleiche Bild. Zweimal täglich werden in Athen jeweils 1.400 warme Mahlzeiten verteilt. Mittags tut das die christlich-orthodoxe Kirche. Die Not wird immer größer – besonders unter den Griechen. Bei den Suppenküchen

„Wir haben beschlossen, die Ärmel hochzukrempeln“

Nikos Kondoprias, Museums-Manager

liegt ihr Anteil schon bei bis zu 90 Prozent. Bis vor kurzem war das noch undenkbar. Da sah man fast nur illegale Einwanderer.

Theodoropoulos ist zum ersten Mal hier. Er bleibt vor dem Hof stehen. Ganz bewusst. „Ich will nicht rein. Ich habe Angst davor, auf dem Hof einen Bekannten zu treffen, der abgestürzt ist. Ich würde bei dem Anblick tiefe Scham empfinden. So als wäre es mir selber passiert.“ Hier, vor der Suppenküche, wirkt

er erstmals während unserer Spaziergänge tief betroffen. „Wir reden über Demokratie, Demokratie, Demokratie. Wie kann sie funktionieren, wenn immer mehr Menschen in diese elende Verfassung geraten?“ Armut habe es in Griechenland zwar auch früher schon gegeben. „Neu ist die Verelendung.“ Die Demokratie stütze sich indes auf das Vertrauen der Bürger in die Politik. Die Krise habe aber den sozialen Zusammenhalt, die Mittelschicht zerstört. Die Folge: „Die Griechen vertrauen der Politik nicht mehr. Der Demokratie ist schon großer Schaden zugefügt.“

Dies sei auch der Grund dafür, dass in Griechenland nicht nur Populisten aller Couleur, sondern auch rechtsextreme Kräfte wie die Goldene Morgenröte künftig Zulauf haben dürften. Die politische Radikalisierung sei „kein politisches Strohfeuer“ – ausgerechnet im Geburtsland der Demokratie. Doch damit nicht genug: In Griechenland gebe es nicht nur Europa- und Euro-Skeptiker oder gar bekennende Gegner wie die „ausgesprochen antiwestliche“ Kommunistische Partei. Sie könne sich in Griechenland auf eine feste Stammwählerschaft „in respektabler Zahl“ stützen. Pikant sei der Umstand, dass es ebenso in der konservativen Regierungspartei Nea Dimokratia (die unter Premier Antonis Samaras seit den jüngsten Parlamentswahlen im Juni 2012 den rigiden Spar- und Reformkurs fortführt) mittlerweile „Kreise und Kräfte“ gebe, die „die EU durchaus kritisch oder gar ablehnend betrachten.“

Demokratieverdrossenheit

Dass die Schere zwischen Europas prosperierendem Norden und einem zusehends verarmenden Süden immer größer werde, lasse zudem das Misstrauen im Süden, gar eine Gegnerschaft zum Norden immer weiter wachsen. „Wenn sich aber ein Graben des Misstrauens durch Europa zieht, kann Europa nicht funktionieren.“ Derweil hängt das chronisch pleitebedrohte Athen seit dem Frühjahr 2010 am Tropf der öffentlichen Gläubiger-Troika aus EU, EZB und IWF. Die harte deutsche Haltung mit Blick auf den als Gegenleistung geforderten Spar- und Reformkurs deutet Theodoropoulos als „historische Schwäche Berlins, die führende Rolle in Europa zu spielen.“ Gerade Deutschland müsse sich dafür einsetzen, die sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Unterschiede in Europa zu beseitigen.

Theodoropoulos legt den Finger in die Wunde. Mit der fortgesetzten Austeritätspolitik gehe die Rechnung jedoch nicht >>



NEUANFANG Start-up-Unternehmen Parkaround mit Kostas Arkadas, Apostolos Parlos, Dimitris Smyrlakis und Katerina Demertzi (von links) vor einem ihrer Kunden, dem Parkhaus Polis



ROLLENDER PROTEST

Nikolaus Lemonis, Rentner und „Faktotum“ im Protest gegen die Troika, insbesondere gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel

„Mit Europa darf man nicht leichtfertig umgehen“

Takis Theodoropoulos, Autor



KONTRASTE
Private Segelclubs, wie hier im noblen Athener Vorort Vouliagmeni, stehen im krassen Gegensatz zur allgemeinen Verelendung in der Stadt



info >

Griechenland

In Griechenland, Mitglied von EU, Vereinten Nationen, OECD, NATO, OSZE und Europarat, leben über zehn Millionen Menschen, davon rund vier Millionen in der Hauptstadt Athen. **Das Land gilt als das am höchsten verschuldete EU-Mitgliedsland.** Bei den Sustainable Governance Indicators 2014 (SGI) der Bertelsmann Stiftung landet es in der Kategorie „Politikperformanz“ auf dem 41. Platz – dem letzten Platz überhaupt. Bei der „Demokratiequalität“ liegt die „Wiege der Demokratie“ im Mittelfeld auf Platz 26. Und im Bereich „Governance“ auch nur auf Platz 38. Soziale Sicherungssysteme wie etwa das Gesundheitswesen sind durch die Krise schwer betroffen, heißt es in den SGI. Die Jugendarbeitslosigkeit klettert auf immer neue Rekordstände.

Weitere Infos: www.sgi-network.org/2014

auf. Dies zeige der Fall Hellas. „Der Norden wird den Süden zwar nicht sterben lassen. Das erinnert aber ein bisschen daran, wie die Franzosen früher nur zum Urlaub zum Club Med im Süden Europas flogen.“ Blicke das so, wäre das aber „eine Katastrophe für die europäische Idee“. Theodoropoulos ist davon überzeugt: „Der Norden braucht den Süden. Ob Goethe oder Nietzsche: Sie haben immer in den Süden geschaut.“

Der Grieche habe traditionell „ein Problem mit den Amerikanern“ gehabt, es habe hierzulande über Jahrzehnte ein „latenter Antiamerikanismus“ geherrscht. In der jüngsten Krise sei dieser Antiamerikanismus „einer grassierenden Deutschenfeindlichkeit, gar einem Antigermanismus in der breiten Bevölkerung gewichen“, warnt Theodoropoulos. Der Grieche gefalle sich zwar schon seit jeher in der Rolle, Gegner zu haben. Die Behauptung, die Deutschen seien die „neuen Besatzer“ Griechenlands, sei „natürlich übertrieben“. „Die Griechen

wissen das. Das ist ein Teil unserer schönen Heuchelei, ein Teil unseres Charakters.“

Dennoch: „Was der Grieche aber wirklich nicht vertragen kann, ist eine, so sieht man das hier, Unflexibilität in der Haltung, die die deutsche Bundesregierung speziell im Fall Griechenland an den Tag legt. Was in Deutschland als konsequente Haltung angesehen wird, gilt hier als unflexible Position. Die Parole „Das ist eine Einbahnstraße! Du musst das machen! Basta!“ macht ihn wahn-sinnig.“ Denn seit der Antike sei die griechische Kultur durch einen permanenten Dialog, ein stetiges Verhandeln, das ständige Suchen nach Kompromissen gekennzeichnet.

Europa ernst nehmen

Was würden Sie der griechischen Regierung empfehlen? Was den EU-Partnern? „Alle müssen ernster werden. Alle. Denn Europa ist eine sehr ernste Angelegenheit. Damit darf man nicht leichtfertig umgehen!“ –

Um den Tag ausklingen zu lassen, fahren wir mit Theodoropoulos zum Yachthafen im gehobenen Athener Vorort Vouliagmeni an der malerischen Saronischen Küste. Das Café ist stark frequentiert. Theodoropoulos geht zur Küste, setzt sich auf einen Felsen und blickt aufs Meer. Die Sonne geht gerade unter. Pure Postkartenidylle. Er sinniert: „In den Fünfzigerjahren wünschten sich die Bürger dieser Stadt ein besseres Leben für ihre Kinder. In den Achtzigerjahren träumten sie davon, mehr Geld zu haben, vielleicht sogar reich zu werden. Heute haben sie gelernt: Man muss eine innere Demut haben. Das ist der Wandel.“

Als er das sagt, geht im gleichen Moment am Athener „Viktoria“-Platz ein heftiger Regenschauer nieder. In einem leeren Geschäft, zwischen alten, kaputten Schau-fensterpuppen, hat eine Straßenkatze ihr neues Zuhause gefunden. Sie schnurrt. Einfach, liebevoll, unverständlich. Sie wird nicht verschwinden. ■

Wird unsere Welt demokratischer?

Dieses Gefühl der Freiheit ...

„Nach dem ersten Schritt kann man nicht mehr zurück“ – mit diesen Worten erklärte die Journalistin Sihem Bensedrine ihren Kindern, warum sie ihre Heimat verlassen und im Exil leben mussten. Wir trafen sie dort zum Interview, wo sie sich endlich wieder sicher fühlte: in Hamburg

Interview: Johannes von Dohnanyi – Fotos: Maurice Kohl

Diffamierungskampagnen, soziale Ausgrenzung, Prügel, Haft ... Die tunesische Journalistin Sihem Bensedrine (63) berichtete mutig über Folter und Korruption und wurde so in den Neunzigerjahren zur Gegnerin des damaligen Präsidenten Ben Ali. 2002 musste sie Tunesien verlassen und ins Exil gehen. Schutz fand sie bei der „Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte“. In einer kleinen Wohnung am Hamburger Schanzepark lebten sie und ihre Familie, bis sie 2011 in die Heimat zurückkehren konnte. Vor ein paar Wochen fuhr sie bewusst nach Hamburg zurück. Für ein paar Tage. Um Kraft zu tanken, ihre Gedanken zu sortieren. Dort traf sie change-Autor Johannes von Dohnanyi, der als Auslandskorrespondent selbst jahrelang über Krieg und Krisen berichtete, zum Interview.

CHANGE: Willkommen, liebe Frau Bensedrine, in genau der Hamburger Wohnung, in der Sie und Ihre Familie die ersten Jahre nach Ihrer Flucht aus Tunesien lebten. Wie fühlt sich das an?

BENSEDRINE: Das ist wie eine Chance, noch einmal dort anzufangen, wo man aufgehört hatte. Und beim Blick durch die großen Fenster ... Ich weiß noch – vor allem wegen des Lichtes hier in der Wohnung fühlte ich mich damals in Hamburg nicht wie im Exil.

Mit dem Tunesien, das Sie damals beschrieben, konnten die meisten Deutschen nicht viel anfangen.

Und deswegen bin ich der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte nicht nur dankbar, dass sie

mich und meine Familie im Augenblick größter Gefahr rausholte. Ohne die Stiftung hätte es die vielen Vorträge und Konferenzen nie gegeben, auf denen ich die tunesischen Zustände öffentlich beschreiben konnte.

Was erinnern Sie von diesen Auftritten?

Meine Zuhörer sagten immer, davon hätten sie nichts gewusst. Und ich: Jetzt wisst ihr es. Für die Deutschen war Tunesien damals nur ein Land für schöne und billige Ferien. Niemandem fiel auf, dass direkt hinter dem Strand die Diktatur begann.

Und die drückte sich wie aus?

Wenn ich morgens das Fenster öffnete, starrte mir ein Polizist entgegen. Wenn die Geheimdienstler mir bis in die Geschäfte folgten, bat mich der Verkäufer, nie wieder zu kommen. Die Eltern der Freunde meiner Kinder wurden verprügelt, weil die Kleinen miteinander gespielt hatten. Irgendwann waren wir sozial völlig isoliert. Sanfter Terror kann sehr wirkungsvoll sein.

Weil Sie sich davon nicht einschüchtern ließen ...

... und meine kleine NGO weiter Menschenrechtsverletzungen dokumentierte und Auskunft über das Schicksal von Verhafteten verlangte, verloren mein Mann Omar und ich das Recht, überhaupt noch zu arbeiten. Dann fing die Polizei an, mich auf offener Straße zu verprügeln. Später wurde ich verhaftet und gefoltert. Wissen Sie, wie schwer es ist, drei Kinder ohne jedes Einkommen großzuziehen?

Sagen Sie es mir?

Manchmal denke ich im Rückblick, dass ich meinen Kindern gegenüber in ihrer Jugend versagt habe. Sie haben mir öfters vorgeworfen, dass sie ihre Heimat verlassen mussten. Meine Antwort war, dass man nach dem ersten Schritt nicht mehr zurück kann. Ich glaube, dass sie diese Lebenslektion verstanden haben und heute stolz auf ihre Eltern sind.

Wie viel Mut brauchte es, um dem Regime zu widerstehen?

Was soll ich dazu sagen? Gewaltamen Widerstand habe ich immer abgelehnt. Wir waren und sind Journalisten. Als wir nicht mehr gedruckt wurden, gründeten wir Tunesiens erstes Internet-Magazin. Später sendete unser Radio Kalima vom Ausland aus.

Eigentlich fragte ich nach roten Linien, von denen Sie wussten, dass Sie sie nicht überschreiten sollten.

Irgendwann benannte ich Ben Ali spontan >>

„Irgendwann waren wir sozial völlig isoliert“

Sihem Bensedrine



Von fliegenden Blüten
eines Kirschbaums
hat Sihem Bensedrine
immer geträumt

als den Verantwortlichen für die Zustände. Meine Freunde waren entsetzt, weil ich zum ersten Mal den Namen des Diktators ausgesprochen hatte. Sie glaubten, dass er mich dafür umbringen lassen würde.

Und?

Die rote Linie galt für ihn, nicht für mich. Niemand hätte an seine Unschuld geglaubt, wenn mir in Tunesien etwas zugestoßen wäre. Aber ich weiß, dass die Hamburger Polizei kurz nach unserer Ankunft ein tunesisches Killerkommando festnahm und außer Landes schaffte. Und wirklich gefährlich wurde es, als das Regime das Gerücht lancierte, ich würde islamistische Organisationen wie die Hamas und die Hisbollah im Auftrag des Mossad ausspionieren.

Warum gaben Sie keine Ruhe?

Das fragte auch die Anruferin aus dem Berliner Außenministerium: Ich solle dankbar für die Aufnahme in Deutschland sein und mit meinen Provokationen aufhören. Der Diktator hat mich nicht eingeschüchtert, antwortete ich, da werde ich vor Ihnen auch nicht einknicken.

Vielleicht fürchtete Berlin, dass Sie von Deutschland aus aktiv den Sturz des Regimes betrieben?

Ich habe nie um Macht für mich gekämpft. Ich wollte Ben Ali nie ablösen. Aber während in den Gefängnissen gefoltert wurde, propagierte der Staat nach außen das schöne Bild eines entwickelten, demokratischen und stabilen Landes. Und ich störte dieses Bild mit meiner Forderung an den Staat, die Rechte der Bürger und ihre Würde zu respektieren.

Und dann, auf dem Höhepunkt der Revolution, kehrten Sie genau an dem Tag nach Tunesien zurück, an dem Ben Ali und seine Frau nach Saudi-Arabien flohen ...

... und an diesem Morgen des 11. Februar 2011 hatte ich zum ersten Mal wirklich Angst. Freunde hatten mich gewarnt. Ich stand ganz oben auf der Todesliste. Trotzdem kam ich. Mein Platz war jetzt in Tunis. Aber am Flughafen war von der sonst allgegenwärtigen Polizei nichts zu sehen. Stattdessen hörte man die Gewehrsalven der Eliteeinheiten. Ich dachte, das Regime könne den Flughafen und mich als Ziel für einen Sabotageakt missbrauchen.

Überschätzen Sie da Ihre Bedeutung nicht ein wenig?

Ich will Ihnen eine kleine Anekdote erzählen. Nach der Revolution entschuldigte sich ein hoher Offizier einer Antiterror-Sondereinheit bei mir dafür, dass seine Männer mein Foto jahrelang für ihr Scharfschützentraining missbraucht hatten. So tief hatte das Regime den Hass auf die Journalistin Bensedrine in die Köpfe eingepflanzt.

Und dann waren plötzlich Sie in Tunis und der Diktator auf der Flucht. 23 Jahre Unterdrückung...

... fielen einfach ab. Geträumt hatten wir dieses Gefühl der Freiheit schon lange. Es zu erleben, hatten wir uns nie vorstellen können. Tagelang fühlte ich mich wie ein Taucher, der in der Schwerelosigkeit unter Wasser die völlige Harmonie mit den Elementen erlebt.

Haben Sie eine Erklärung, warum Ben Ali so plötzlich aufgab?

Die Nomenklatura musste sich zwischen dem Diktator und der Macht entscheiden. Sie entschieden sich für die Macht.

Die sie dann bei den Wahlen aber dennoch verloren, oder?

Das stimmt so nicht. Natürlich hat es Wahlen gegeben. Das Ergebnis war eine Koalition der islamistischen Enahda-Partei mit zwei säkularen Juniorpartnern. Aber diese Troika-Regierung musste sehr schnell feststellen, dass die wahre Kontrolle über den Staat noch immer bei denen lag, die wir den „verborgenen Staat“ nennen.

Wer oder was ist das?

Das sind die Männer des alten Regimes, die bis heute aus dem Hintergrund die Fäden ziehen und versuchen, die Revolution zu sabotieren.

Welche Erwartungen hatten die Tunesier an die Zeit nach Ben Ali?

Die Übergangsregierungen sollten die Verantwortlichen der Diktatur zur Rechenschaft ziehen, Arbeitsplätze schaffen und Reformen vor allem der Justiz und der Polizei beginnen. Stattdessen ließen sie sich auf eine Art Waffenstillstand ein: Wenn ihr die Regierung arbeiten lässt, lassen wir euch in Ruhe.

Und?

Dieser Kuhhandel war ein Zeichen der Schwäche und damit ein schwerer Fehler. Sofort stellte der verborgene Staat seine Bedingungen: Ohne uns gibt es weder Stabilität noch Sicherheit. Wir können euch destabilisieren, wann und wo wir wollen. Und daran hat sich bis heute nichts geändert.

Hätte die Troika denn überhaupt andere Optionen gehabt?

Ich habe denen immer vorgeworfen, statt der Agenda der Revolution und des Demokratisierungsprozesses die eigenen politischen und parteiinternen Interessen verfolgt zu haben.

Von außen lässt es sich trefflich kritisieren. Sie haben mehrere Angebote für hohe Ämter abgelehnt. War das ein Fehler?

Macht korrumpiert. Sätze ich in der Regierung, müsste ich Kompromisse schließen.

Aber das ist doch ein normaler Prozess in jeder Demokratie?

Meine Freunde im Machtapparat begründen Entscheidungen, die eindeutig den Zielen unserer Revolution widersprechen, mit der Solidarität anderen Regierungsmitgliedern gegenüber. Nein – ich kann als aktives Mitglied einer aktiven Zivilgesellschaft viel mehr bewirken. >>



Duft der Freiheit: Sihem Bensedrine mit change-Autor Johannes von Dohnanyi im Hamburger Hafen

„Ich stand ganz oben auf der Todesliste“

Sihem Bensedrine

Sihem Bensedrine in der Hamburger Wohnung, in der sie mit ihrer Familie im Exil lebte. Die 1950 geborene tunesische Journalistin arbeitete bei verschiedenen Tageszeitungen in Tunesien und war Chefredakteurin der von ihr mitgegründeten und unter dem Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali verbotenen Onlinezeitung „Kalima“. Durch die kritische Berichterstattung war sie Diffamierungskampagnen in den staatlichen Printmedien ausgesetzt und wurde mehrmals inhaftiert. 2002 musste sie ins Exil gehen und erhielt ein Stipendium der „Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte“. Nach der tunesischen Revolution ging sie 2011 in ihre Heimat zurück



Und funktioniert Ihre Strategie?

Offen gestanden haben wir Rückschläge erlitten. Einige Gruppen sind Teil politischer Parteien und ihrer Agenda geworden. Ich halte das für gefährlich, weil so die Zivilgesellschaft insgesamt geschwächt wird.

Hängt diese Entwicklung vielleicht auch damit zusammen, dass in den letzten Jahren – zumindest aus europäischer Sicht – die Falschen an der Macht waren?

Wenn Sie die islamistische Enahda-Partei meinen, dann irren Sie. Der innertunesische Konflikt findet nicht zwischen den Islamisten und den säkularen Parteien statt, sondern zwischen dem alten und dem neuen Regime.

Sie halten die Angst vor den Islamisten also für übertrieben?

Wir sind eine mehrheitlich konservative Gesellschaft. Entsprechend gingen die Islamisten aus den ersten freien Wahlen als stärkste Kraft hervor.

Und das nennen Sie ein positives Ergebnis?

Die Wahlen und die Troika-Regierung waren für Tunesien eine praktische Lehrstunde in Demokratie. Die Islamisten in den Prozess einzubinden war der beste Weg, um sie von ihren radikalen Ideen näher an die Realität zu führen und sie aktiv am friedlichen demokratischen Leben teilhaben zu lassen.

Und warum endete diese Lehrstunde im Chaos des letzten Jahres?

Statt den Islamisten das Gefühl zu vermitteln, Teil eines großen Ganzen zu sein, nutzten die Säku-

laren die Macht, um Privilegien an sich und ihre Anhänger zu verteilen. Als Reaktion wurden die Islamisten immer aggressiver und arroganter. Und da kommt wieder die Zivilgesellschaft ins Spiel.

Wieso?

Die Zivilgesellschaft hat den Islamisten wichtige Zugeständnisse abgerungen. Ohne sie wäre die fast einstimmige Verabschiedung unserer neuen Verfassung im Parlament gescheitert. Ein Verfassungsreferendum hätten wir sicher verloren. Die Enahda hat auch freiwillig die Macht wieder abgegeben. Wenn sie mit Respekt behandelt werden, können sich Tunesiens Islamisten auf den Demokratisierungsprozess einlassen.

Was halten Sie denn von der neuen Verfassung?

Natürlich hätte ich mir einiges anders gewünscht. Aber insgesamt ist sie sehr modern. Alle Teile der Gesellschaft haben daran mitgearbeitet. Die Menschenrechte sind garantiert. Eine Kontrollinstanz wacht darüber, dass keine Partei alleine die Verfassung außer Kraft setzen kann. Die Gleichstellung und die Chancengleichheit der Geschlechter und die Dezentralisierung der Institutionen sind festgeschrieben. Und vieles mehr.

Tunesien ist also auf einem guten Weg?

Das werden wir sehen. Die Gefahr eines Bürgerkriegs ist noch nicht gebannt. Wir kommen aus der Kultur einer Diktatur und müssen erst lernen, miteinander zu reden und Kompromisse zu schließen. Das lernen die Islamisten gerade. Und das ist gut für Tunesien. Auf der anderen Seite wird der verborgene Staat immer noch von konservativen Mächten wie Saudi-Arabien und Katar, aber auch von alten Seilschaften aus Frankreich unterstützt. Die fürchten nichts mehr als eine funktionierende Demokratie in Tunesien.

Und Sihem Bensedrine?

Man versucht in diesen Monaten, mich an den Rand der Ereignisse zu drängen. In der Wahrheitskommission, die die Verbrechen der Diktatur aufarbeiten soll, wollen sie mich nicht haben. Und zwar mit dem absurden Argument, ich sei der Diktatur gegenüber nicht neutral. Und auch sonst wird alles getan, um mich mundtot zu machen.

„Ich werde mir Gehör verschaffen“

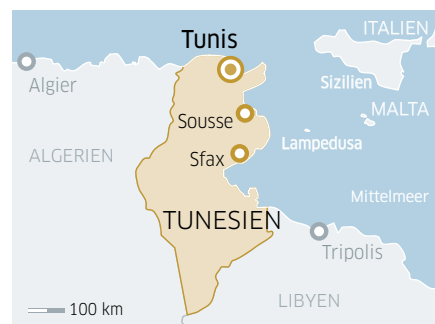
Sihem Bensedrine

Wie bitte?

Der verborgene Staat hält die Kontrolle über alle Medien. Und damit auch über die Verteilung der Werbegelder. Unsere Radio- und TV-Station Kalima ist pleite, weil niemand bei uns mehr Werbung platziert. Das ist kein Zufall.

Tunesien macht also Fortschritte, und Sie sind gescheitert?

Ichweigere mich, das so zu sehen. Aber ich bin bewusst für ein paar Tage nach Hamburg und in diese Wohnung zurückgekommen, um nachzudenken. Hier hat ja so vieles begonnen. Ja, ich habe große Schwierigkeiten. Aber ich werde mich aufrappeln. Radio Kalima wird wieder senden. Ich werde mir Gehör verschaffen. Es war ja nie anders. ▣



info >

Tunesien

Im Bereich der Meinungsfreiheit stuft der **aktuelle BTI Tunesien als Gewinner** ein. Der nordafrikanische Staat mit der Hauptstadt Tunis ist mit 163.610 Quadratkilometern etwa doppelt so groß wie Österreich und hat rund zehn Millionen Einwohner. Bis zu seinem Sturz im Jahr 2011 kontrollierte Diktator Ben Ali die Medien, schränkte das Internet ein und löste Versammlungen gewaltsam auf. **Am 27. Januar 2014 verabschiedete die tunesische Verfassungsgebende Versammlung nach langer Beratung mit überwältigender Mehrheit eine Verfassung, die Meinungsfreiheit garantiert und den Weg für eine umfassende Demokratisierung ebnen soll.** Generell mit dem Blick auf die Länder im arabischen Raum kann der BTI 2014 trotz aller Umbrüche keine positive Transformationsbilanz ziehen, denn während die gesellschaftliche Polarisierung und der Einfluss religiöser Dogmen wachsen, sinkt die Fähigkeit zu effektivem Konfliktmanagement. Auch Ungleichheit und Armut sind in mehr als der Hälfte aller Länder ausgeprägt. Gleichzeitig nimmt der Widerstand einer besser vernetzten und selbstbewussteren Zivilgesellschaft gegen Misswirtschaft, Willkür und Korruption zu.





Zeit zum Nachdenken. Auch wenn sich in ihrer Heimat vieles zum Positiven verändert hat, verfolgt Sihem Bensedrine die Entwicklung weiter kritisch

Ungarn

Die Stimme verloren

Ein neues Mediengesetz hat nicht nur zu Entlassungswellen in Ungarns öffentlich-rechtlichen Sendern geführt, sondern auch zahlreiche Journalisten mundtot gemacht. Heute halten sie sich mit kleinen PR-Jobs über Wasser oder kämpfen in den letzten unabhängigen Redaktionen ums wirtschaftliche und berufliche Überleben

Text: Keno Verseck – **Fotos:** Valeska Achenbach

Zsolt Bogár war als Politikredakteur beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit investigativen Recherchen zur Korruption in Ungarn berühmt geworden. Am Ende kostete ihn genau das seinen Job





Betti Ámon im Radiosender „Klubrádió“, bei dem sie ehrenamtlich arbeitet. 2011 wurde sie beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen entlassen. Seitdem hält sie sich mit PR-Jobs über Wasser

Kulturredakteurin Betti Ámon vor dem Gebäude ihres ehemaligen Arbeitgebers „Duna TV“. Dort musste sie nach 13 Jahren im Zuge einer riesigen Entlassungswelle ihren Platz räumen



„Es herrscht eine Atmosphäre der Selbstzensur“

Betti Ámon, Kulturredakteurin

Zur Einstimmung hat Betti Ámon leichte, jazzige Musik ausgewählt. Ihr Gast und Gesprächspartner, der Komponist Dániel Gryllus, hat das Stück vor vielen Jahren geschrieben, er selbst spielt darin die Klarinette. Lächelnd schaut er die Moderatorin an und wippt im Takt der Musik ein wenig mit, Betti Ámon lächelt charmant zurück. Die 56-jährige sitzt entspannt vor dem Mikrofon, kurze rote Haare, rote Halskette und rote Schuhe, sonst ganz in Schwarz gekleidet. Jung sieht sie aus, fesch und extravagant in ihrem Outfit, ohne dabei zwanghaft jugendlich zu wirken.

Budapest, Dienstag, 20:05 Uhr im Studio von „Klubrádió“. Jede Woche um diese Zeit moderiert Betti Ámon die Sendung „Freudenmusik“. Eine Gesprächsstunde mit jeweils einem ungarischen Komponisten oder Musiker, dazu gibt es Lieder und Instrumentalstücke. „Kulturjournalismus war immer mein Leben und meine Leidenschaft“, sagt Betti Ámon. „Ich mache diese Sendung einfach so, ohne Bezahlung, damit ich meine Berufung noch ein wenig leben kann.“ Sie lächelt, diesmal etwas wehmütig.

Betti Ámon ist eine bekannte ungarische Kultur- und Musikjournalistin. Von ihrer einst so erfolgreichen Karriere ist ihr nicht mehr als diese eine Stunde ehrenamtliches Radio pro Woche übrig geblieben, in einem privaten Sender, der eine der letzten kleinen Bastionen des unabhängigen Journalismus in Ungarn ist.

Lange Zeit arbeitete sie im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, entwickelte vielbeachtete Kultur- und Musikformate und drehte nebenher ein Dutzend zum Teil preisgekrönter Filme, die meisten einfühlsame Porträts ungarischer Komponisten und Musiker.

Im Juli 2011 wurde sie als Redakteurin von Duna TV entlassen, nach 13 Jahren Arbeit für den öffentlich-rechtlichen Fernsehsender. Damals mussten auf Anordnung der national-konservativen Regierung unter

dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán auf einen Schlag 550 Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Medien gehen, einige Monate später folgten noch einmal 450, Betti Ámons Name stand als einer der ersten auf der Entlassungsliste. Dabei war sie nicht einmal explizit regierungskritisch eingestellt, sie legte einfach nur Wert auf unabhängige, qualitativ hochwertige Berichterstattung.

Einen konkreten Grund für ihre Entlassung hat sie niemals erfahren. „Vielleicht war es, weil ich nicht katzbuckeln wollte“, rätselt sie. „Vielleicht war es auch ein falsches Wort an falscher Stelle. Ich hatte mit einem meiner Chefs öfter Diskussionen wegen bestimmter Gäste, die ich in Sendungen einladen wollte. Wenn jemand politisch nicht passte, versuchte er mir hineinzureden. Irgendwann hörte ich über mehrere Ecken, dass es in den oberen Etagen über mich heiße, ich sei nicht in der Lage zu kooperieren.“

Drei Jahre sind seit Betti Ámons Entlassung vergangen. Wie die meisten ihrer gekündigten Kollegen hat auch sie bisher keine neue Stelle als Journalistin gefunden. Sie arbeitet sechs Monate im Jahr als PR-Managerin des Jüdischen Sommerfestivals in Budapest, einer privaten Kulturinitiative. Zwischendurch macht sie immer wieder kleine, meist schlecht bezahlte PR-Jobs. Es reicht gerade so zum Leben.

Dass sie jemals wieder einen Job im Fernsehen bekommt, glaubt sie nicht. Aber selbst wenn ihr jetzt jemand ein Angebot machen würde, dann würde sie es wohl ablehnen. „In den öffentlich-rechtlichen Medien in Ungarn gibt es eindeutig keine Pressefreiheit mehr“, sagt sie. „Es herrscht eine Atmosphäre der Selbstzensur und der Furcht. Die Leute denken bei ihrer Arbeit mit den Köpfen ihrer Vorgesetzten, und sie haben sogar Angst, frei am Telefon zu sprechen, weil sie glauben, sie werden abgehört.“ Auch viele private Medien seien nicht wirklich frei, sagt Betti Ámon. „Dort haben die Journalisten Angst vor Anteilseignern, die der Regierung nahestehen. Oder die Geschäftsführung fürchtet, Werbeeinnahmen zu verlieren, die auf dem kleinen ungarischen Medienmarkt überlebensnotwendig sind.“

Das Ende der Pressefreiheit

Was Betti Ámon über die Situation der Medien in Ungarn sagt, bestätigen alle unabhängigen Untersuchungen. Im weltweiten Ranking der Pressefreiheit von Organisationen wie „Reporter ohne Grenzen“ oder „Freedom House“ ist Ungarn in den letzten Jahren weit abgerutscht. Derzeit befindet es sich als einziges mitteleuropäisches Land in der Kategorie der Länder mit nur >>



Bei „Klubrádió“, einem der letzten Orte des unabhängigen Journalismus in Ungarn, kann Betti Ámon einmal in der Woche ihre Passion leben

teilweise freier Presse. Im EU-Vergleich ist die Lage der Medien nur in Kroatien, Griechenland und Bulgarien noch schlechter als in Ungarn.

Die Medien, vor allem die öffentlich-rechtlichen, unter Kontrolle zu bringen, war das erste große Vorhaben der national-konservativen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán, nachdem seine Partei Fidesz (Bund Junger Demokraten) bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2010 eine Zwei-Drittel-Mehrheit gewonnen hatte. Im August 2010 wurde die mächtige, ausschließlich von Regierungsvertretern geleitete Medienkontrollbehörde NMHH gegründet, die mit weitreichenden Befugnissen in die Arbeit von Medien eingreifen kann. Im Dezember 2010 verabschiedete das Parlament das europaweit umstrittene Mediengesetz. Durch seine weit auslegbaren Vorschriften sind vor allem Journalisten im öffentlich-rechtlichen Bereich zu „ausgewogener“ Berichterstattung verpflichtet und müssen beispielsweise zur „Stärkung der nationalen Identität“ beitragen. Im Juli 2011 schließlich begannen die Massenentlassungen in den öffentlich-rechtlichen Medien. Knapp ein Drittel der damals rund 3.400

Beschäftigten in Radio, Fernsehen und der Nachrichtenagentur MTI mussten gehen.

Anfangs, in den ersten Monaten nach ihrer Entlassung, gab Betti Ámon viele Interviews, demonstrierte gegen die Einschränkung der Pressefreiheit, hielt selbst Reden auf Großkundgebungen. Es war für sie, wie für viele regierungskritische Ungarn, eine Zeit der Empörung, aber auch der Hoffnung. In den Protesten gegen die Medienpolitik sahen manche Publizisten damals eine „neue, zivile, außerparlamentarische Opposition“, die ein ernsthaftes Gegengewicht gegen Orbán und seine Zwei-Drittel-Regierungsmehrheit bilden könne.

Wenn Betti Ámon sich heute im Internet die Videoaufnahmen ihrer öffentlichen Auftritte von vor zwei Jahren anschaut, dann sieht sie aus, als blicke sie weit zurück in die Vergangenheit, in eine andere Epoche. Die Hoffnungen von damals sind verfliegen, inzwischen haben Viktor Orbán und seine Partei mit den Wahlen vom April wieder eine Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht. Betti Ámon ist enttäuscht von der Haltung vieler ihrer Landsleute, sie hätte gedacht, dass mehr Menschen gegen das Orbán-Ungarn stimmen. Tatsächlich hat die Regierung bei

„Ich fühle mich gelähmt und ohnmächtig“

Betti Ámon, Kulturredakteurin

den Wahlen viele Stimmen verloren, aber angesichts eines nicht sehr fairen Wahlgesetzes, das aus einem Drittel der Stimmen zwei Drittel im Parlament macht, hat es für einen Wechsel nicht gereicht. „Manchmal erinnere ich mich nostalgisch an die letzten Jahre unter der Diktatur. Wir lebten alle in einem Rausch des Aufbruchs“, sagt Betti Ámon. „Heute fühle ich mich gelähmt und ohnmächtig. Keiner unserer Proteste der letzten Jahre hat etwas bewirkt.“

Nur Anweisungen von oben

Es ist ein warmer Frühlingsabend, Betti Ámon sitzt in einem Café in der Budapester Innenstadt, als sie diese Sätze sagt. Neben ihr sitzt ein Bekannter und ehemaliger Kollege von Duna TV, mit dem sie sich manchmal trifft. Er arbeitet immer noch dort, irgendwie ist er damals an der Entlassung vorbeigeschrammt, er war einfacher Redakteur, fiel politisch nicht auf.

Unter der Bedingung, seinen Namen nicht zu nennen und nichts zu schreiben, das ihn identifizieren könnte, ist er bereit, zu erzählen, welche Zustände heute im öffentlich-rechtlichen Fernsehen herrschen. „Wir bekommen keine Anweisungen“, sagt er. „Die Entscheidungen über Inhalte kommen von oben, wir sollen nur noch Ausführende sein, deshalb bedarf es auch keiner besonderen Anweisungen mehr. Eigene Gedanken, Erfahrungen, irgendeine Art von Kreativität sind in der Redaktion nicht mehr erwünscht.“ Die Frage, warum und wie er unter solchen Bedingungen überhaupt noch arbeiten kann, möchte der Mann im Detail nicht beantworten. Er fürchtet, auch das könne ihn identifizieren. Nur so viel: Es gehe, natürlich, um seinen Lebensunterhalt, den er anderswo nicht verdienen könne. Er sagt: „Es ist schwer, man kommt jeden Tag mit einem bedrückenden Gefühl in den Sender.“

Zsolt Bogár weiß es zu schätzen, dass er nicht mehr unter solchen Bedingungen arbeiten muss. „Ich gehöre zu den >>



Betti Ámon mit Vera Vadas, der Direktorin des Jüdischen Kulturfestivals. Gemeinsam organisieren sie das jüdische Musikfestival. Ein PR-Job, den Betti Ámon sechs Monate im Jahr macht. Mit einigen anderen kleinen Aufträgen reicht das gerade zum Leben.

Links: Zusammen mit ihrem Sohn Dániel schaut sich Betti manchmal noch Aufnahmen der Demonstrationen und Kundgebungen an, bei denen sie Reden hielt

Zsolt Bogár ist mit dem Fahrrad auf dem Weg zur Redaktion des Wochenmagazins hvg online, dessen stellvertretender Chefredakteur er ist. Im Hintergrund die Donau und die Silhouette Budapests mit dem Parlamentsgebäude



„Peinlich, was da gesendet wird“

Zsolt Bogár, Online-Redakteur



Plakate der aktuellen Wahlwerbung (oben) und durch Orbán umbenannte Straße (unten)



Zsolt Bogár in der Redaktion. Gerade bespricht sein Team von hvg online die aktuelle Auswertung der Wahlen

Jüngeren, hatte gute Kontakte und auch Glück“, sagt er und streicht sich durch die früh ergrauten Haare. Der 40-Jährige sitzt in einem Großraumbüro in Jeans und T-Shirt vor seinem Laptop, an der Wand hinter ihm hängen ein Che-Guevara-Porträt und eine Darth-Vader-Maske.

Hier, in der Online-Redaktion von hvg, einem Budapester Wochenmagazin für hintergründige politische und wirtschaftliche Geschichten, geht es halb zu wie in einer Wohngemeinschaft von Informatik-Studenten, halb wie beim Börsenhandel. Junge Leute hacken in die Tastaturen ihrer Laptops, rufen sich in kaum verständlichem Slang Anweisungen zur Aktualisierung der Web-

site zu. Manche telefonieren Politiker und Experten ab, während sie in hohem Tempo über Websites surfen, eine Kollegin, die den Pizza-Lieferservice anrufen will, übertönt das Stimmengewirr im Raum mit einer lauten Frage: „Wer will Margherita und wer Hawaii?“

Zsolt Bogár ist stellvertretender Chefredakteur von hvg online. Bevor er im Frühjahr 2011 zu dem Wochenmagazin kam, war er Redakteur der morgendlichen Nachrichtensendung „180 Minuten“ von Kossuth Rádió, dem News-Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er arbeitete dort zusammen mit seinem Kollegen Attila Mong. Die beiden waren mit investigativen Recher-

chen zu Korruption in Ungarn bekannt geworden und hatten aus dem eher behäbigen Nachrichtenprogramm von Kossuth Rádió ein journalistisch anspruchsvolles und vielgehörtes Format gemacht.

Am Morgen des 21. Dezember 2010 standen Zsolt Bogár und Attila Mong zum letzten Mal im Studio von Kossuth Rádió. Das Budapester Parlament hatte in der Nacht zuvor das umstrittene Mediengesetz verabschiedet. Aus Protest gegen das Gesetz unterbrachen Bogár und Mong ihre Sendung für eine Schweigeminute. Noch am gleichen Tag wurden sie vom Dienst suspendiert – und blieben es bis zu ihrer Kündigung fünf Monate später.

Ein Mediengesetz mit Folgen

Attila Mong lebt inzwischen in Berlin, unterrichtet Nachwuchsjournalisten aus aller Welt in den Techniken des Investigativjournalismus und arbeitet nebenher bei atlazo.hu, einem Internetportal, das Korruptionsaffären in Ungarn aufdeckt. Zsolt Bogár ging nach seiner Kündigung zu hvg online und wirkte daran mit, dass hvg.hu zu einer der meistgelesenen News-Sites in Ungarn wurde.

An einem Abend im April sitzen die jungen Leute von hvg online wieder einmal wie eine verschworene Gemeinschaft vor ihren Laptops, witzeln untereinander, rufen sich Klickzahlen zu. Auf einem großen TV-Bildschirm läuft „M1 Híradó“, die Nachrichtensendung im ersten Programm des ungarischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Gerade überträgt der Sender live eine Pressekonferenz der Nationalen Wahlbehörde NVI. Nach einem kurzen Statement der NVI-Vorsitzenden Ilona Pálffy stellt eine Journalistin eine kritische Frage. Die Híradó-Senderegie wartet die Antwort nicht ab, sondern schaltet zurück ins Studio. Die Moderatorin ist sichtlich überrascht und windet sich stotternd aus der Situation. Gelächter schallt durch das Büro von hvg online. „Falsche Frage und Sendeschluss!“, lästert einer der Redakteure.

Zsolt Bogár hat die Szene mit halben Ohr mitgehört. Er ist nicht verwundert und schon gar nicht entsetzt. So etwas komme in öffentlich-rechtlichen Medien ständig vor, sagt er lakonisch.

Haben Viktor Orbán und seine Partei mit ihrer Medienpolitik eigentlich erreicht, was sie wollten? Zsolt Bogár überlegt eine Weile, dann sagt er: „Ja, sie kontrollieren die öffentlich-rechtlichen Medien, aber ich frage mich, wie viele ihrer Wähler damit glücklich

sind. Es ist oft sehr, sehr peinlich, was dort gesendet wird, und die Einschaltquoten sind nicht sehr gut.“

„Der Regierung ist es auch gelungen, die meisten privaten Medien, die kritisch eingestellt sind, ins Abseits zu drängen“, sagt Zsolt Bogár. „Die Printausgabe von hvg war früher richtig dick, es gab sehr viele Anzeigen. Heute erscheinen wir jede Woche als dünnes Heftchen. Manche Unternehmen schalten keine Anzeigen mehr, weil sie Angst haben, Staatsaufträge zu verlieren. Auch in unserer journalistischen Arbeit kommt es immer öfter vor, dass Experten, die wir zu einem Thema befragen, nicht mehr mit ihrem Namen zitiert werden wollen. Ich weiß nicht, wie die Zukunft unserer Redaktion aussieht, aber sicher ist, dass wir es wirtschaftlich immer schwerer haben werden.“

Die Ungarn sagen manchmal halb mitleidig, halb humorig über sich selbst, sie jammerten zu viel. Zsolt Bogár möchte nicht, dass das, was er über Ungarns Medienlandschaft sagt, zu jammernd und pessimistisch klingt, deshalb schiebt er manchmal ironische Bemerkungen hinterher. „Journalistisch ist alles, was in diesem total frustrierenden Land passiert, ungeheuer spannend“, sagt er lachend. „Nur als Mensch und Bürger fände ich es schöner, wenn Ungarn etwas gemüthlicher wäre.“

Kein Neuanfang in Sicht

Auch Betti Ámon möchte nicht allzu viel jammern. Nach dem Treffen mit ihrem Kollegen von Duna TV sagt sie, sie sei im Grunde froh, dass sie nicht mehr dort arbeite, sie würde es nicht aushalten. Dann kommt ein nüchterner, fast harter Satz: „Ehrlich gesagt, ich beneide meine Kollegen nicht, und ich bedauere sie auch nicht.“

Abends am Tisch ihrer gemütlichen Wohnküche. Später will Betti Ámon noch etwas kochen, ein schnelles Letscho oder Kraut mit Geschnetzeltem und saurer Sahne. Jetzt schaltet sie erst einmal ihren Laptop ein und spricht über Skype mit ihrer Tochter und ihrem kleinen Enkel Ábel. Ihre Tochter wohnt seit sechs Jahren in Dublin, ihr Mann arbeitet dort als Schwimmlehrer. Der kleine Ábel sitzt zappelnd auf dem Schoß seiner Mutter und will seine Oma nicht begrüßen. Betti Ámon singt ihm ein Lied vor. Schließlich winkt er in die Kamera und sagt: „Hallo, Oma!“

Betti Ámon überlegt schon seit einiger Zeit, ob sie nicht auch weggehen sollte aus Ungarn. Der Gedanke kam ihr, nachdem sie bei Budapester Konzert- und PR-Agenturen mehrere Jobabsagen erhalten hatte. Es war



info > Ungarn

Ungarn hat 9,9 Millionen Einwohner, von denen rund 1,7 Millionen in der Hauptstadt Budapest leben. **Beim aktuellen BTI rutschte das Land vor allem in der Kategorie „Gewaltenteilung“ stark ab.** Die von Ministerpräsident Viktor Orbán geführte konservative Regierungskoalition nutzte ihre Zweidrittelmehrheit, um ohne angemessene gesellschaftliche Debatte und parlamentarische Beratung ihre politischen Ziele dauerhaft festzuschreiben. Die von der Regierung als „Grundgesetz“ bezeichnete neue Verfassung führte 2011 sogenannte kardinale Gesetze ein, die vom Parlament nur mit Zweidrittelmehrheit verändert werden dürfen. Die Regierung besetzte zudem Führungspositionen in der Zentralbank, im Wettbewerbsamt, im Fiskalrat sowie das Amt des Staatspräsidenten mit ihren Gefolgsleuten. Die Meinungsfreiheit wird in Ungarn zunehmend eingeschränkt, ein Trend, den der BTI 2014 auch in zahlreichen anderen osteuropäischen Ländern feststellt. Die ungarische Medienaufsichtsbehörde verfügt über weite Ermessensspielräume, exzessive Sanktionsmöglichkeiten und wird von Orbáns Parteigängern dominiert. Vor vier Jahren noch beispielhaft mit der Maximalpunktzahl von 10, wird Ungarns Meinungsfreiheit heute mit nur noch 7 Punkten – gleichauf mit Nepal, Nicaragua und Nigeria – bewertet.

jedes Mal das Gleiche: Wegen ihrer guten Kontakte zur ungarischen Kulturszene wollte man sie zunächst unbedingt einstellen. Am Ende hieß es, wegen ihrer Auftritte auf regierungskritischen Demonstrationen könne man sich das nicht leisten.

Dublin wäre ein Alternative zu Ungarn, sagt Betti Ámon. „Ich würde meinen Enkel betreuen, Englisch lernen, Teller waschen gehen und Treppenhäuser putzen. Und wenn Orbán eines Tages abgewählt wird, komme ich zurück.“ ■

Expertenmeinung

Neue Aspekte der Sicherheit

Dr. Almut Wieland-Karimi hat einige Jahre in Afghanistan gearbeitet und leitet heute als Direktorin das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze in Berlin. Sie kennt die Gefahrenherde und Krisenregionen dieser Welt

Interview: Dagmar Rosenfeld – Fotos: Sebastian Pfütze

Bedeutet mehr Demokratie auch mehr Sicherheit? Welche Rolle spielen Terrornetzwerke wie Al Kaida oder auch Probleme wie Pandemien, Klimawandel oder Ressourcenknappheit? Wir fragten ZIF-Direktorin Dr. Almut Wieland-Karimi nach den Sicherheitsrisiken der Zukunft.

CHANGE: Der Kalte Krieg ist Vergangenheit, die junge Generation kennt diesen Begriff nur noch aus den Geschichtsbüchern. Hat das Ende des Ost-West-Konflikts unsere Welt sicherer gemacht?

ALMUT WIELAND-KARIMI: Die Welt ist mit dem Ende des Kalten Krieges unberechenbarer geworden – und das schafft neue Unsicherheiten. In Zeiten des Ost-West-Konflikts war die Welt in zwei Blöcke unterteilt, von denen jeder seine klar definierte Einflussphäre hatte. Heute leben wir in einem multipolaren Zeitalter, in dem sich ein neues globales Gefüge erst noch zurechtrütteln muss.

Eine multipolare Welt heißt konkret auch, dass 1,5 Milliarden Menschen in fragilen Staaten leben, die von inneren Konflikten und Gewalt beherrscht werden. Was bedeutet das für das Sicherheitsgefüge des 21. Jahrhunderts?

Die fragilen Staaten sind eine von zwei großen Herausforderungen für die internationale Sicherheit. Jüngste Beispiele hierfür sind die Zentralafrikanische Republik, Mali und der Südsudan. Auch die Ukraine ist ein zerfallender Staat: Die Regierung kann den Osten des Landes nicht mehr kontrollieren. Die zweite Herausforderung hat mit dem Ende einer klar definierten Welt in Ost und West zu tun. Es gibt nicht mehr zwei große Machtzentren, sondern mit dem Erstarken der Schwellenländer sind viele kleinere Machtregionen entstanden.

Sie haben die Ukraine angesprochen. Eigentlich dachten wir Europäer, dass Konflikte um Territorialansprüche der Vergangenheit angehören. Ist die Ukraine ein Einzelfall?

Wir Europäer nehmen die Ukraine als Einzelfall wahr, weil dieser Konflikt vor unserer Haustür stattfindet, zwischen Berlin und Kiew liegen ja gerade einmal 1200 Kilometer. Tatsächlich aber gibt es in der Welt nach wie vor eine ganze Reihe von Regionen, etwa der Nahe Osten, in denen sich Staatsgrenzen auflösen oder verschoben werden.

Sicherheit ist längst nicht mehr nur eine Frage von Krieg und Frieden – Terrornetzwerke wie Al Kaida destabilisieren ganze Regionen, Ressourcenknappheit führt zu Verteilungskämpfen, transnationale kriminelle Netzwerke untergraben staatliche Gewaltmonopole ...

Das ist die negative Seite der Globalisierung – auch terroristische Ideologien nutzen die Freizügigkeit, Waffen können mit drei Mausklicks über den ganzen Globus geschickt werden. Diese neuen Risiken sind komplex, weil in einer vernetzten Welt alles mit allem verbunden ist. Durch den Klimawandel beispielsweise gibt es sehr viel mehr Migration, mehr Migration wiederum kann zu mehr Konflikten führen. Durch solche Interdependenzen ist das internationale Sicherheitsgefüge heute anfälliger als noch vor 20 Jahren. Zumal manchmal ein gelöstes Sicherheitsproblem auch zu neuen Sicherheitsrisiken führen kann.

Was meinen Sie damit?

Die Zahl der Toten durch Pandemien und Kriege ist in den vergangenen Jahrzehnten massiv gesunken. So betrachtet ist die Welt sicherer geworden. Gleichzeitig führen eine bessere Gesundheitsversorgung und das Ende der klas-

sischen Großkriege zu einem massiven Bevölkerungswachstum, 2025 werden acht Milliarden Menschen auf dieser Erde leben. Die Überbevölkerung wird langfristig zu neuen Verteilungskämpfen führen. Wenn man bedenkt, dass bereits heute 50 Prozent der Weltbevölkerung nur über ein Prozent des Welteinkommens verfügen, dann lässt sich erahnen, was eine rasant wachsende Bevölkerungszahl für die internationale Sicherheit bedeutet.

„Frieden und Sicherheit sind wie siamesische Zwillinge“

Dr. Almut Wieland-Karimi

Also ist eine der entscheidenden Aufgaben der Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts, die Weltwirtschaft zu stärken, um so mehr Wohlstand zu schaffen?

Gerecht verteilter Wohlstand ist ein Faktor, der deeskalierend auf potenzielle Krisenherde wirkt. In Lateinamerika beispielsweise gibt es außer in Kolumbien keine bewaffneten Konflikte mehr. Warum? Weil die lateinamerikanischen Länder wirtschaftlich erfolgreich sind, weil sie durch den Aufbau eines gemeinsamen Wirtschaftsverbands, des Mercosur, zu einem Global Player geworden sind. Das hat Wohlstand in diese Regionen gebracht und mit dem Wohlstand ist die Stabilität gekommen. >>



Dr. Almut Wieland-Karimi (48) ist seit 2009 Geschäftsführerin des ZIF. Zuvor war sie für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Dort leitete sie zuletzt das Landesbüro in Washington. Von 2002 bis 2005 baute sie die Repräsentanz der Stiftung in Afghanistan auf. Mit dem Land hat sich Wieland-Karimi auch in ihrer Dissertation beschäftigt: Sie promovierte über die politische Rolle religiöser Führer



Vorbereitung auf zivile Friedenseinsätze in aller Welt – das ZIF vermittelt zivile Experten und bietet Sicherheitstrainings im Vorfeld der Einsätze an

Sie haben gesagt, durch die Multipolarität sei die Welt unberechenbarer geworden. Welche Konsequenzen hat das für unseren Sicherheitsbegriff?

Frieden und Sicherheit sind wie siamesische Zwillinge. In der Vergangenheit aber ist die Friedenssicherung zu sehr auf das Militärische fokussiert gewesen – eine Ansicht, die übrigens auch die Militärs selbst teilen. Das Militär kann zwar die physische Sicherheit wiederherstellen, aber um die Konfliktsachen zu beheben und nachhaltige Sicherheit durch funktionierende Institutionen zu schaffen, braucht es die zivile Expertise. Heute sind deshalb die meisten Friedenseinsätze multidimensional, das heißt: mit Soldaten, Polizisten und zivilen Experten.

Das ZIF vermittelt im Auftrag der Bundesregierung zivile Experten für internationale Einsätze. Wer sind diese Experten?

Das sind beispielsweise Richter, Staatsanwälte, Strafvollzugsbeamte, Polizisten, Ingenieure und Politikwissenschaftler, also Menschen, die das Know-how haben, um beim Aufbau einer funktionierenden Verwaltung, Justiz und Infrastruktur zu helfen. ZIF-Experten arbeiten weltweit in

40 Missionen, darunter auch einige mit reinem Beobachtungsauftrag. In die Ukraine zum Beispiel haben wir sogenannte Monitore entsendet, also zivile Experten, die über die Lage vor Ort an die OSZE berichten. Sie sind unsere Augen und Ohren in Krisenregionen.

Sie selbst waren von 2002 bis 2005 in Afghanistan und haben dort den politischen Friedensprozess unterstützt. Aus Ihrer Erfahrung heraus, bringt Demokratie auch mehr Sicherheit?

Zumindest sind wir früher davon ausgegangen. Mittlerweile aber gibt es immer mehr Länder, die Sicherheit auch ohne demokratische Prozesse gewährleisten. China ist dafür ein Beispiel oder auch Äthiopien. Die autokratische Regierung dort lehnt das westliche Demokratiemodell ab – inklusive der Gelder für Demokratieförderhilfe. Vielleicht sollte der Westen sein demokratisches Sendungsbewusstsein etwas herunterfahren. Zwar ist die Demokratie eine Staatsform, die Sicherheit schafft – aber sie ist eben nicht die einzige.

In Afghanistan hat sich trotz des westlichen Engagements und der demokratischen Entwicklung die Sicherheitslage in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Warum?

Der Konflikt in Afghanistan ist militärisch nicht zu lösen. Dazu braucht es funktionierende politische Prozesse und Institutionen. Hier steckt das Land noch in den Kinderschuhen. Der Weltentwicklungsbericht sagt, es braucht eine Generation, bis das Militär aus der Politik gedrängt, Korruption abgebaut und eine funktionierende Verwaltung aufgebaut ist. Zugespielt formuliert: Eine funktionierende Demokratie bringt Sicherheit, aber der Weg dahin ist mit Sicherheitsrisiken gepflastert.

Das ZIF hat unter der Überschrift „Peace Operations 2025“ Szenarien für die Einsätze der Zukunft entworfen. Wo liegen denn die Sicherheitsrisiken der Zukunft?

Der Zerfall von Staaten, der Klimawandel und das Verhältnis von nationalen Interessen zu multilateralen Organisationen / internationalen Normen sind die Themen der kommenden Jahrzehnte. Das heißt auch, dass Friedensmissionen das Instrument für die Konfliktbewältigung der Zukunft sein werden, weil sie multilateral und multidimensional sind. Daher gibt es zu den Vereinten Nationen als Stabilitätsanker keine Alternative, weil sie die einzige Organisation sind, in der alle Staaten Mitglied sein können.

In den Szenarien 2025 spielen die Sicherheitsrisiken, die durch den Klimawandel entstehen, eine entscheidende Rolle. Wie aber können Friedenseinsätze diese Risiken minimieren?

Gar nicht, sie können nur helfen, die Folgen des

Klimawandels zu managen. Schon heute sind Subsahara- und Westafrika von Dürre betroffen, in deren Folge Flüchtlingsströme in die Küstenstädte ziehen. Dort entstehen Megacities mit vielen Slumvierteln. Das wiederum schürt Verteilungskämpfe. Und wenn dann gewalttätige Konflikte aufflammen, kommen dann die Friedenseinsätze ins Spiel. Natürlich wäre ein präventiver Ansatz ökonomischer, anstatt erst aktiv zu werden, wenn die Konflikte bereits ausgebrochen sind.

Das klingt, als werde die Krisenprävention vernachlässigt?

Wir leben in einer Mediendemokratie und Prävention findet keine mediale Beachtung – stattdessen gleicht die Berichterstattung einem Krisenhopping: heute Sudan, morgen Syrien, übermorgen die Zentralafrikanische Republik. Dabei wissen UN, EU oder einzelne Regierungen oft weit vor Ausbruch einer Krise, dass es ein Konfliktpotenzial gibt. Mali ist ein Beispiel dafür. Beobachter vor Ort haben über Monate gewarnt, dass der Norden des Landes nicht mehr zu kontrollieren sei. Und wann haben wir eingegriffen? Erst als die islamistischen Gruppen auf Bamako zumarschiert sind. Prävention ist nicht sexy, weil die Medien nicht darüber berichten.

Aber über präventive Einsätze entscheiden doch nicht die Medien, sondern die Politik.

Das ist richtig. Aber Regierungen reagieren entschlossener, wenn es eine große mediale Aufmerksamkeit gibt. ■

info > ZIF

Das Berliner Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) wurde 2002 im Zusammenspiel von Bundesregierung und Bundestag gegründet. Anlass war die Entwicklung auf dem Balkan ab Mitte der Neunzigerjahre, insbesondere die Ereignisse im Kosovo. Der Bedarf an zivilen Experten stieg an, und der Charakter von Friedensmissionen veränderte sich von rein militärischen Aufgaben hin zur zivilen Expertise. Die Aufgaben des ZIF reichen heute daher vom Sicherheitstraining für Konfliktgebiete über die Vermittlung von zivilen Experten in Missionen der OSZE, EU oder UN bis hin zu Thesenpapieren für den Bundestag.

Weitere Infos: www.zif-berlin.org

„Mit Wohl-
stand ist die
Stabilität
gekommen“

Dr. Almut Wieland-Karimi





Eduardo Abenhaim, Textil- und Kreditunternehmer, in der neuen WM-Arena Fonte Nova von Salvador da Bahia. Er kaufte eigene Plätze in der VIP-Lounge. Ein Luxus, den sich nur wenige seiner Landsleute leisten können

Brasilien

Viele Verlierer – wenige Gewinner

Von der WM in Brasilien profitieren nur wenige.
Der Großteil der Bevölkerung bleibt außen vor und die versprochene
Verbesserung der Infrastruktur Stückwerk

Text: Christine Wollowski – Fotos: André Vieira



Antenor de Souza ist Müllsammler. Er lebt von dem, was er im Müll der Wohlhabenden findet. Von der WM im eigenen Land erhofft er sich ein gutes Geschäft

Eduardo Abenheim freut sich über die WM. Schon vor Monaten hat der Textil- und Kredit-Unternehmer aus Salvador da Bahia Plätze in der VIP-Lounge im neuen Stadion Arena Fonte Nova gekauft. Zehn Leute darf er mitbringen, „vor allem werden das Freunde sein, aber auch Kunden und Geschäftspartner“, sagt der hochgewachsene Mann mit den zartgliedrigen Händen. In der Lounge gebe es schon drei Stunden vor dem Spiel und noch drei Stunden danach Whisky und Champagner. Der 36-Jährige lacht: „Das wird eine Riesensparty!“

Auch Antenor de Souza freut sich über die WM. Der Müllsammler erklärt: „Die Spiele in der Arena werden bestimmt ein Bombengeschäft!“ 62 Bierdosen wiegen ein Kilo und bringen ihm umgerechnet 70 Eurocent. Antenor strahlt zufrieden. Sonst zieht der kräftige 47-Jährige täglich seinen Gitterwagen durch das Wohnviertel Pituba und sucht Dosen, Limoflaschen und alles Verwertbare aus dem Müll der Wohlhabenden. Sein Arbeitstag beginnt, wenn die Party der anderen endet, und dauert manchmal fast 24 Stunden. Bei einer Sechs-Tage-Woche kommt er

so auf fast das Doppelte des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohns. Der Einsatz während der WM wird dagegen ein Kinderspiel.

Luci Cerqueira weiß noch nicht, ob die WM ihr Umsatz bringen wird. Früher hat die 50-jährige Schneiderin sich so wenig mit Unternehmensplanung ausgekannt, dass am Ende des Monats nie etwas übrig blieb, obwohl „ich Tag und Nacht gearbeitet habe“. Barbara Guimarães, Lucis Nachbarin und „Entwicklungsagentin“ des staatlichen Sozialprojekts Vida Urbana Melhor, hat ihr geholfen, auszurechnen, dass sie für die Geschirrtücher aus reiner Baumwolle mehr verlangen muss als für die einfachen aus Synthetikstoffen. Seitdem hat Luci über das Projekt, das mehr als 2.000 Menschen in Salvador berät, eine Industrienähmaschine für T-Shirt-Stoffe und Tipps für kostenlose Weiterbildungen bekommen und verdient endlich Geld mit ihrer Arbeit. Für die WM überlegt sie, Souvenirs in den brasilianischen Nationalfarben zu nähen. Einen Hosen aus Filz hat sie schon entworfen, aber „wir informellen Verkäuferinnen werden vermutlich gar nicht in die Nähe der Arena kommen, da wird ja alles abgeschirmt sein.“

Große soziale Ungleichheit

Eduardo, Antenor und vielleicht auch Luci gehören zu den Gewinnern der WM in Salvador da Bahia. Mit knapp drei Millionen Einwohnern ist Salvador die drittgrößte Stadt Brasiliens und nach Rio de Janeiro das zweitwichtigste Touristenziel. Größte Attraktion ist die historische Altstadt des Pelourinho, ein ehemaliger Sklavenmarkt. Das außergewöhnlich große Areal zusammenhängender Kolonialarchitektur des Viertels ist als Weltkulturerbe ausgezeichnet. Gleichzei- >>

„Wir werden gar nicht in die Nähe der Arena kommen“

Luci Cerqueira, Schneiderin



Luci Cerqueira ist Schneiderin und überlegt, für die WM Souvenirs zu entwerfen und zu verkaufen. Doch sie ist skeptisch, ob das funktioniert



In kaum einer anderen Stadt Brasiliens liegen Reichtum und Armut, Sonnen-Tourismus (links) und Sorge vor Gewaltausbrüchen wie beim Polizeistreik im Vorfeld der WM so nah beieinander wie in Salvador da Bahia



Die Arena Fonte Nova wird Austragungsort von sechs WM-Spielen sein. Davor liegt der See „Dique do Tororó“ mit den Skulpturen afro-brasilianischer Götter

tig ist Salvador eine der Städte Brasiliens mit der größten sozialen Ungleichheit. Während in den edleren Wohnlagen Villen mit Gärten und elegante Wohnblocks mit Tiefgaragen stehen, drängen sich in der Peripherie unverputzte Häuser, rinnt Abwasser durch die Straßen, verfaulen die Reste der Gemüsesstände im Rinnstein – falls es einen gibt. In den Gesundheitsstationen fehlen Medikamente, die öffentlichen Schulen tragen dazu bei, dass Brasilien bei der jüngsten Pisa-Studie nur Platz 38 von 44 belegte. Kürzlich beim Polizeistreik wurde die Peripherie von Salvador gar zur gesetzlosen Zone, in der ungehemmt geraubt und gemordet wurde. Die Militärs, von der Stadtregierung zur Unterstützung gerufen, seien nur in den besseren Vierteln im Einsatz gewesen, sagen Beobachter.

Und jetzt wird die Stadt Austragungsort von sechs WM-Spielen, darunter ein Achtel- und ein Viertelfinalspiel des Turniers. Auch die deutsche Nationalelf wird auf dem Rasen der Arena Fonte Nova antreten, die umgerechnet rund 200 Millionen Euro gekostet hat. Die Fifa verlangt von den Spielorten außer normgemäßen Stadien Mindestvoraus-

setzungen für die Kapazität von Flughäfen, für die städtische Mobilität und Unterkünfte. Für Salvador schien die WM eine Chance, die allgemeine Stadtentwicklung voranzutreiben und vor allem die vernachlässigte historische Altstadt direkt neben dem Stadion aufzumöbeln. 14.000 Tourismusfachkräfte wurden für den Event geschult, Zimmermädchen, Kellner und Geschäftsführer haben mit staatlicher Unterstützung Spanisch und Englisch geübt, 431 Schilder sind für die Fremden aufgestellt und 2.300 neue Hotelzimmer gebaut worden.

Noch immer überall Baustelle

Ansonsten ist Salvador sechs Wochen vor dem Anpfiff zum ersten WM-Spiel eine große Baustelle. Die Uferstraße ist erst bis zum Leuchtturm im Viertel Barra durch die neue, gepflasterte Promenade für Fußgänger ersetzt. Die Erweiterung und Modernisierung des Flughafens ist ebenso wenig abgeschlossen wie der Ausbau der großen Verkehrsadern und der Bau der U-Bahn. Plakatwände weisen auf entsprechende Großinvestitionen der Regierung hin. „Ins Transportwe-

sen hatte die brasilianische Regierung seit 30 Jahren kein Geld gesteckt“, erklärt Grace Gomes, die in der Stadtverwaltung für Mobilität zuständig ist. Jetzt sollen 8,5 Milliarden Real (ca. 2,8 Milliarden Euro) investiert werden. „So können wir endlich mit der U-Bahn-Linie zwei vom Zentrum bis zum Flughafen anfangen – auch wenn sie und manches andere für die Spiele nicht mehr fertig wird.“ Bis dahin kann eine Fahrt durch die Stadt wegen der unvorhersehbaren Staus an Baustellen für Viadukte und Straßenerweiterungen schon mal mehrere Stunden dauern.

Schon morgens um sieben schieben sich Schlangen von Jeeps und Pkws über die Avenida Vasco da Gama Richtung Zentrum. Das Wirtschaftswachstum und großangelegte Finanzhilfen für sozial Schwache haben in den vergangenen Jahren eine neue Mittelklasse hervorgebracht, die sich Kleinwagen leisten kann. Die Stadtentwicklung hat damit nicht Schritt gehalten. Neben der Avenida liegt still der einzige natürliche See der Stadt, Dique do Tororó. Darauf erinnern Skulpturen afro-brasilianischer Gottheiten daran, dass Salvador die „schwärzeste“ Stadt Brasiliens ist. Vielleicht sollen die Göt- >>



Für die WM wurde endlich Geld in die Infrastruktur investiert - auch wenn sich viele fragen, ob Brücken wie diese tatsächlich noch rechtzeitig fertig werden



Viele Menschen erhoffen sich durch die WM eine berufliche Chance, setzen auf Souvenirs und Tourismus - aber so richtig daran glauben können die wenigsten



José Iglesias García (oben), Besitzer eines Reisebüros und eines Hotels, macht sich Sorgen um das friedliche Miteinander und die Teilhabe der Menschen in der Stadt.

Der Hotelier David Costa hat sich auf Event-Publikum spezialisiert. Die WM kommt ihm gerade recht



ter auch dem Stadion Erfolg beschere, das hinter jahrhundertealten Feigenbäumen erkennbar ist. Es ist bereits seit dem vergangenen Jahr fertig und bietet Platz für 50.000 Zuschauer. Vorläufig besuchen es vor allem Schulklassen. Die Kinder bewundern den gepflegten Rasen und die schlichten Räume, in denen die Spieler ihre Interviews geben. Am Kopfende der Arena werden gerade aus Aluminium zusätzliche 5.000 Plätze für die WM montiert. An dieser Stelle steht bei Konzertveranstaltungen die Bühne. Ende Februar hat Elton John vor fast ausverkauftem Haus gesungen. Die Arena Fonte Nova ist

als eines der wenigen neuen Stadien schon vor der WM als Multifunktionshalle genutzt worden und soll als Treibkraft für die Stadtentwicklung in ihrem Umfeld dienen.

David Costa ist stellvertretender Direktor der Hotelvereinigung von Bahia und sehr optimistisch. Der hochgewachsene, schwergewichtige Mann ist in einem einstöckigen Kolonialhaus am unteren Ende des Pelourinho aufgewachsen, das er vor drei Jahren in ein Hostel verwandelt hat. Auf alten Holzdielen stehen Recyclingsofas aus Plastikflaschen, ein Dreirad für kleine Besucher und Tischchen mit Laptops zur

freien Benutzung. Das Frühstück macht seine Mutter und zur Werbung nutzt der Hotelier Facebook, denn „Laufkundschaft gibt es hier ja keine“, sagt er und lacht. Die Rua São Francisco liegt auf der schmutzigen Seite des Pelourinho. Trotzdem ist sein Hostel ein Erfolg, weil er sich auf das Publikum von Events spezialisiert hat. Wenn die Sängerin Ivete Sangalo im Stadion ihre neue DVD einspielt, hat David ebenso volles Haus wie bei jedem Studentenkongress. Dazu kommen immer mehr internationale Gäste. „Unsere Realität ist hässlich“, sagt Costa dazu, „es gibt Bettler und Obdachlose, aber die ausländischen Touristen stört das wenig, die wollen das wahre Brasilien sehen.“ Für die WM sind schon 70 Prozent der 58 Betten zum Vielfachen des normalen Preises gebucht, fast alle von Ausländern. Für das knappe Budget der einheimischen Rucksackreisenden hat Costa ein weiteres Haus angemietet, da müssen sich die Gäste ihre Isomatten selbst mitbringen und können für umgerechnet weniger als 20 Euro übernachten. Außerdem will er während der WM Flughafentransporte organisieren und denkt darüber nach, eine Snackbar aufzumachen. Der Erfolg kostet Zeit. David Costa sitzt an vielen Tagen von morgens bis nachts in seinem Hostel, erklärt den Gästen, wo sie günstig essen können, oder gibt per Handy den richtigen Bus für deren Heimfahrt durch. Bei all dem Einsatz sind ihm schon einige Haare ausgegangen, aber er strahlt aus jeder Pore Zuversicht aus. „Es ist hier im Pelourinho in den letzten Jahren sauberer und sicherer geworden“, sagt er. „Ich sehe die WM als Chance, den Touristen zu zeigen, was wir zu bieten haben, damit sie wiederkommen.“

In der Stadt brodelt es

Besonders schön ist das Viertel Pelourinho rund um den Platz José de Alencar im sanften Licht der Nachmittagssonne. In jedem zweiten der renovierten Kolonialhäuser ist ein Souvenirshop, Restaurant oder Hostel untergebracht, aus denen Samba- und Reggae Klänge ertönen. An einer Straßenecke stehen zwei alte Herren und plaudern gemächlich. Gegenüber winkt eine alte Dame aus einem Fenster zu einer Gruppe Touristen in Sonnenhüten und Flipflops herunter. In einer Nebenstraße klopfen Arbeiter neue Pflastersteine fest. Das Geräusch mischt sich mit Trommelrhythmen aus einem Hinterhof, einer im Blaumann trommelt auf dem Griff seiner Schubkarre mit.

„Ich liebe den Pelourinho“, sagt José Iglesias García, Besitzer eines Reisebüros >>

„Es gibt Bettler und Obdachlose, aber die Touristen stört das wenig“

David Costa, Hotelier



Touristischer Anziehungspunkt: die Altstadt Pelourinho mit ihren renovierten Kolonialhäusern, in denen es zahlreiche Souvenirläden, Restaurants und Cafés gibt



Ivana Chastinet, Künstlerin und Regisseurin, kämpft gegen eine Räumungsklage



Anderson Coutinho, Emilio Rodrigues und Nilton Ferreira sind obdachlos



info > Brasilien

Brasilien, der flächen- und bevölkerungsmäßig fünftgrößte Staat der Erde, ist mit über 192 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Südamerikas. Es grenzt an Französisch-Guayana, Suriname, Guyana, Venezuela, Kolumbien, Peru, Bolivien, Paraguay, Argentinien, Uruguay und den Atlantik.

Schaut man generell auf die Ergebnisse des BTI für **Lateinamerika, so weist dessen Transformationsbilanz auf den ersten Blick eher Stillstand aus** und ist bei der Konsolidierung von Demokratie und Marktwirtschaft kaum einen Schritt vorgekommen. Kernprobleme: hohe soziale Ungleichheit, Fixierung auf Rohstoffexporte und die Erosion der Staatlichkeit sowie ein starkes Missverhältnis zwischen sozialen Forderungen und der Responsivität des politischen Systems. Seit dem BTI 2006 weisen neben Kolumbien nur vier weitere der 18 Demokratien positive Trends auf: Bolivien, Brasilien, El Salvador und Uruguay.

Weitere Infos: www.bti-project.org

und eines Hotels am Platz Largo do Cruzeiro de São Francisco. „Deswegen habe ich hier eine bedeutende Summe in ein Bistro investiert, das ich nächste Woche aufmachen werde.“ Die WM bringe ihm Umsatz, klar, er habe schon mehrere Tausend Buchungen für Stadttouren und Ausflüge, aber „ich bin auch besorgt, denn in der Stadt brodelt es, und der Vulkan kann jederzeit ausbrechen – das haben wir beim Confed Cup gesehen, als Massen gegen Preiserhöhungen und soziale Ungerechtigkeit protestiert haben.“ Versprechungen zur Altstadtsanierung habe die Stadtverwaltung nicht gehalten.

Viele verloren ihre Heimat

In der Peripherie des Zentrums wohnt eine vorwiegend schwarze, finanzschwache Bevölkerung in maroden Häusern. Argemiro Ferreira, Koordinator der WM-kritischen Vereinigung Comitê Popular da Copa, sagt: „Seit der WM-Entscheidung im Jahr 2007 wird diese erweiterte Altstadt ethnisch und rassisch gesäubert.“ Italienische und spanische Investoren hätten ganze Häuserblocks gekauft, um Hotels zu bauen. „Offiziell haben weder Räumungen noch Immobilienpreise mit dem Event zu tun, aber natürlich besteht da ein Zusammenhang.“ Peripherie des Zentrums ist etwa der baumbestandene Platz Dois de Julho mit seinem farbenfrohen Wochenmarkt. Hier leben Senioren und Künstler, Drogensüchtige und Arbeiter,

„Viele Kollegen sind spurlos verschwunden“

Anderson Coutinho, Obdachloser

knapp zwei Kilometer vom Pelourinho entfernt. In einer Nebenstraße öffnet sich ein Tor zu einem idyllischen Garten mit weitläufiger Rasenfläche und Kräuterbeeten. Ganz hinten steht eine Reihe kleiner Häuschen, hinter denen Wolkenkratzer in den blauen Himmel ragen. Nebenan dringen liturgische Gesänge aus der Kirche Santa Tereza, in deren zugehörigem Nonnenkloster das Museum für sakrale Kunst untergebracht ist. Den Nonnen gehören auch die Häuser, in denen früher Angestellte des Klosters gewohnt haben. Ivana Chastinet, eine überschlanke Frau mit grüner Brille und einem einzelnen Rastazopf, ist in dieser Oase in der Millionenstadt aufgewachsen. Im Jahr 2007 noch vor der WM-Entscheidung wollten die Nonnen ihr das Häuschen verkaufen, für damals weniger als 10.000 Euro. Mit der Finanzierung sollte Ivana sich Zeit lassen. Als



Lucia Pereira dos Santos, Koordinatorin der Bewegung der Wohnungslosen

die Performance-Künstlerin und Theaterregisseurin endlich eine Kreditzusage hatte, galt das Angebot plötzlich nicht mehr. Und jetzt läuft eine Räumungsklage. Von ihrem Küchenfenster aus sieht Ivana den Luxuswohnkomplex Marina Clock, für dessen Parkhaus ihr Heim abgerissen werden soll. „Dabei ist das hier ein historischer Komplex von Arbeiterhäusern für Schwarze, wie es sonst keinen mehr in Salvador gibt“, sagt Ivana, „abgesehen davon habe ich als Mieterin ein Vorkaufsrecht.“ Die Grundsteuer im Viertel ist inzwischen für „beste Wohnlage“ bemessen, der Wert des Hauses auf mehr als 26.000 Euro gestiegen. Wie viel die Investoren des Marina Clock für das Parkhaus zahlen würden, weiß Ivana nicht. Sie und die anderen Mieter fechten zurzeit in zweiter Instanz die Räumungsklage an.

Leben im absoluten Elend

Anderson Coutinho, Emilio Rodrigues und Nilton Ferreira können keine Instanzen anrufen. Sie sitzen im Schatten der untergehenden Sonne auf den noch warmen Stufen der Kirche Nossa Senhora da Conceição da Praia. Nilton Ferreira hat sich in ein Laken gehüllt und kuschelt sich an die schwere Kirchentür. Vielleicht gelingt es ihm, ein wenig zu schlafen. Die drei Männer leben auf den Straßen des Pelourinho. Als illegale Parkwächter passen sie auf die Autos der Stadträte auf, die auf der anderen Straßen-

seite Sitzungen besuchen. Die Stadträte geben ihnen Trinkgelder fürs Autohüten und lassen sie nachts von der Polizei vertreiben. Immer härter, je näher die WM rückt. „Fast jede Nacht spritzen sie Wasser auf uns, auf die Kartons, auf denen wir liegen, unsere Kleider, unsere Laken“, erzählt der 20-jährige Coutinho. „Viele Kollegen sind spurlos

verschwunden, ich habe mich bisher erfolgreich geweigert, in so einen Polizeibus einzusteigen. Wenn du mich fragst: Ich bin froh, wenn die WM endlich vorbei ist.“

Nach offiziellen Schätzungen leben 4.000 Wohnungslose in Salvador. „Wir glauben, dass es viel mehr sind“, sagt Lucia Pereira dos Santos, Koordinatorin der Bewegung der Wohnungslosen in Brasilien. Vor dem Event lässt die Stadt viele von ihnen in andere Gemeinden verschleppen, bezahlt Plätze in psychiatrischen Anstalten und Therapiegemeinschaften, damit der Pelourinho für die Fremden hübscher aussieht. „Ich verstehe ja, dass die Politiker ein schönes Brasilienbild verkaufen müssen, aber doch nicht auf dem Rücken der Bevölkerung!“ Lucia hat selbst jahrelang auf der Straße gelebt, ebenso wie ihr Mann Edson. Inzwischen wohnen sie in einem Haus, das ihnen ein Pfarrer geschenkt hat. Lucia ist Aktivistin, Edson jobbt als Maurer. Für ein paar Monate hat er sogar am Stadion mitgebaut. Danach hat er es nicht mehr betreten. Die Spiele wird er sich vielleicht zuhause ansehen, wenn er bis dahin ein TV-Gerät hat. Was halten sie von den Vorbereitungen auf den Event in der Stadt? „Ich bin durchaus Patriotin“, sagt Lucia. „Aber zuerst räumt man doch sein Haus auf, bevor man eine Riesenparty ausrichtet. Hier ist es so, als würde ich den Gästen Kaviar servieren und selbst nur harte Eier essen. Von mir aus soll Brasilien die WM verlieren!“ □



Harte Vorwürfe: Um den Touristen ein schönes Bild zu verkaufen, werden ganze Viertel „gesäubert“

Projekte der Stiftung

Analyse und Dialog

Die politischen Debatten auf der ganzen Welt zeigen: Sowohl westliche Demokratien wie auch die Entwicklungs- und Schwellenländer ringen mit den Herausforderungen der Globalisierung und der Einsicht in die Notwendigkeit des Wandels. Als unabhängige Institution beobachtet und analysiert die Bertelsmann Stiftung diese gesellschaftlichen Entwicklungen

Text: Ulrike Osthus

Nachhaltiges Regieren – Sustainable Governance Indicators

Die Sustainable Governance Indicators (SGI) untersuchen und vergleichen die Zukunftsfähigkeit der entwickelten marktwirtschaftlichen Demokratien in OECD und EU. Auswertungen und Analysen tragen dazu bei, nationalen Reformdebatten durch internationale Vergleiche empirische Grundlagen und strategische Impulse zu geben.

Linktipp: www.sgi-network.org

Kontakt: Dr. Daniel Schraad-Tischler
daniel.schraad-tischler@bertelsmann-stiftung.de



Die GED Shorts App erklärt auf einfache Art die (Wirtschafts-)Welt

Global Economic Dynamics

Makroökonomische Analysen ermitteln Nutzen und Kosten der wirtschaftlichen Globalisierung. Data Labs sammeln und analysieren Daten für ein besseres Verständnis der Weltwirtschaftsdynamiken. Interaktive Visualisierungen vermitteln komplexe Zusammenhänge und Transparenz.

Linktipp: www.ged-project.de

Kontakt: Dr. Jan Arpe, Dr. Thieß Petersen,
Dr. Ulrich Schoof
jan.arpe@bertelsmann-stiftung.de
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de
ulrich.schoof@bertelsmann-stiftung.de

Globalisierungsreport 2014



Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung? In 42 Staaten hat das die Bertelsmann Stiftung untersucht. Das Ergebnis: Die Globalisierung hat während der vergangenen zwei Jahrzehnte vor allem den Wohlstand in den Industrienationen vermehrt. Schwellen- und

Entwicklungsländer hingegen profitierten vergleichsweise wenig. Deutschland gehört zu den größten Gewinnern.

Linktipp: www.bertelsmann-stiftung.de/globalisierungsreport

Kontakt: Dr. Thieß Petersen
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

34 westliche ...

... Industrienationen vergleicht das „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ hinsichtlich der Qualität des gesellschaftlichen Miteinanders.

Linktipp: www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de

Kontakt: Dr. Kai Unzicker

kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

Die Vereinigten Staaten von Europa

Das Projekt entwickelt Vorschläge und Strategien für die Vertiefung der europäischen Einheit – für eine Stärkung der demokratischen Basis, die Verbesserung des sozialen Zusammenhaltes und für einen föderalen Ausbau der ökonomischen Strukturen.

Linktipp: www.bertelsmann-stiftung.de/europa

Kontakt: Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de



Die Broschüre „Förderung kommunaler Europa-Arbeit“ gibt Empfehlungen, wie die Bürger für Europa motiviert werden können



Der spanische Kronprinz Felipe sprach auf dem Deutsch-Spanischen Forum über die Chancen junger Menschen in Spanien

Cities of Migration

Dieses internationale Netzwerk betreibt die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit vier anderen Stiftungen. Ziel ist der Austausch guter Beispiele zu Migration und Vielfalt. Die inzwischen über 200 „good ideas“ werden auf der Website und in Webinars präsentiert.

Linktipp: <http://citiesofmigration.ca>

Kontakt: Claudia Walther
claudia.walther@bertelsmann-stiftung.de

Deutschland und Asien

Das Programm Deutschland und Asien analysiert den Wandel in Asien und leitet daraus Politikempfehlungen für Deutschland und Europa ab. Wissenschaftliche Studien, praxisrelevante Policy Papers und öffentliche Veranstaltungen unterstützen deutsche Akteure in ihrer Asienkompetenz und bei der Vernetzung.

Linktipp: www.bertelsmann-stiftung.de/asien

Kontakt: Stephan Vopel
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de



Gedankenaustausch in Peking bei der Konferenz „Vertrauen wagen“: der chinesische Kulturminister Cai Wu mit Liz Mohn und Aart De Geus vom Vorstand der Bertelsmann Stiftung (von links)

Deutsch-Spanisches Forum

Gemeinsam mit spanischen Partnern ist das Forum seit seiner Gründung eine der wichtigsten Plattformen für den Meinungsaustausch zwischen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur und der Wissenschaft beider Länder.

Linktipp: www.bertelsmann-stiftung.de/deutsch-spanisches-forum

Kontakt: Dr. Jörg Habich
joerg.habich@bertelsmann-stiftung.de

In 129 Ländern ...

... analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) die Qualität von politischen Systemen, wirtschaftlichen Entwicklungen und Regierungsleistungen. Der Index identifiziert erfolgreiche Strategien zu mehr Demokratie und Good Governance in Entwicklungs- und Transformationsländern.

Linktipp: www.bti-project.org

Kontakt: Sabine Donner, Dr. Hauke Hartmann
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Salzburger Trilog

Ziel des Salzburger Trilogos ist ein interdisziplinärer und interkultureller Austausch über Herausforderungen und Perspektiven weltweiter Entwicklungen.

Linktipp: www.bertelsmann-stiftung.de/salzburgertilog

Kontakt: Dr. Jörg Habich
joerg.habich@bertelsmann-stiftung.de

Deutsch-Israelischer Young Leaders Austausch

Das Dialog- und Begegnungsprogramm bildet ein Netzwerk von jungen Führungskräften, um eine tragfähige Basis für langfristige Beziehungen zwischen beiden Ländern zu schaffen.

Linktipp: www.bertelsmann-stiftung.de/DIYL

Kontakt: Stephan Vopel
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de



Treffen der Teilnehmer des Deutsch-Israelischen Young Leaders Austausches in Berlin

Transatlantic Council on Migration (TCM)

In dem Projekt werden Ideen für eine zukunftsorientierte Migrations- und Integrationspolitik entwickelt. Mit internationalen Partnern wie dem „Migration Policy Institute“ in den USA oder dem internationalen Stiftungsnetzwerk „Cities of Migration“ sucht es weltweit nach Modellen für erfolgreiche Zuwanderungssteuerung und das Miteinander in Einwanderungsgesellschaften.

Linktipp: www.migrationpolicy.org

Kontakt: Claudia Walther
claudia.walther@bertelsmann-stiftung.de

EU-Nachbarschaftskonferenzen

Die Bertelsmann Stiftung fördert mit ihren neuen Nachbarschaftskonferenzen die Verständigung zwischen der EU und ihren Nachbarn im Mittelmeerraum, dem Nahen Osten und in Osteuropa. Im Rahmen der Vorgängerreihe „Kronberger Gespräche“ hat dieser Austausch bislang in Saudi-Arabien, Marokko und der Türkei stattgefunden.

Linktipp: www.bertelsmann-stiftung.de/europa

Kontakt: Christian Hanelt, Gabriele Schöler
christian.hanelt@bertelsmann-stiftung.de
gabriele.schoeler@bertelsmann-stiftung.de

Zum Thema

Wandlungsprozesse sind steuerbar

Mehr Demokratie, höhere Sicherheit, weniger soziale Ungleichheit und mehr Gerechtigkeit auf der Welt. Dazu will die Bertelsmann Stiftung ihren Beitrag leisten und effektive Reformstrategien entwickeln

Von Andreas Esche – Foto: Jan Voht

Unsere Welt befindet sich in einem rasanten Wandel. Wenn dieser Wandel nicht klug und langfristig gestaltet wird, kann es zu gravierenden Rückschritten und Fehlentwicklungen kommen. Dies haben die Ereignisse der letzten Jahre gezeigt. Massive Wohlstandseinbrüche verzeichneten zuletzt viele europäische Länder im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Auch wenn die meisten der betroffenen Ökonomien sich wieder im Erholungsprozess befinden, sind die sozialen Auswirkungen noch lange nicht beseitigt und unterstreichen ein Gefühl der Unsicherheit in nicht hinreichend und effektiv regulierten globalen Wirtschaftsverhältnissen. Autoritäre Rückschläge, gerade in jungen Demokratien wie Ägypten, veranschaulichen deutlich, dass erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten ohne Stabilität demokratischer Institutionen und rechtsstaatliche Verankerung ungeschützt und angreifbar sind.

Wie aber kann unsere Welt demokratischer und sicherer, wohlhabender und gerechter werden? Nach unserer Einschätzung sind für eine nachhaltige politische und wirtschaftliche Entwicklung vor allem drei Punkte wichtig: inklusives Wachstum, Teilhabegerechtigkeit und gute Regierungsführung.

Inklusives Wachstum: Es geht nicht nur um die Leistungsstärke von Volkswirtschaften, sondern auch um die erfolgreiche Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. In jüngerer Zeit haben wir gerade im arabischen Raum gesehen, dass einige Regierungen durchaus erfolgreich Reformen im ökonomischen Bereich durchführten und beeindruckende wirtschaftliche Wachstumsraten erzielten, den sozialen Bereich aber vernachlässigten. Wichtig ist, dass der Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigt wird, sowohl hinsichtlich des Schutzes natürlicher Ressourcen und einer wirksamen Umweltpolitik als auch im Sinne der Generationengerechtigkeit.

Teilhabegerechtigkeit: Sozioökonomische und bürgerrechtliche Aspekte sind zwei Seiten einer Medaille, um jeden Einzelnen zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Die Lebensqualität wird dabei nicht nur durch Bildung, Gesundheit oder Beschäftigung bestimmt, sondern auch durch freie und gleiche politische Mitwirkung. Damit sind nicht nur Wahlen und andere politische Rechte gemeint, sondern auch eine hinreichende Staatlichkeit zum



Andreas Esche, Direktor des Programms „Nachhaltig Wirtschaften“ der Bertelsmann Stiftung

Schutz von Bürgerrechten, beispielsweise in Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols gegen organisierte Kriminalität.

Gute Regierungsführung: Ein Eckpunkt ist zunächst die Fähigkeit, klare und nachvollziehbare politische Prioritäten zu setzen und diese auch gegenüber populistischen Versuchungen durchzuhalten. Dann ist der effiziente Umgang mit verfügbaren Ressourcen wichtig, unter anderem mittels einer effektiven Korruptionsbekämpfung. Weiter muss transparent, demokratisch und beteiligungsorientiert regiert werden, um politische Willkür und Polarisierung zu vermeiden. Zivilgesellschaftliche Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen fördert dabei die Identifikation mit dem Gemeinwohl. Wichtige Entscheidungen werden so von einer breiten Zustimmung getragen und sind dadurch dauerhafter. Schließlich ist ein glaubwürdiges und kooperatives Auftreten auf internationaler Ebene ausschlaggebend bei der Bewältigung globaler Zukunftsaufgaben.

Auch in Zeiten der Globalisierung sind die Wandlungsprozesse steuerbar in Richtung auf mehr Demokratie, erweiterte Sicherheit, größeren Wohlstand und mehr Gerechtigkeit. Dafür die richtigen politischen Instrumente zu schaffen und effektive Reformstrategien zu entwickeln – dazu will die Bertelsmann Stiftung einen Beitrag leisten. ■

Stiftung >



Mein gutes Beispiel

Bloß nicht das eigene Bauchgefühl verlieren

Die Bertelsmann Stiftung ehrte das „Dahme-Spreewald Netzwerk Gesunde Kinder“ beim Wettbewerb „Mein gutes Beispiel“. – Ein Besuch vor Ort

Text: Tanja Breukelchen – Fotos: Sebastian Pfütze

Rudi breitet glücklich gluckend seine Ärmchen aus und segelt durch die Luft – von Mama Mandy Ziege (32) auf den Schoß von Kathrin Pätzold (47). Dort bleibt der Einjährige sitzen. Ganz gemütlich. Schließlich kennt er Kathrin Pätzold schon seit seiner Geburt. Sie, selber Mutter von drei Kindern (27, 25 und 10), ist Rudis Patin. Eine von momentan über 60 engagierten Frauen und Männern, die beim „Dahme-Spreewald Netzwerk Gesunde Kinder“ ein altes afrikanisches Sprichwort leben: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen.“

Ein freiwilliges Netzwerk

Träger des Projektes ist das Klinikum Dahme-Spreewald, das alle Akteure des Landkreises, die sich mit der Gesundheit und der Erziehung von Kindern beschäftigen, vereint. Das dazugehörige Paten-Konzept ist ganz einfach: Familien, die ein Kind erwarten oder gerade bekommen haben, können sich beim Netzwerk melden und bekommen eine Patin oder einen Paten zugeteilt. Jemanden, der mit Themen wie Kindergesundheit, Familie oder Säuglingspflege nicht nur viel eigene Erfahrung hat, sondern auch in elf Schulungsterminen auf seine Patenschaft vorbereitet wurde – von der Einführung ins Netzwerk über Themen wie Gesprächsführung, Säuglingspflege, Kindergesundheit und rechtliche Fragen bis hin zu Vorsorgeuntersuchungen, frühkindlicher Interaktion und Frühförderung.

„Ein Rundumpaket, zu dem wir immer auch noch aktuelle Themenabende zu unterschiedlichen Bereichen anbieten“, erklärt Koordinatorin Sandra Kempe (36), „so kön-

nen sich die Paten und natürlich auch die Eltern weiterbilden. Wer sich entschließt, eine Patenschaft zu übernehmen, investiert in den Schulungen also erst einmal Zeit. Danach erst beginnt die ehrenamtliche Arbeit mit den Familien. Kempe: „Zehn Besuche in drei Jahren sind Pflicht. Doch meistens entsteht eh ein so enges Vertrauensverhältnis, dass die Besuche gar nicht mehr nachgezählt werden.“

Über 300 Familien wurden seit Gründung des Netzwerkes im Jahr 2007 begleitet. Aktuell sind es 113. „Das Ganze ist absolut freiwillig“, erklärt Sandra Kempe, „und es geht durch alle Gesellschaftsschichten und Altersstufen. Von minderjährigen Müttern bis Spätgebärenden. Viele kommen über die Hebammen, die Schwangerschaftsberatung oder über Empfehlung der Gynäkologen zu uns, nur sehr wenige über das Jugend- oder Sozialamt.“ Also keine „Problemfamilien“, sondern Menschen wie Mandy Ziege, von Beruf Personalreferentin und Mutter von drei Kindern (3, 2 und 1). Sie nahm erst bei Rudi das Netzwerk in Anspruch. Umgekehrt ist sie inzwischen selber Patin eines drei Monate alten Babys. Ein Nehmen und Geben. „Meine Schwiegereltern und Eltern wohnen zwar auch im Dorf, aber die machen sich gleich Sorgen, wenn man Fragen hat. Da ist es einfacher, die Patin zu fragen.“ Und lächelnd erklärt Kathrin Pätzold: „Bei uns ging es von Anfang an nicht um Fragen der Babypflege, Rudi ist ja schon Frau Zieges drittes Kind. Wir haben uns eher über Geschwisterstreitigkeiten, Eifersucht oder Fragen wie ‚Nach dem Essen am Tisch sitzen bleiben?‘ oder ‚Süßigkeiten oder nicht?‘ unterhalten.“

Die Dinge nicht so verkrampft sehen, sondern einfach gelassen sein und das Baby



„Man soll das Baby unbeschwert genießen“

Mandy Ziege, Mutter und Patin

genießen – das wollen beide ihren Patenfamilien vermitteln. „Ich hab beim ersten Kind im Nachhinein bereut, dass ich mir viel zu viele Gedanken gemacht habe, statt es einfach unbeschwert zu genießen“, sagt Mandy Ziege. Und Kathrin Pätzold ergänzt: „Viele Eltern verlernen es, entspannt auf ihr Bauchgefühl zu hören. Es gibt heute so eine Überinformation, dass man alles im Internet nachliest und sich dadurch viel zu viele Gedanken macht. Ich rate immer, lest >>



Ein Netzwerk, das funktioniert: Der kleine Rudi freut sich, wenn er seine Patin Kathrin Pätzold sieht (oben), und verbringt mit seiner Mutter Mandy Ziege und ihr auch gerne mal Zeit über die vorgeschriebenen Netzwerk-Stunden hinaus - auf dem Spielplatz oder beim Füttern



Kerstin Musculus und Tochter Helene haben in Birgit Kloas (Foto ganz rechts) eine ideale Patin. Umgekehrt engagiert sich auch Kerstin Musculus für zwei Patenfamilien. Zur Geburt und zu den Geburtstagen gibt es vom Netzwerk Geschenke – von ersten Büchern bis zum Zahnputz-Set

mal halb so viel davon und hört auf euer Gefühl als Mutter.“

Gefahr der Überinformation

Die anderen in der Runde nicken: „Sobald man schwanger ist, bekommt man zwei Tüten mit Infomaterial, aber gleichzeitig wird einem damit irgendwie die Intuition aberzogen. Mit einem Paten wird das wieder interaktiv. Man kann sich austauschen“, sagt Netzwerkmitarbeiterin Ines Güdel (31), die selbst einen 13 Monate alten Sohn hat, aber in Berlin lebt und dort ein solch enges Miteinander zuweilen vermisst.

Neben der Überinformation aus dem Internet und den Folgen des demographischen Wandels – spätere Eltern, häufig keine Großeltern vor Ort – sei auch das Angebot für junge Familien in den letzten Jahren enorm gestiegen: Krabbelgruppe, Babyschwimmen, Babyturnen, Peking, Babysmassage ... Kerstin Musculus (37), Abteilungsleiterin und Mutter von zwei Kindern (4 Jahre und neun Monate) und ebenfalls sowohl Patin als auch Patenfamilie, hilft ihren Familien dabei, das richtige Angebot zu fin-

den. Vom Netzwerk ist sie begeistert: „Ich hab zuerst die Patenschulung gemacht und danach erst mein zweites Kind entbunden. Nach dem ersten Kind hatte ich einfach das Bedürfnis, meine Erfahrungen weiterzugeben. Manchmal fehlen nur kleine Impulse.“

Die Patin von Kerstin Musculus und ihrer kleinen Tochter Helene ist Birgit Kloas (47). Und sie hat wahrlich viele Erfahrungen weiterzugeben: Mit 15 wurde sie zum ersten Mal schwanger. „Das war natürlich nicht geplant. Damals hätte ich gerne jemanden gehabt, der mir außer der eigenen Familie zur Seite steht. Meine Eltern waren zu diesem Zeitpunkt schon sehr alt. Sie hatten mich adoptiert, als sie 45 Jahre alt waren.“ Die Familie stand zu ihr. Und auch die Strukturen waren damals, zu DDR-Zeiten, noch ganz andere. Man brach auch dann nicht seine Ausbildung einfach ab, wenn man ungewollt früh schwanger wurde: „Die Strukturen waren festgelegter als heute. Außerdem gingen meine Eltern nicht mehr arbeiten und so konnte ich Schule und Ausbildung fertigmachen. Eigentlich wollte ich Unterstufenlehrerin werden, doch da hätte ich von montags

„Mit 15 Jahren hab ich alles unbeschwerter gesehen“

Birgit Kloas, Patin

bis freitags an der Ausbildungsstätte bleiben müssen. Dann ergab sich die Möglichkeit, Kinderkrankenschwester zu werden – und das bin ich inzwischen seit über 25 Jahren. Es war eine gute Entscheidung.“

Die frühe Schwangerschaft hat Birgit Kloas die Lust am Muttersein also nicht genommen. Im Gegenteil: Nach der heute 31-jährigen Tochter kamen noch zwei Wunschkinder, die heute 25 und zehn Jahre alt sind. „Alles Mädchen“, lächelt sie. Und freut sich insgeheim schon auf das nächste Kind – „aber mit den Enkelkindern lassen sie sich noch Zeit.“

Die Paten müssen passen

In den Jahren hatte Birgit Kloas insgesamt zehn Patenfamilien. Sechs davon sind noch aktuell. „Ich möchte ihnen Sicherheit vermitteln“, sagt sie – und ist natürlich auch die Patin, die gerufen wurde, als eine sehr

junge Frau mit Wehen in das dem Netzwerk angeschlossene Krankenhaus eingeliefert wurde. Eine dieser Schwangerschaften, die neun Monate lang verdrängt, verheimlicht werden. „Inzwischen läuft es gut. Die Eltern der jungen Frau waren damals sofort zur Stelle, die Familie hält zusammen“, sagt Birgit Kloas. „Jemand, der gerade ungewollt das erste Kind bekommen hat, fragt mich ganz

andere Dinge als eine Mutter, die gerade Zwillinge bekommen hat oder erst sehr spät schwanger wurde. Mit 15 habe ich alles unbeschwerter gesehen, wusste nichts von Komplikationen. Mit 37 war das schon anders. Dafür war es da intensiver, ich konnte alles mehr genießen.“

Wenn die Paten verteilt werden, schaut das Team des „Dahme-Spreewald Netzwerk

Gesunde Kinder“ genau hin, welche Kombination passt. „Wir haben ein paar Kinderkrankenschwestern dabei, Zwillingselftern oder späte Eltern“, erklärt Koordinatorin Sandra Kempe. „Eine Mutter kann nicht kochen, da haben wir für sie eine Patin gewählt, die besonders gerne kocht. Jetzt kochen sie gemeinsam. Jeder bringt seine eigene Geschichte mit.“ □

info >

Mein gutes Beispiel

Die Bertelsmann Stiftung und der Verein Unternehmen für die Region e.V. zeichnen jedes Jahr herausragende Beispiele gesellschaftlichen Engagements mittelständischer Unternehmen aus. Dabei sind Kriterien wie die Langfristigkeit des Projektes, unternehmerische Kompetenz, Kreativität, regionale Nähe, Zusammenarbeit mit Partnern sowie die Übertragbarkeit auf andere Regionen bei der Auswahl der Preisträger besonders wichtig.

Seit 2007 unterstützt die Initiative „Unternehmen für die Region“ der Bertelsmann Stiftung **gesellschaftliches Engagement mittelständischer Betriebe**. Bisher haben sich bundesweit rund 1.500 Projekte beteiligt.

WEBLINK:

www.mein-gutes-beispiel.de

KONTAKT: Georgia Böckel

georgia.boeckel@bertelsmann-stiftung.de



Die Preisträger und Finalisten des Wettbewerbs „Mein gutes Beispiel 2014“ gemeinsam mit Liz Mohn (Mitte), stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung

Weitere ausgezeichnete Beispiele

Neben dem „Dahme-Spreewald Netzwerk Gesunde Kinder“ wurden noch zwei weitere Teilnehmer beim Wettbewerb ausgezeichnet

BioMARKT Roland Geist GmbH

Wohnen und Arbeiten für Menschen mit Behinderungen

> Biomarkt-Inhaber Roland Geist und seine Frau haben in ihrem Biomarkt in Öhringen (Baden-Württemberg) Arbeitsplätze für mehrfach behinderte Menschen geschaffen und das Projekt „**Wohnen und Arbeiten für Menschen mit Behinderung in Öhringen**“ gegründet. Mittlerweile arbeiten dort drei Mitarbeiterinnen mit Behinderung, die alle Rollstuhlfahrerinnen sind und aufgrund ihrer Mehrfachbehinderung keine reguläre Berufsausbildung machen konnten. Zunächst als Praktikanten und jetzt als reguläre sozialversicherungspflichtige Angestellte wurden alle Arbeiten auch mit Hilfe von Arbeitsassistenten direkt im Betrieb erlernt. Jetzt arbeiten sie überwiegend selbstständig, unter anderem bei der Herstellung von Snacks, Fertigsalaten, Kuchen und durch die rollstuhlgerechte Backwaretheke auch im

direkten Kundenkontakt beim Backwarenverkauf. Diese Arbeitsmöglichkeit und die Wohnmöglichkeit in einer selbst organisierten Wohngemeinschaft mit Assistenzkräften nahe dem Biomarkt ermöglicht den drei jungen Frauen ein selbstbestimmtes Leben im Betrieb und im gesellschaftlichen Leben.

inallermunde kommunikation

Leutkircher Bürgerbahnhof

> 2005 entwickelte Christian Skrodzki, Mitinhaber der Werbeagentur inallermunde kommunikation, ein Rettungs- und Nutzungskonzept für den denkmalgeschützten, 1889 erbauten Bahnhof in Leutkirch. Um dem Verfall entgegenzuwirken und einen möglichen Abriss zu verhindern, wurde eine Bürgergenossenschaft gegründet. Darin investierten rund 700 Bürger über 1,1 Millionen Euro Kapital für das historische Gebäude. Zusätzlich investierten die Leutkircher über 4.000 Stunden **ehrenamtliche Arbeit bei der Umgestaltung des Bürgerbahnhofs**. Christian Skrodzki und seine Mitarbeiter gestalteten den Internetauftritt der Initiative und agierten als Botschafter des Bürgerbahnhofs sowie als Koordinationsstelle. Mittlerweile haben sich in dem alten Bahnhof eine Gastronomie mit Hausbrauerei, verschiedene Design- und Medienfirmen und ein Informationszentrum Nachhaltige Stadt angesiedelt.



Faktencheck Depression

Endlich aufgewacht

Jahrelang hatte sich Rolf Sieck für seine Krankheit geschämt. Jetzt kann er an die Öffentlichkeit gehen und die Geschichte seiner Depression erzählen

Text: Tanja Breukelchen – Fotos: Jan Voth

Erst als ich nicht mehr schlafen konnte, wachte ich auf: Ich hatte eine Depression.“ Der Satz steht auf einer Werbekarte von „Psychnet – Hamburger Netz psychische Gesundheit“, für das sich Rolf Sieck ehrenamtlich starkmacht. In die Öffentlichkeit zu gehen und zu sagen: „Ich hatte eine Depression“, war für den 63-jährigen Hamburger lange undenkbar. Ein Tabu. Ein Stigma. Ein einziger Alptraum. Einerseits aus Scham. Andererseits weil die

Krankheit so schleichend kam. Weil sie so gar nicht greifbar ist. „Es war ein Prozess, den ich rückblickend gesehen lange Zeit als normal empfunden habe. Als ich dann im Jahr 2000 die Diagnose bekam, wusste ich nicht, wie ich damit umgehen sollte.“

Dass er damit kein Einzelfall ist, war ihm damals noch nicht bewusst. Jeder fünfte Mensch erkrankt im Laufe seines Lebens an der Krankheit. Laut „Faktencheck Gesundheit“ der Bertelsmann Stiftung leiden rund

neun Millionen Deutsche an einer behandlungsbedürftigen Depression. Doch drei von vier Patienten in Deutschland, die an einer schweren Depression erkrankt sind, erhalten keine angemessene Therapie (siehe Kasten S. 72).

Nichts an Rolf Sieck wirkt labil. Seine Augen sind blau. Der Blick ist klar. Seine Lachfältchen überwiegen die Sorgenfalten. Er atmet tief durch. „Nein, ich muss meine Geschichte anders erzählen. Von Anfang an erzählen.“ Die Kindheit. Wurzeln, die nicht tief genug wachsen durften. Wunden, die nicht heilen. „Als ich zur Welt kam, war ich fast wieder auf der anderen Seite: eine Blutunverträglichkeit. Ich lag schon im Sterbezimmer.“

Zur frühen, gar nicht bewussten Erfahrung mit dem Tod kam das, was für viele Kinder der Nachkriegszeit typisch ist: „Mein Vater war traumatisiert aus dem Krieg zurückgekommen. Ich hab ihn nur als jähzornigen, unberechenbaren Menschen kennengelernt. Ich wuchs glücklicher- >>



„Ich wusste
nicht, wie ich mit
der Diagnose
umgehen sollte“

Rolf Sieck, Depressionspatient

Rolf Sieck fühlte sich sein Leben lang im Abseits und wollte doch dabei sein, beachtet werden, Anerkennung finden, wie jeder andere auch



„Mir fehlte das Selbstbewusstsein. Ich hatte keine Wurzeln“

Rolf Sieck, Depressionspatient

weise nicht bei meinen Eltern auf, sondern bei meiner Oma und einer unverheirateten, sehr religiösen Tante.“ Während seine Tante arbeitete, war Rolf Sieck bei seiner herzkranken Großmutter. „Wenn ich mittags von der Schule kam, hatte ich immer schon Angst, sie könnte gestorben sein. Sechs Jahre lang. Mein Vater sagte in der Zeit oft zu mir: Wir holen dich, du kommst zu uns! – Für mich war das ein ‚Komm zurück in die Hölle!‘“ Doch dazu kam es nicht. „Meine Großmutter starb, als ich zwölf war. Ich war bei ihr. Zu meiner Tante hatte ich zwar keine enge Bindung, aber ich durfte bleiben.“ Trotzdem schämte er sich, dass er keine normale Familie hatte. „Immer wieder kam die Frage, ob ich keine Eltern mehr habe. Ich fing an, mir Geschichten auszudenken. Später, wenn ich Freundinnen hatte, habe ich die Beziehungen lieber abgebrochen, statt über diese Leichen im Keller zu reden.“

Er sehnte sich danach, eine Erklärung von seinen Eltern zu bekommen. „Irgendwann hatte ich diesen Tick: Wenn der Postbote

kam, bin ich ihm hinterhergelaufen, weil ich dachte, er hätte Post von meinen Eltern. Bis heute muss ich bei uns zuhause als Erster in den Briefkasten gucken. Immer ist da die Hoffnung, dass da etwas kommt.“ – Rolf Siecks Vater starb 1981, seine Mutter 1990.

Sieck war ein guter Schüler. So gut, dass seine Klassenlehrerin gleich dreimal zu seinem Vater ging und ihn bat, seinen Sohn aufs Gymnasium gehen zu lassen. Doch der warf sie dreimal raus. „Ich habe trotzdem den Ausbildungsplatz bei einer Krankenkasse bekommen. Endlich wurde ich gefordert.“ Er kämpfte sich hoch. Vom normalen Sachbearbeiter hinauf in die Marketingabteilung, organisierte Messen und Werbemittel, übernahm viel Verantwortung.

Nichts war mehr wie vorher

„Ein Bereich, in den ich mit meinem Hauptschulabschluss eigentlich gar nicht hingehörte. Als ich einen neuen Chef bekam, fragte der mich, was ich studiert habe.“ Von

diesem Moment an bekam er die Ablehnung zu spüren. „Mit einer gesünderen Basis hätte ich damit und auch mit dem Stress, mit all den Problemen viel gelassener umgehen können. Aber ich hatte ja kein Selbstbewusstsein. Keine Wurzeln. Ich hab immer nach Anerkennung gesucht und wollte es allen recht machen. Ich konnte nicht Nein sagen. Auch das war ein Fehler.“

Der Beruf fraß ihn auf. Und als sich dann 1995 noch seine Freundin nach 15 Jahren von ihm trennte, igelte Sieck sich ein. Ging nicht mehr unter Leute. „Der erste Ausbruch der Krankheit“, sagt er heute. Ständige Müdigkeit, plötzlich eine Lungenentzündung, eine spastische Bronchitis, Verdauungsprobleme, auf einmal 40 Grad Fieber. Dann die Schlafstörungen. „Ich ging immer später ins



Heute kann Rolf Sieck sein Leben wieder genießen. Am liebsten bei langen Spaziergängen durch die Natur oder auf Reisen

Bett, konnte ja eh nicht schlafen. Morgens war ich wie erschlagen, konnte mich auf nichts mehr konzentrieren. Bei Gesprächen wusste ich nicht mehr, wie ein Satz, den ich angefangen hatte, enden sollte.“

1998 lernte er seine jetzige Frau kennen. Ein Jahr später kam ihre Tochter zur Welt. „Für meine Frau und unser Kind wollte ich das alles in den Griff bekommen.“ Im Jahr 2000 fuhr Rolf Sieck nach Bad Wildungen zur Kur. Dort bekam er die Diagnose: „Sie haben eine Depression“, sagte ein Arzt zu ihm. Unfassbar: „Ich hatte früher viele Sportverletzungen. Bei einem Wadenbeinbruch wusste ich, das ist gebrochen, da gucken alle, bedauern einen, man kommt ins Krankenhaus, dann zur Reha und irgendwann ist alles wieder gut. Aber diese Diagnose ist keine, mit der man einfach so hausieren geht. Für mich war das furchtbar peinlich.“

Nach sechs Wochen Kur ging er zurück in die Firma. „Es hieß zwar, ich bin krank, aber ich war ja wieder arbeitsfähig. Ich hab eine Psychotherapie angefangen und versucht,

mich in die ganze Geschichte hineinzufinden, aber das ist mir trotz allem schwergefallen. Nichts war mehr wie vorher.“ Ob ihm die Psychotherapie geholfen hat, weiß er im Nachhinein nicht: „Ich war zweimal die Woche da. Der Therapeut hat dagesessen und unentwegt geschrieben. Mit meiner behandelnden Nerven-Ärztin hat er sich gar nicht ausgetauscht, obwohl ich ihn immer wieder darum gebeten hatte. Das hätte ich mir natürlich gewünscht.“

Unverständnis am Arbeitsplatz

Rolf Sieck ging wieder arbeiten, doch die bleierne Müdigkeit, die körperlichen Beschwerden blieben. Ein Teufelskreis. Eine Wiedereingliederung. Unverständnis am Arbeitsplatz. Und irgendwann die Erkenntnis: Es geht nicht mehr. Rolf Sieck wurde Rentner. „Es war so ein peinlicher Abgang. Mein Chef sagte mir, es nütze nichts, sich in die Krankheit zu flüchten. Ein Kollege, der mich auf der Straße traf, sagte, ich sähe ja gut aus

und mache bestimmt auf Psycho... Man fühlt sich mit der Diagnose als Versager. Ich hatte andauernd ein schlechtes Gewissen, weil ich kein subjektives Krankheitsgefühl hatte. Keine Kopfschmerzen, kein Schwindel. Nur eine Diagnose, die im wahrsten Sinne nur im Kopf ist. Das ist, als ob man sich vor der Arbeit drückt. Diese Krankheit ist überhaupt nicht akzeptiert.“

Damit meint er nicht nur die Arbeitskollegen, sondern die ganze Gesellschaft: „Die Peinlichkeit der Krankheit, die Stigmatisierung ist schrecklich: Wäre meine Depression früher bekannt gewesen, hätte ich nur unter erschwerten Bedingungen eine private Krankenversicherung abschließen können. Auch keine Lebensversicherung. Wir hätten also wahrscheinlich auch nicht bauen können. Ich kann ja nicht einmal zur Blutspende gehen. Meine Blutwerte waren okay, aber als ich bei der Frage nach Krankheiten sagte, ich sei depressiv, sagte man mir, ich könne kein Blut spenden. Dabei hatte ich das schon seit Jahren gemacht. Warum, konnte man mir nicht sagen. Ich nahm keine Medikamente.“

Wenig ermutigend war auch das Urteil eines Gutachters, der Rolf Sieck 2006 ins Gesicht sagte: „Sie können gar nichts mehr, höchstens Kindern im Krankenhaus Geschichten vorlesen.“ Doch dem beweist Rolf Sieck, der bis heute von Alpträumen über ganz konkrete Situationen am Arbeitsplatz geplagt wird, das Gegenteil. Zuerst nahm er bei „Unterwegs“ teil, einer Selbsthilfegruppe für erwachsene Kinder psychisch kranker Eltern – „da hab ich zum ersten Mal erfahren, dass ich mit diesem Problem nicht alleine stehe.“ Nach dem Tod seines besten Freundes, den er in seinen letzten Stunden begleitet hat, ist Rolf Sieck beim Hospiz „Hamburg Leuchtfeuer“ aktiv. Und er setzt sich für den Verein „Irre menschlich“ ein, der Betroffenen die Scham und Angst nehmen will (www.irremenschlich.de). „Seit ich achtsam mit mir umgehe, geht es mir besser. Sich selber zu spüren – das ist wichtig.“

Momente des Glücks

Auslöser, endlich in die Öffentlichkeit zu gehen und zu seiner Krankheit zu >>

stehen, war der Selbstmord des Fußballtorwarts Robert Enke im November 2009. „Das hab ich zum Anlass genommen, meinen Teamkollegen, mit denen ich 25 Jahre lang zusammen Fußball spielte, denen ich aber nie gesagt hab, wie schlecht es mir ging, alles zu sagen. Als die das positiv aufnahmen, hat mir das unglaublich viel Mut gemacht.“ Sein Rat an Betroffene: „Leute, sucht euch Hilfe und versucht nicht, das alleine auf die Reihe zu kriegen. Selbsthilfegruppe, Therapeut, Freunde, Familienkreis... Zieht euch nicht zurück, aber mutet euch auch nicht zu viel zu.“

Kraft schöpfen

Heute kann er Dinge genießen: das Leben mit seiner Familie, die ihm die Kraft gibt, auch andere Dinge wieder zu genießen – Sport, Flohmärkte, Spaziergänge, Italienisch lernen, Reisen. „In Italien auf der Piazza zu sitzen und die Touristen an mir vorbeilaufen zu lassen. Einfach da zu sein. Das sind Momente des Glücks.“ Seine Frau und seine Tochter machen ihm Mut. „Meine Tochter geht aufs Gymnasium“, sagt er lächelnd. „Und letztens, als ich ein TV-Interview gegeben hab, hat sie danach zu mir gesagt: ‚Papa, ich bin stolz auf dich!‘ Das tat mir gut.“ ■

info >

Faktencheck Gesundheit

Für den Faktencheck Depression der Bertelsmann Stiftung wurden die **anonymisierten Daten von rund sechs Millionen Versicherten der Betriebs- und Innungskassen ausgewertet**. Sie sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung. Das Ergebnis: Bundesweit werden mehr als die Hälfte der schwer Depressiven unzureichend, 18 Prozent sogar gar nicht behandelt. Wie groß die Chance eines Patienten auf eine angemessene Therapie ist, hängt nicht zuletzt vom Wohnort ab. So werden nur 13 Prozent der Menschen in Zwickau (Sachsen) angemessen versorgt, während Münster (NRW) mit 40 Prozent auf eine dreimal höhere Rate kommt.

WEBLINK:
www.faktencheck-depression.de

KONTAKT: Claudia Haschke
claudia.haschke@bertelsmann-stiftung.de



Prof. Dr. Dr. Martin Härter (links) vom Institut für Medizinische Psychologie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und Rolf Sieck im Gespräch. Härter setzt sich für eine bessere Versorgung von Menschen mit Depressionen ein

Noch viel zu tun

Prof. Dr. Dr. Martin Härter vom Institut und der Poliklinik für Medizinische Psychologie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf ist Mitautor der Studie zum „Faktencheck Depression“ und wissenschaftlicher Sprecher von psychenet – dem Hamburger Netz psychische Gesundheit

Sind Rolf Siecks Symptome typisch?

Ja. Es gibt bei einer Depression klare Symptome, die im Vordergrund stehen. Das kann bei dem einen oder anderen mal unterschiedlich aussehen, aber Beschwerden wie Schlafstörungen, Müdigkeit, Konzentrationsstörungen oder Antriebsschwäche sowie verschiedene körperliche Beschwerden sind typische Anzeichen.

Was raten Sie Menschen, die an sich eine Depression feststellen bzw. vermuten?

Dass sie sich professionelle Hilfe suchen. Zunächst ist das häufig der Hausarzt oder ein Facharzt bzw. Psychotherapeut, dem man offen die Beschwerden beschreiben sollte. Angehörigen rate ich, die Betroffenen zu motivieren, sich Hilfe zu suchen oder sich auch selbst beraten zu lassen. Auf jeden Fall so schnell wie möglich so offen wie möglich darüber sprechen.

Der Faktencheck Gesundheit hat ergeben, dass drei von vier schwer Erkrankten nicht angemessen versorgt werden und es enorme regionale Unterschiede gibt. Woran liegt das?

Wir haben z. B. festgestellt, dass große Universitätsstädte im Vergleich zu vielen ländlichen Gebieten viel besser abschneiden, was insbesondere mit der fachlichen Qualifikation und damit der Dichte und Qualität der zur Verfügung stehenden Behandler zu tun hat.

Wie wird denn im Idealfall behandelt?

Das kommt auf den Schweregrad an. Wenn man eine leichtgradige Depression hat, ist dies häufig noch über den Hausarzt bzw. über eine kurze Psychotherapie zu lösen. Bei einer mittelgradigen Depression kann man wahlweise



Antidepressiva oder eine Psychotherapie einsetzen. Bei einer schweren Depression, bei der auch das Thema Selbstgefährdung eine Rolle spielt, muss man kombiniert mit Medikamenten und Psychotherapie oder sogar stationär behandeln.

Nun mangelt es aber in ländlichen Regionen offensichtlich an guter Versorgung.

Da muss viel passieren. Hilfestellungen in diesen schlecht versorgten Regionen gibt es zum Beispiel durch Selbsthilfe-Bücher, neue Medien, in der Zukunft wahrscheinlich auch durch telefonische psychotherapeutische Beratung.

Warum ist die Krankheit nicht akzeptiert? Warum kann jemand wie Herr Sieck nicht einmal eine Versicherung abschließen?

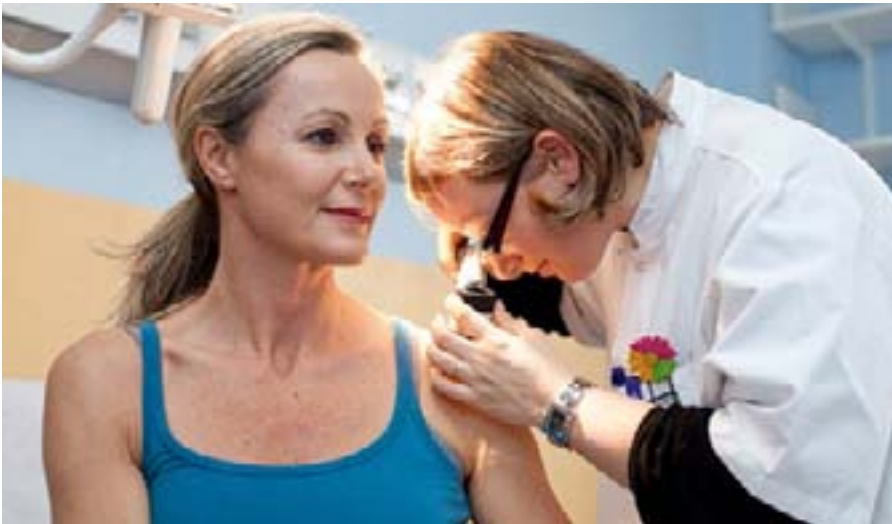
Diese Versicherungsunsicherheiten sind aus meiner Sicht ein großes Problem, die versicherungsrechtlichen Beschränkungen sind dringendst zu korrigieren. Jemand, der körperlich krank werden kann, kann auch psychisch krank werden – und auch wieder gesund werden. Das darf den Patienten nicht anhaften. Das führt zur Stigmatisierung und dazu, dass Menschen ihre Depression auch deshalb verheimlichen, weil sie sonst mit persönlichen Nachteilen rechnen müssen.

Mehr Infos: www.psychenet.de

Neuerscheinungen

Krebsfrüherkennung auf dem Prüfstand

Wie sinnvoll sind Screeningprogramme? Schaden sie mehr, als dass sie dem Patienten helfen?



Vorsorgeuntersuchungen wie Hautkrebsfrüherkennung bergen auch Risiken für die Patienten

Mammographiescreening, Prostatauntersuchung, Hautkrebsfrüherkennung und andere sind anerkannte Vorsorgeprogramme und Bestandteil des Früherkennungsangebotes der gesetzlichen Krankenkassen. Doch helfen diese Untersuchungen tatsächlich signifikant, Krebs zu erkennen bzw. zu heilen? Und: Sind die Untersuchten darüber informiert, dass eine Krebsfrüherkennungsuntersuchung auch Risiken birgt? Dazu zählen beispielsweise eine mögliche Überdiagnostik, eine Scheinsicherheit bei falsch negativen Befunden, mögliche psychische Belastungen sowie Risiken und Nebenwirkungen der Untersuchungen selbst. Unter anderem diesen Fragen geht der neue „Gesundheitsmonitor 2014“ nach, zum Beispiel in einem Streitgespräch zwischen der Gesundheitswissenschaftlerin Prof. Dr. Ingrid Mühlhauser von der Universität Hamburg, die seit vielen Jahren die Früherkennung kritisch sieht, und dem Geschäftsführer der Deutschen Krebsgesellschaft, Dr. Johannes Bruns, der als Vertreter der ärztlichen Onkologie auf Seiten der Anbieter von

Früherkennungsleistungen steht. Moderiert wird das Streitgespräch von dem Medizinjournalisten Dr. Christian Weymayr, Autor des Buches „Mythos Krebsvorsorge“.

Weitere Themen dieser Ausgabe sind:

- > Homöopathie
- > Partizipative Entscheidungsfindung
- > Qualität der hausärztlichen Versorgung
- > Entfernung der Gaumenmandeln

www.gesundheitsmonitor.de



Jan Böcken, Bernard Braun, Rüdiger Meierjürgen (Hrsg.)
Gesundheitsmonitor 2014
 Bürgerorientierung im Gesundheitswesen
 Kooperationsprojekt der Bertelsmann Stiftung und der BARMER GEK
 2014, ca. 240 Seiten, Broschur, ca. 25,00 Euro, ISBN 978-3-86793-593-7

Religionsmonitor

In unseren westlichen Einwanderungsgesellschaften wird auch die weltanschauliche Vielfalt sichtbarer. Welche Folgen hat sie für das soziale Miteinander? Bleiben Religiöse und Nicht-Religiöse oder Anhänger unterschiedlicher Religionen nur unter ihresgleichen, sodass sich religiöse Parallelgesellschaften bilden? Oder wird interreligiöser Kontakt zu einer alltäglichen Normalität, die ein friedliches, von gegenseitiger Toleranz geprägtes Miteinander ermöglicht? Das untersucht die ländervergleichende Studie „Religiöse Vielfalt, Sozialkapital und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ für Deutschland. Beispiele aus anderen Ländern geben Anregungen für unseren Umgang mit unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten. Der Religionsmonitor befragte dafür bereits zum zweiten Mal insgesamt 14.000 Menschen in dreizehn Ländern.

www.religionsmonitor.de



Richard Traummüller
Religiöse Vielfalt, Sozialkapital und gesellschaftlicher Zusammenhalt
 Religionsmonitor – verstehen was verbindet
 2014, 120 Seiten, Broschur
 ca. 20,00 Euro
 ISBN 978-3-86793-558-6

Nachhaltigkeitsstrategien

Bereits auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 haben sich die Staaten dazu verpflichtet, eigene Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Auch in Deutschland gibt es eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie sowie eine Vielzahl an regionalen Strategien auf Länderebene. Deren Konzeption und Umsetzung ist allerdings sehr unterschiedlich und hat noch erhebliche Entwicklungspotenziale. Wie eine erfolgreiche Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien im nationalen sowie internationalen Kontext gelingen kann, zeigen die Autoren dieses Bandes anhand ausgewählter Best-Practice-Beispiele.

www.creating-corporate-cultures.org



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln
 Strategien für eine nachhaltige Zukunft in Deutschland, Europa und der Welt
 2014, 584 Seiten, Broschur
 Kostenlos bestellbar unter www.bertelsmann-stiftung.de/nachhaltigkeitsstrategien
 ISBN 978-3-86793-514-2

Frisch gedruckt: Verlagsverzeichnis

Alle Neuerscheinungen, die im Jahr 2014 veröffentlicht werden, und eine Übersicht über das gesamte Buchprogramm des Verlags Bertelsmann Stiftung enthält das neue Verlagsverzeichnis „Publikationen 2014“.

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag



Blick über den Zaun (2)

Viel mehr als Urban Gardening

Wie leben wir, wie wollen wir leben? Wie begegnen wir anderen und wie begegnen uns andere? Welche Rolle spielen dabei Globalisierung und technischer Fortschritt? – In der neuen Kolumne „Blick über den Zaun“ erzählt unser Autor Horst Evers seine ganz eigenen Geschichten

Von Horst Evers – Foto: Bernd Lammel



Horst Evers (47) lebt mit seiner Familie in Berlin. Er wurde mit Büchern wie „Für Eile fehlt mir die Zeit“ bundesweit bekannt. Gerade ist sein neuestes Buch „Vom Mentalen her quasi Weltmeister“ (Rowohlt) erschienen. Mehr unter: www.horst-evers.de

Im Vereinszimmer, einem italienischen Café im Berliner Bezirk Kreuzberg, reden am Nebentisch drei Frauen und zwei Männer in drei verschiedenen Sprachen (Spanisch, Englisch und deutsch) über ein mögliches gemeinsames Projekt. Wenn ich sie recht belauscht habe, geht es wohl um einen internationalen Urban-Gardening-Blog. Ich würde alle fünf auf Ende zwanzig bis Anfang dreißig schätzen. So wie auch den Großteil der anderen Gäste im überfüllten Lokal. Auf dem Weg zur Toilette hatte ich kurz vorher neun verschiedene Sprachen gezählt. Eine Zahl, die die Freundin kurze Zeit später allerdings auf acht runterkürzte, da sie eine der Sprachen, die ich als „irgendwas nicht genau zu erkennendes Osteuropäisches“ eingestuft hatte, als einen recht eindeutigen Pfälzer Dialekt enttarnte. Einig waren wir uns allerdings, dass praktisch keine Touristen in diesem Café saßen. Die achteinhalb verschiedenen Sprachen gehörten allesamt zu Neuberlinern. Gut ausgebildet und voller Tatendrang sitzen sie hier in multinationalen Runden und diskutieren Projekte, Ideen oder vielleicht auch nur Abwaschpläne.

Wenn es denn Gewinner der Eurokrise gab, dann waren das, sieht man mal von den Banken und Fondsgesellschaften ab, wohl die deutschen Großstädte, allen voran das in den Lebenshaltungskosten trotz allem nach wie vor vergleichsweise günstige Berlin.

Das Potenzial der jungen, ambitionierten Menschen aus Spanien, Portugal, Italien oder Griechenland, die von der Krise nach Deutschland getrieben worden sind, ist enorm. Der Verlust rund der Hälfte einer Generation, der man im Geburtsland keine Perspektive bieten konnte, ist meines Erachtens der schwerwiegendste Schaden, der in den Krisenländern angerichtet wurde.

Für Städte wie München, Köln, Leipzig, Stuttgart, Hamburg oder Berlin ergeben sich

„Gewinner der Krise: deutsche Großstädte“

hieraus allerdings fast historische Chancen. Aus Ost und Süd kommen junge Menschen, die vielleicht Getriebene sind. Allerdings sind sie gut ausgebildet, voller Pläne, und das Wichtigste: Sie genießen alle Bürgerrechte. Wenn es den Kommunen gelingt, diesen zusammenfließenden Talenten Chancen und Raum zur Entfaltung zu bieten, könnte hieraus tatsächlich eine neue Idee von Europa entstehen. Etwas Größeres als Wirtschaftsabkommen und einheitliche EU-Richtlinien, nämlich ein Zusammenleben und Zusammenarbeiten. In der medizinischen Forschung oder im Finanzsektor wurden schon immer Talente von überall her in die Zentren gelockt. Damit sie sich dort befruchten, lernen und mehr erreichen, als man erwartet hätte. Nun ist dies vielleicht auch in weniger lukrativen Feldern möglich, wie dem Luftschlosserbauen, Irgendwas-mit-Medien-Projekten, Guerilla Gardening oder auch ganz schlicht Literatur, Kunst und Musik.

Die Gruppe am Nebentisch geht im Streit auseinander. Erstmals wird es wohl keinen gemeinsamen internationalen Blog geben, sondern jeder macht was Eigenes oder eben nichts, wie immer. Meine Freundin lächelt mich an. Wir kennen beide diese Art von Treffen mitsamt dem ermüdenden Ende zur Genüge. Doch auch die Möglichkeit, gemeinsam scheitern zu können, wäre eine größere, vitalere Vision für Europa als das andauernde Verheddern in Bürokratie und Lobbyismus.

Auf dem Heimweg kommen wir am Oranienplatz vorbei. Das Camp der Lampedusa-Flüchtlinge wird geräumt. Was wäre ein großes, pulsierendes, blühendes Europa wert, wenn es so mit dem Rest der Welt umgeht?

Statt einer Antwort gönne ich mir mal den banalen Satz: Äußere Größe, der die innere Größe fehlt, ist hohl. In vielen Punkten, an vielen Orten hat Europa größere Möglichkeiten als je zuvor. Nur sollte es mehr wollen als sich selbst. Für alle. ■

Making of

Ausnahmestand

Dass eine Reportage in Brasilien nicht immer genau planbar ist, muss man „change“-Autorin Christine Wollowski nicht sagen – schließlich lebt die gebürtige Deutsche seit 14 Jahren in dem südamerikanischen Land. Doch damit, dass ausgerechnet in der Woche, in der sie zusammen mit „change“-Fotograf André Vieira Salvador da Bahia besuchte, die Polizei streikte, hatte auch sie nicht gerechnet. Eine Welle der Gewalt ergriff die Stadt, die eh als eine der gefährlichsten der Welt gilt. Mindestens 39 Tote sind die traurige Bilanz. Christine Wollowski und ihr Kollege sind zum Glück gesund zurückgekehrt. In ihrer Geschichte (ab Seite 50) erfahren Sie mehr über das Leben in der brasilianischen Metropole.



In Brasilien streikte die Polizei

Glossar

Transformation

Der Begriff stammt vom lateinischen Wort „transformare“, was „umformen“ bedeutet, und bezeichnet in der Politikwissenschaft den Wechsel eines politischen Regimes bzw. den Austausch der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. In der Transformationsforschung analysiert man also Veränderungsprozesse von Staaten und Gesellschaften in Bezug auf Demokratie – damit ist sowohl die Demokratisierung als auch die Ent-Demokratisierung gemeint.

FOTO: ANDRÉ VIEIRA



WWW.CHANGE-MAGAZIN.DE

Entdecken Sie change online!

Alle Schwerpunkt-Geschichten, das aktuelle Heft und alle vorherigen Ausgaben gibt es als Download auf www.change-magazin.de. Einfach mal vorbeischaun!



Druckfrisch erschienen: der neue Studienführer der ZEIT mit dem aktuellen CHE-Hochschulranking

Kurz vor Druck

Hochschulranking

Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) hat gerade das neueste CHE-Hochschulranking herausgebracht, das sowohl online als auch im aktuellen ZEIT-Hochschulführer 2014/15 nachzulesen ist. Studierende bewerten Studienbedingungen an 300 Universitäten und Fachhochschulen, in mehr als 2.500 Fachbereichen und 7.500 Studiengängen in 33 Fächern aus den Bereichen Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftswissenschaften, Volkswirtschaft, Jura, Soziale Arbeit, Medienwissenschaft, Wirtschaftsinformatik, Wirtschaftsingenieurwesen und Wirtschaftsrecht. Das Ergebnis bietet eine umfassende Informationsquelle für Studieninteressierte aus dem deutschsprachigen Raum. Dazu gibt es Tipps, Tests und Hintergrundinfos. Besonders ausführlich wird auf den Studienbereich Wirtschaft eingegangen. Von der klassischen VWL und BWL an Universitäten und Fachhochschulen über Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftsingenieurwesen bis Wirtschaftsrecht oder Wirtschaftsinformatik finden Schulabgänger Ergebnisse, die bei der Suche nach dem richtigen Studienort helfen.

Infos CHE: www.che-ranking.deInfos Hochschulranking: www.zeit.de/hochschulranking

IMPRESSUM

Herausgeber
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Verantwortlich
Klaus-Henning Groth (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Christian Rickerts (Ltg.),
Ulrike Osthus

Redaktionelle Mitarbeit
Tanja Breukelchen

Creative- und Art-Direction
Dirk Bartos, Andreas Kersten,
BartosKersten Printmediendesign,
Hamburg

Gestaltung / Fotoredaktion
Melanie Meißner, Sandra Sodemann

Textredaktion / Lektorat
Johannes Taubert, Helga Berger

Lithografie
OPS Obenhaupt Publishing Service GmbH,
Hamburg

Druck
Mohn media, Gütersloh
© Bertelsmann Stiftung, Juni 2014



ABO-SERVICE

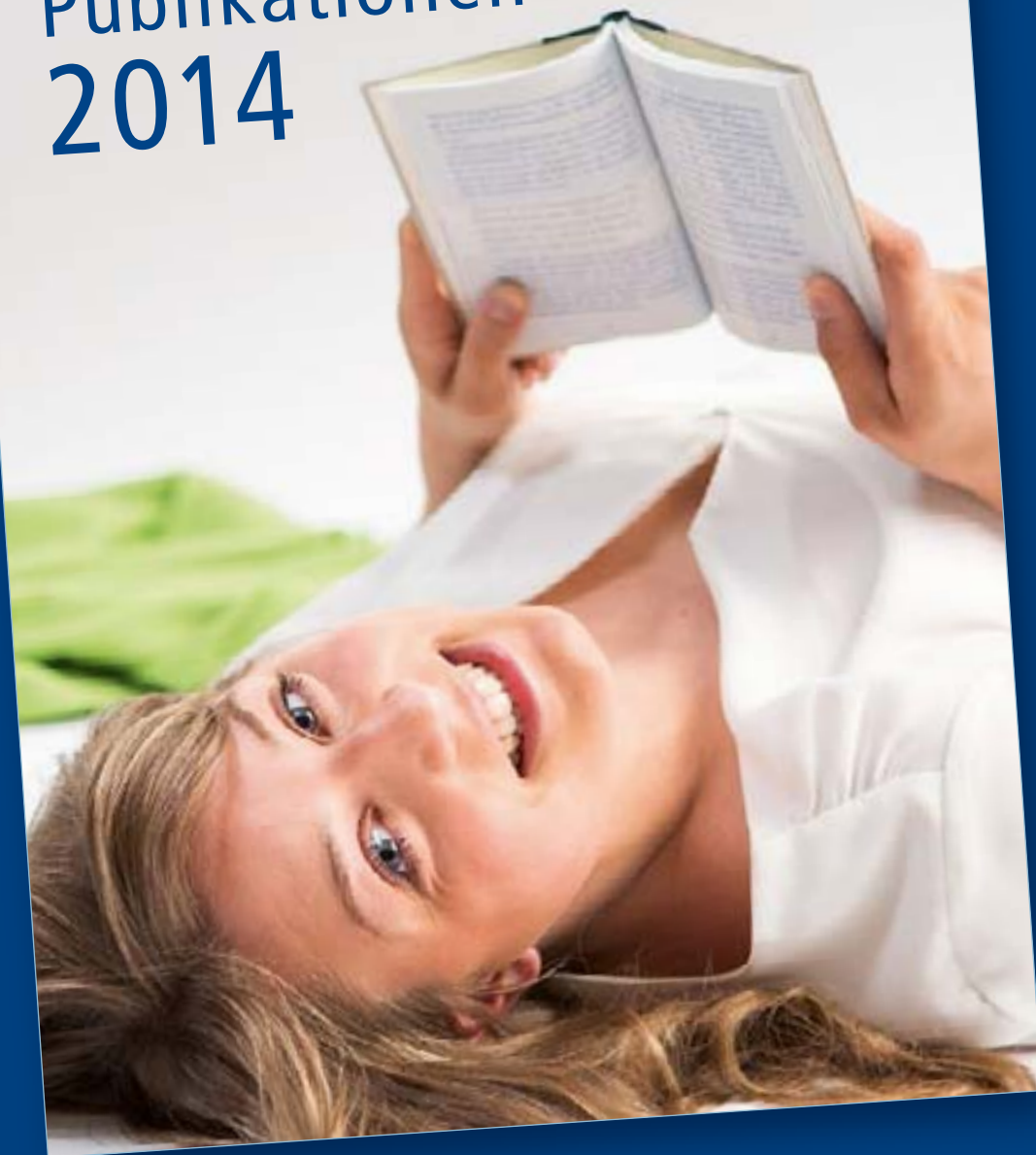
change
Kostenfrei
abonnieren:

www.change-magazin.de
change@bertelsmann-stiftung.de
Tel.: 05241 - 81-81149
Fax: 05241 - 81-681298

Nächste Ausgabe – change 3/2014: Bildung und Vielfalt

| Verlag BertelsmannStiftung

Publikationen 2014



Das aktuelle Verlagsverzeichnis enthält ausführliche Informationen und ausgewählte Leseproben zu allen Neuerscheinungen, die in diesem Jahr veröffentlicht werden. Präsentiert wird eine Übersicht über das gesamte Buchprogramm des Verlages, inklusive der lieferbaren E-Books.



Das Verlagsverzeichnis „Publikationen 2014“ finden Sie unter:

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag